

# Kommune

Digitalisierung, E-Government, Informationstechnik

# 21

Digitale Souveränität

## Open Source sichert Datenhoheit

### E-Government

- **Studie:**

Wie hat sich die Arbeitsweise der öffentlichen Verwaltungen in der Krisenzeit verändert?

### Informationstechnik

- **Künstliche Intelligenz:**

IT.NRW gründete KI-Labor für Data Analytics, künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen

### Praxis

- **Gütersloh:**

Software verbindet Terminbuchung, Raumreservierung und Besucheranmeldung



### Spezial

- **Finanzwesen:**

Neun Punkte sind bei der Auswahl einer Finanz-Software zu beachten

# Schon gewusst?

## SAT-TV

lässt sich ganz

einfach über das

## NE3-Stadtnetz

verteilen!



Neues  
**Profi-SAT-System**  
macht es möglich

- Individuell erweiterbare Lösung, die sich bereits bei einer Größenordnung von wenigen Wohneinheiten rentiert
- Versorgung tausender Haushalte mit nur einer SAT-Anlage über das kommunale NE3-Netz und leistungsstarke FTTH-Netze (Open Access)
- Endkundenzufriedenheit durch unglaubliche Programmvierfalt in fantastischer Bild- und Tonqualität
- Zukunftsfähige Multimedia-Versorgung und schüsselfreie Fassaden im gesamten Stadtgebiet



Liebe Leserinnen und Leser,

mit der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche ist eine neue Staatsaufgabe entstanden: die Gewährleistung der digitalen Souveränität. Im Ampel-Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Darüber hinaus sichern wir die digitale Souveränität, unter anderem durch das Recht auf Interoperabilität und Portabilität sowie das Setzen auf offene Standards, Open Source und europäische Ökosysteme.“ Damit sind wesentliche Voraussetzungen genannt. Offen ist, wie und mit welchen Partnern beispielsweise eine souveräne Cloud-Infrastruktur für die öffentliche Hand aufgebaut werden kann.

In Berlin gibt es Stimmen, die sagen, dass dies nur zusammen mit den großen Hyperscalern funktioniert – also jenen IT-Konzernen, die heute schon enorme IT-Ressourcen für Cloud Computing zur Verfügung stellen. Allerdings sind dies meist US-amerikanische Unternehmen. Viele Expertinnen und Experten bezweifeln stark, dass die amerikanischen IT-Dienstleister die in Europa geltenden rechtlichen Anforderungen erfüllen.

Die Open Source Business Alliance etwa fordert den Staat auf, Alternativangebote zu den Hyperscalern zu schaffen. Moderne digitale Infrastrukturen lassen sich nach Auffassung des Verbands durchaus digital souverän gestalten (*Seite 18*). Beispiele dafür auf kommunaler Ebene sind die Städte München (*Seite 24*) und Dortmund (*Seite 26*). Die bayerische Landeshauptstadt etwa hat sich dem Prinzip der digitalen Souveränität verpflichtet und ein klares Bekenntnis zum Einsatz von offenen Schnittstellen und Open-Source-Lösungen abgegeben.

Ihr

Alexander Schaeff



## ALLRIS

**Modernisieren Sie jetzt  
die Verwaltungsarbeit !**

- **Gremieninformationssystem**
- **Sitzungsdienst in der Cloud**
- **Online-Abstimmung**
- **Sitzungsgeld**
- **Bürgerinformation**



## E-Government

**Interview:** Heidenheims OB Michael Salomo erklärt die Problematik der Bundesfördermittel..... 8

**Studie:** Die Digitalisierung der Verwaltung hat an Fahrt verloren ..... 10

**Round Table:** Gewinner des Axians Infoma Innovationspreises berichten über ihre Projekte..... 12

## Titel

**Digitale Souveränität:** Verwaltung und IT-Dienstleister sollten an einem Strang ziehen ..... 16

**Strategie:** Open-Source-Lösungen stärken die Unabhängigkeit der Kommunen ..... 18

**Verwaltungscloud:** Bayern und das Saarland treiben die Umsetzung voran..... 20

**Kommentar:** Warum erst Wettbewerb und Wahlfreiheit digitale Unabhängigkeit garantieren ..... 22

**Interview:** Münchens CDO Thomas Bönig stellt die Open-Source-Ziele der Landeshauptstadt vor..... 24

**Dortmund:** Das Potenzial freier Software und offener Standards im Blick..... 26

## Informationstechnik

**Künstliche Intelligenz:** Agile Herangehensweise bei IT.NRW ..... 28

**Cloud Computing:** Passgenaue Zusammensetzung statt starrer Lösungslandschaft ..... 30

**eID:** Identitätsdaten werden Smartphone-tauglich ..... 32

**Schweiz:** Drei Modelle für den elektronischen Ausweis..... 34

**Breitbandausbau:** Glasfaser für den ländlichen Raum in Bayern..... 36

**Interview:** Leonet-Vorstand Martin Naber gibt Tipps für die Partnerwahl beim Glasfaserausbau..... 37

**Bauwesen:** Bayern beschleunigt Verfahren ..... 38

**Interview:** Traunsteins Landrat Siegfried Walch berichtet von den Vorteilen des digitalen Bauantrags ..... 40

**Hamburg/Berlin:** Zusammenarbeit bei der Digitalisierung im Bereich Planen und Bauen ..... 42

**Baukosten-Management:** Maßgeschneiderte IT-Lösung unterstützt Kommunen..... 44

## Praxis

**Gütersloh:** Software-gesteuertes Besucherzentrum hat sich bewährt..... 46

**Kreis Minden-Lübbecke:** UnterlagenApp wird im Jobcenter gerne genutzt ..... 48

## Spezial

**Finanzwesen:** Entlang von neun Punkten die richtige Software finden ..... 50

**Interview:** ab-data-Geschäftsführer Markus Bremskamp kündigt neue Finanzmodule für die VOIS-Plattform an..... 52

**Langenselbold/Mühlheim:** Durchgängiges Gesamtsystem überzeugt..... 54

**Kreis Leer:** Projekt Finance 21 gewinnt Axians Infoma Innovationspreis..... 56

## Rubriken:

Editorial ..... 3  
News ..... 6  
IT-Guide ..... 58  
Vorschau, Impressum ..... 66



## Autonomie schaffen

Binnen zweier Jahre hat es der Begriff digitale Souveränität ganz nach oben auf die politisch-strategische Agenda der Verwaltungen geschafft. Dahinter steht ein facettenreiches Thema, das gerade für Kommunen Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern nach sich zieht.

ab Seite 16

# OMNISECURE<sup>®</sup>

THE WORLD OF  
smart ID  
SOLUTIONS 2022

- DIGITALE VERTRAULICHKEIT/VS
- DIGITALER BÜRGER & VERWALTUNG
- DIGITALE INTELLIGENZ
- DIGITAL PAYMENT
- DIGITALE WIRTSCHAFT
- CYBER SECURITY
- DIGITALES EUROPA
- DIGITALE IDENTITÄT
- DIGITALE GESUNDHEIT
- CONNECTED LIVING & SMART CITIES

## Exquisites Networking & Wissenstransfer in Präsenz

Fach- und Führungskräfte der Anbieterseite treffen auf  
Entscheider aus Industrie, Politik, Behörden und Gremien

21. - 23. Juni 2022  
Palace Hotel | Berlin

[www.omnisecure.berlin](http://www.omnisecure.berlin)

**Frübucherrabatt bis 20. April**

Excellent & Premium Partner



[twitter.com/k21news](https://twitter.com/k21news)

## Münster: Digitalisierung des Rechnungswesens

In Münster erfolgt jetzt in drei Pilotämtern die Bearbeitung von Rechnungen vollständig digital. Papierrechnungen gehören bald der Vergangenheit an.

- [www.muenster.de](http://www.muenster.de)

## Rheinland-Pfalz: Telekom liefert Tablets für Schulen

Die Telekom hat einen Rahmenvertrag mit dem Land Rheinland-Pfalz abgeschlossen. Der Konzern liefert Tablets für Schulen und übernimmt die Geräteverwaltung.

- [www.telekom.de](http://www.telekom.de)

## Landkreis Diepholz: Digitalisierung schreitet voran

Der Landkreis Diepholz setzt auf OpenR@thaus, um den Bürgern Zugang zu seinen Verwaltungsleistungen zu bieten. Basisfunktionen stehen bereits zur Verfügung.

- [www.diepholz.de](http://www.diepholz.de)

## Unterschleißheim: Vielseitige Beteiligungsplattform

Unterschleißheim setzt für die Bürgerbeteiligung künftig auf die Open-Source-Lösung Consul. Mit der Plattform können verschiedene Vorhaben umgesetzt werden.

- [www.unterschleissheim.de](http://www.unterschleissheim.de)

München

## Ausbau der Online-Services

In München hat der Ausbau der Online-Services im zweiten Halbjahr 2021 weiter Fahrt aufgenommen. Wie die Stadt mitteilt, wurden neben kompletten Antragsprozessen und Kontaktformularen sowie der Migration vorhandener Formulare aus alten Systemen auch mehrere Corona-Formulare umgesetzt – darunter eines zur Datenerfassung von infizierten Personen, eines zur Mitteilung der Kontakte an das Gesundheitsamt und eine spezielle Kontaktpersonenliste für Einrichtungen. Damit sei es gelungen, den Aufwand zu reduzieren und die Qualität der Informationen bei Kontaktnachverfolgung und Quarantäneprozessen zu verbessern. Neben den Neuerungen zur Bewältigung der Pandemie wurden weitere häufig genutzte Formulare realisiert, etwa zu den Themen Kampfhunde-Haltung, Zweitwohnung und Zensus. Eher im Hintergrund verlaufe die technische Migration der Formular-Server – ein wichtiger Aspekt beim Ausbau der Online-Services.

[www.muenchen.de](http://www.muenchen.de)

Leipzig

## Neues Amt Bürgerservice

In Leipzig koordiniert das neu gegründete Amt Bürgerservice unter dem Slogan „Meine Stadt, ein Service“ ab sofort die Bereiche von Standesamt, Melde-, Pass- und Personalausweisbehörde, die Dienste des Bürgertelefons und der Bürgerämter, der so genannten Bürgerbüros. Aus dem neuen Amt heraus soll der Bürgerservice in Leipzig schrittweise vereinheitlicht und digitaler werden. So sei vorgesehen, Standards für die Bürgerservicebereiche der Gesamtverwaltung zu entwickeln. Die Online-Terminvereinbarung der Pilotämter sei bereits im Dezember auf ein neues, nutzerfreundlicheres System umgestellt worden. Zudem würden Dienstleistungen verschiedener Verwaltungsbereiche nun besser gebündelt.

[www.leipzig.de](http://www.leipzig.de)

Bamberg

## Digitales Rathaus wächst

In Bamberg können immer mehr Behördengänge online erledigt werden. Interessierte finden unter [digital.bamberg.de](http://digital.bamberg.de) Online-Dienste aus unterschiedlichen Lebensbereichen – von der Urkundenbeantragung im Standesamt über die An- und Abmeldung eines Fahrzeugs bis hin zur Zählerstandsmeldung für die jährliche Abrechnung der Einleitungsgebühren. Die nötigen Formulare lassen sich am Tablet oder Smartphone ausfüllen. Für die einfache und sichere Nutzung der Dienste empfiehlt die Stadt, eine Bayern-ID anzulegen. Damit könnten die Bürger nicht nur viele Verwaltungsdienste nutzen, sondern auch digital unterzeichnen. Das Angebot an Online-Diensten will Bamberg kontinuierlich ausbauen.

<http://digital.bamberg.de>

Digitale Souveränität

## Die Lock-in-Falle umgehen

Die Ministerien erwägen eine von Microsoft oder Google getragene Bundescloud. Das beinhaltet nach Angaben von Peter Ganten, Geschäftsführer von Univention und Vorstandsvorsitzender der Open Source Business Alliance (OSBA), nicht nur Chancen, sondern birgt auch Gefahren. „Digitale Souveränität bedeutet, Kontrolle über Datenflüsse ausüben und digitale Systeme unabhängig nutzen und gestalten zu können“, so Ganten. „Dafür ist die Möglichkeit zur Einsicht und Veränderung des Quellcodes zwingend erforderlich.“ Soll eine Cloud digitale Souveränität ermöglichen, muss sie in einem Rechenzentrum der eigenen Wahl betrieben werden, ihre Funktions-

weise anhand des Quellcodes von unabhängigen Institutionen geprüft und herstellerunabhängig auf Fehler und Sicherheitslücken untersucht werden können. Außerdem lassen sich vorhandene Schnittstellen und Funktionen individuell anpassen. Ganten fordert die öffentliche Hand auf, dafür zu sorgen, dass Alternativangebote zu Hyperscalern entstehen können. Behörden sollten Leistungen von zumindest zwei unterschiedlichen Anbietern beziehen können. „Exakt dafür muss es alternative Anbieter auch in Deutschland und Europa geben, die über das nötige Know-how verfügen, um digitale Souveränität liefern zu können“, erklärt OSBA-Vorstandsvorsitzender Peter Ganten weiter.

<https://osb-alliance.de>

Bruchköbel

## Ganzheitliche Smart City

Die Stadt Bruchköbel im osthessischen Main-Kinzig-Kreis erhält Fördermittel vom Land Hessen, um im Rahmen des Projekts „Digital Urban Community – Smart Targets 2023“ ein komplexes Smart-City-Vorhaben voranzubringen. Insbesondere in drei Schwerpunktbereichen sollen die Digitalisierungsmaßnahmen der Stadt mehr Beteiligungsmöglichkeiten und digitales Know-how hervorbringen: in der Verwaltung, im Handel und im Ehrenamt. Das Smart-City-Vorhaben zeichne sich dadurch aus, dass der Ansatz durch die Einbindung verschiedener Akteure der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Vereinslandschaft ganzheitlich sei, erklärte Digitalministerin Kristina Sinemus bei der Übergabe des Förderbescheids.

[www.bruchkoebel.de](http://www.bruchkoebel.de)

MACH

## Form-Solutions übernommen

Nachdem das Lübecker Software-Haus MACH im Februar 2021 die Firma DATA-PLAN übernommen hat, verstärkt nun der Antragsmanagement-Spezialist Form-Solutions den Unternehmensverbund. Leistungsportfolio und Marktpräsenz der Gruppe sollen damit zum Nutzen aller Verwaltungsbereiche erweitert werden, heißt es in einer Pressemeldung. Form-Solutions, im Jahr 2000 gegründet, hat seinen Sitz in Karlsruhe und begleitet mit 50 Mitarbeitern öffentliche Verwaltungen bei der Digitalisierung ihrer Antragsprozesse. Das Unternehmen bleibt eigenständig unter der Leitung der bisherigen Geschäftsführung mit Matthias Eisenblätter als Vorsitzendem.

[www.mach.de](http://www.mach.de)

ekom21

## Neuer Unternehmensbereich

Mit Beginn des Jahres 2022 gibt es in der ekom21 – KGRZ Hessen einen neuen Unternehmensbereich. Dieser soll sich ausschließlich mit allen Themen der Digitalisierung befassen – von der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) in den hessischen Digitalisierungsfabriken bis hin zur E-Akte. Auch die civento Prozessplattform, der Bereich Smart

Region sowie Leistungen nach dem Einer-für-Alle-Prinzip sollen dort angesiedelt werden, heißt es aus dem Unternehmen, das durch die neue, erweiterte Struktur Kunden künftig noch enger und vernetzter betreuen will. Leiter des neuen Unternehmensbereichs ist Michael Heinze, der bereits seit 2010 für die ekom21 tätig ist. Zuletzt arbeitete er als Leiter des Fachbereichs Kundenservice.

[www.ekom21.de](http://www.ekom21.de)

Anzeige

axians

Infoma

Zeit für neue  
Perspektiven

Ihr Schritt zum #smartverwalten  
Ein Blick über den Tellerrand lohnt sich.  
Erhalten Sie Einblicke, wie Verwaltungen  
durch digitalisierte Prozesse profitieren.

[smartverwalten.de](http://smartverwalten.de)



[smartverwalten.de](http://smartverwalten.de)

STUDIE ZUM DOWNLOAD:

Wie digital sind  
deutsche  
Verwaltungen?

Das erfahren Sie in einer von  
uns aufgegebenen bundesweiten  
Studie der Hochschule Harz.

VINCI  
ENERGIES

# Gefahren für die Demokratie

Michael Salomo ist Verfechter der föderalen Verantwortung und seit Kurzem Oberbürgermeister der baden-württembergischen Großen Kreisstadt Heidenheim. Im Interview erklärt er, warum er die wachsende Allzuständigkeit des Bundes für problematisch hält.

*Herr Oberbürgermeister Salomo, nicht erst mit der neuen Bundesregierung steht die Digitalisierung ganz oben auf der Agenda. Wie ist in Heidenheim an der Brenz der Stand der Dinge bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)?*

Heidenheim war schon immer ein Vorreiter und wir sind auf vielen Plattformen vertreten, von Facebook über Instagram bis Tiktok. Wir wollen damit die jungen Menschen erreichen und sie darüber informieren, was in der Stadtpolitik gerade geschieht. Die Digitalisierung hat ja viele Aspekte: In den Schulen wird digitalisiert und auch die Verwaltungsprozesse werden peu à peu umgestellt. Bei uns können Baugenehmigungen bereits online beantragt werden. Dennoch bedeutet Digitalisierung eine große Herausforderung, auch für die Belegschaft. Es müssen nämlich die gesamten Arbeitsprozesse umgestellt werden – und dies geschieht zu einem Zeitpunkt, an dem vielerorts auch die Infrastruktur erneuert wird. Denn zahlreiche Rathäuser aus den 1950er- und 1960er-Jahren werden gerade saniert. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen also nicht nur veränderten Arbeitsprozessen gegenüber, sondern sind auch noch erschwerten Arbeitsbedingungen ausgesetzt.

*Wie sieht es im Bereich Smart City in Heidenheim aus?*

Wir haben zusammen mit der Stadt Aalen vom Bund 17,5 Millionen Euro für Smart-City-Projekte erhalten. In einem ersten Schritt haben wir zunächst die Grundlagen erarbeitet, um entscheiden zu können, was wir umsetzen wollen. Dabei haben wir auch auf Bürgerbeteiligung und Kooperation mit der Wirtschaft gesetzt. Welche Sensorik kann in der Stadt helfen, gewisse Abläufe zu verbessern – den Verkehrsfluss, die Anlieferung in der Fußgängerzone oder digitale Behördengänge? Dafür jedoch ist die digitale Erreichbarkeit entscheidend. Wenn alle fünf Meter die Internet-Verbindung abbricht, funktioniert Smart City nicht.

*Steht Ihnen für die Umsetzung der Projekte auch mehr Personal zur Verfügung?*

Wir haben eine zusätzliche Stelle geschaffen, die wir ebenfalls über Fördermittel finanzieren, eine weitere soll folgen. Doch bei Fördermitteln handelt es sich immer nur um eine Anschubfinanzierung. Das, was wir damit an Infrastrukturen aufbauen, geht im Regelbetrieb an die Kommune über. Wenn wir jetzt eine komplette Sensorik aufbauen,



Michael Salomo

um intelligente Verkehrssteuerung betreiben zu können, dann lässt sich das zwar über Fördermittel realisieren, aber irgendwann stehen die Kosten im eigenen Haushalt. Wir Kommunen werden vom Bund regelmäßig angefüllt und dann im Regen stehen gelassen. Für die Digitalisierung an Schulen haben Bund und Land viele Millionen Euro für den Kauf von Tablets zur Verfügung gestellt. Doch was ist mit der Ersatzbeschaffung, was ist mit der Integration der Geräte und deren Wartung? Der Bund stellt gerne Geld zur Verfügung, um die Dinge in eine bestimmte Richtung zu lenken. Bei den Folgekosten sind wir Kommunen dann aber davon abhängig, ob sie von Bund oder Land übernommen werden, sonst geht das komplett zu unseren Lasten.

*Fördermittel sind ja vorrangig dazu da, um Anreize zu schaffen.*

Natürlich sind Fördermittel attraktiv, aber auch zwiespältig. Ein Beispiel: Sie bauen einen Bahnhof für 120 Millionen Euro und erhalten dafür 30 Prozent Fördermittel. Gleichzeitig können sie aber die Schultoiletten nicht sanieren, weil es da keine Fördermittel gibt und die Stadt es sich nicht leisten kann. Das verstehen die Bürgerinnen und Bürger oft nicht mehr. Es heißt dann: Für den Bahnhof haben sie Geld, aber für grundsätzliche Aufgaben nicht. So entsteht Misstrauen.

wir jetzt alles digital machen und uns abgrenzen, besteht die Gefahr eines Vertrauensverlusts in die Institutionen. Darüber hinaus bedeutet Digitalisierung immer auch mehr Endgeräte, die bedient und gewartet werden müssen. Mir ist kein Prozess bekannt, wo ich zum Schluss gesagt hätte, hier konnte eine Stelle eingespart werden.

*Wie sieht es beim Thema Klimaschutz aus, der Kommunen in Zukunft stark beschäftigen wird?*

Aus meiner Sicht müsste es beim Klimaschutz etwas ganzheitlicher

Florians-Prinzip und niemand fühlt sich verantwortlich.

*Wieder ein Plädoyer für eine Zuständigkeit vor Ort?*

In der wachsenden Allzuständigkeit des Bundes durch seine Fördermittelpolitik sehe ich eine Riesengefahr für unsere Demokratie. Was glauben Sie, wie Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vor Ort die Hölle heiß gemacht wird, wenn im Fernsehen gesagt wird, dass 500 Millionen Euro Fördermittel für die Schulsanierung nicht abgeflossen sind? Aber bei uns regnet es durch

## „Wir Kommunen werden vom Bund regelmäßig angefüttert und dann im Regen stehen gelassen.“

Problematisch ist auch der Eindruck, dass Berlin oder Stuttgart besser wüssten, was in einer Kommune gerade wichtig ist. Nicht ohne Grund sind wir in Baden-Württemberg und Bayern so wirtschaftsstark. Das liegt daran, dass wir kleingliedrige Verwaltungen haben, deshalb sehr nah an den Bürgerinnen und Bürgern sind und auf ihre Anliegen und die der Wirtschaft gut reagieren können.

*Könnten nicht die Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungsprozessen dabei helfen, Kosten zu sparen?*

Viele Angelegenheiten lassen sich gar nicht automatisieren. Wer soll denn im Katastrophenfall reagieren, wer meistert die Asylherausforderung, wer die Corona-Pandemie? Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker genießen das höchste Ansehen in der Politik. Das rührt daher, dass wir einen engeren Kontakt zur Bürgerschaft haben. Wenn

zugehen. Wenn am Freitag die Kinder bei Fridays for Future auf die Straße gehen und am Samstag die Eltern, weil sie das Windrad nicht vor der Haustür stehen haben wollen, ist das schon ziemlich paradox. Das Bewusstsein dafür, dass Energie erzeugt werden muss, ist nicht immer genügend ausgeprägt. Gleichzeitig wollen nur Wenige beim Verbrauch verzichten. Dabei gäbe es schon andere Hebel: So könnte der Bund beispielsweise eine dezentrale Lösung anregen. Je nachdem, wie viel Energie eine Stadt oder Gemeinde verbraucht, wird ihr auferlegt, die Erzeugung autonom zu regeln. Den Kommunen bliebe beispielsweise Zeit bis zum Jahr 2035, um über ihre Stadtwerke zu klären, wie viel Energie verbraucht wird. Dieselbe Menge an grünem Strom müssten sie dann selbst erzeugen. Die augenblickliche Diskussion um Windräder in der Nordsee und dicke Stromtrassen in den Süden folgt dem Sankt-

das Schuldach. Oft sind die Hürden einer Bundesförderung aber schlicht zu hoch, um in der Praxis Anwendung finden zu können. Und wenn wir dann eine Bundesförderung für eine Schulsanierung erhalten, steht ein Bundestagsabgeordneter mit auf dem Foto zum Förderbescheid. Dabei lautet die Frage doch: Sind Schulsanierungen Bundesangelegenheit oder eine kommunale Aufgabe? Es wird viel zu sehr der Eindruck erweckt, es gäbe nur noch den Bund. Das halte ich für gefährlich und sogar demokratischädlich. Ich wünsche mir deutlich mehr Autonomie und mehr Finanzmittel, um vor Ort das umsetzen zu können, wofür wir eigentlich da sind.

*Interview: Helmut Merschmann*

### Link-Tipp

Weitere Informationen zur Smart City Heidenheim unter:

- <https://smartcity.heidenheim.de>

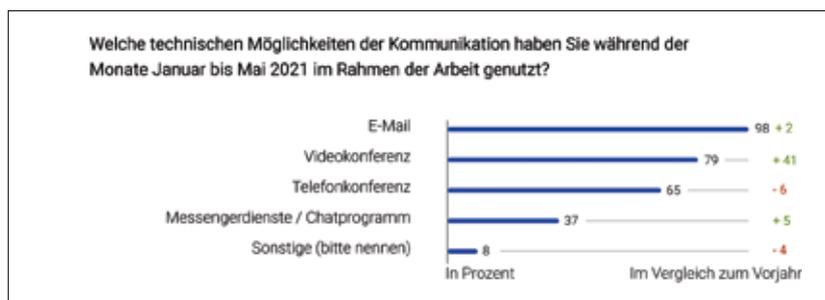
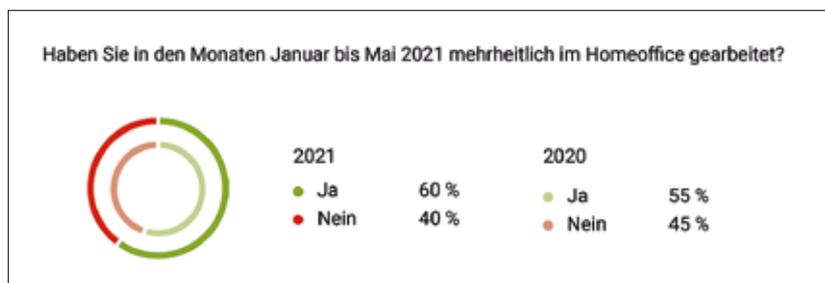
# Schub war nur ein Schubs

Carsten Köppl

Die Studie *Verwaltung in Krisenzeiten 2* hat untersucht, welche Fortschritte die interne Organisation der Arbeit aus Sicht der Verwaltungsbeschäftigten seit dem Jahr 2020 gemacht hat. Parallel wurde eine Bürgerbefragung durchgeführt.

**D**er zu Beginn der Corona-Maßnahmen durchaus dynamische Digitalisierung- und Modernisierungsschub war nur ein kleiner Schubs. Das zeigt die Studie *Verwaltung in Krisenzeiten 2*, welche die Beratungsagentur Next:Public mit den Partnern dbb beamtenbund und tarifunion, Hertie School of Governance und vielen anderen Mitte Dezember 2021 veröffentlicht hat. Untersucht wurde, was sich bei der internen Organisation der Arbeit in den Verwaltungen von Bund, Ländern und Kommunen aus Sicht der Beschäftigten seit 2020 getan hat.

Dass Bund, Länder und Kommunen auch nach fast zwei Jahren Pandemie noch nicht in der neuen Normalität angekommen sind, zeigt sich am Beispiel Homeoffice. Von rund 2.500 befragten Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern gaben 92 Prozent an, dass sie im Homeoffice arbeiten möchten. Bei der Befragung zum ersten Lockdown im Jahr 2020 hatte nach eigener Aussage bereits über die Hälfte der Teilnehmenden überwiegend im Homeoffice gearbeitet. In der aktuellen Studie waren es nun 60 Prozent, also lediglich fünf Prozentpunkte mehr. Die Zahl derer, die durchgehend im Homeoffice verblieben, ist sogar gesunken: Von



Ergebnisse der Fortsetzungsstudie *Verwaltung in Krisenzeiten 2*.

einem Drittel im ersten Lockdown zu einem Viertel im dritten Lockdown. Die Gründe dafür, dass es für die Beschäftigten seit 2020 insgesamt wenig Zuwachs an Möglichkeiten für das Arbeiten von zu Hause aus gab, sind vielseitig. Diejenigen, die 2021 weiterhin nicht im Homeoffice arbeiten konnten, scheiterten bei der Realisierung am häufigsten an fehlenden digitalen Prozessen (30 Prozent), dem Mangel an technischen Endgeräten (30 Prozent) sowie am Widerstand ihrer Vorgesetzten (26 Prozent).

Hinsichtlich fehlender digitaler Prozesse ist an erster Stelle die

E-Akte zu nennen. Denn nach wie vor gibt es in zahlreichen Verwaltungen keine elektronische Aktenführung. Dieses bereits seit Jahren bestehende Versäumnis ist nun ein Haupthinderungsgrund für mobiles Arbeiten. Auch die Präsenzkultur scheint in deutschen Verwaltungen weiterhin ausgeprägt, auf kommunaler Ebene und Landesebene deutlich stärker als auf Bundesebene. Dabei ist die Schaffung von Möglichkeiten zum Homeoffice und mobilen Arbeiten in Verwaltungen nicht nur wichtig für die Krisenresilienz in Pandemiezeiten, sondern auch ein Baustein für die Zukunft der Personalrekrutierung.

Darüber hinaus wurden auch im zweiten Jahr der Corona-Pandemie in deutschen Verwaltungen kaum IT-Sicherheits- und Datenschutzschulungen für die Mitarbeitenden durchgeführt. Laut der Studie hatten nur 13 Prozent der Befragten beim Wechsel ins Homeoffice an einer IT-Sicherheitsschulung teilgenommen. Lediglich neun Prozent erhielten eine Schulung zum Thema Datenschutz. Gleichzeitig müssen Verwaltungsmitarbeiter beim Arbeiten von zu Hause aus noch immer auf private Hardware und Technik zurückgreifen (62 Prozent im Jahr 2020 im Vergleich zu 66 Prozent im Jahr 2021).

Der Ausnahmezustand wird auch hier schnellstmöglich einer Überführung in den Normalzustand weichen müssen. IT-Sicherheits- und Datenschutzschulungen sollten den Wechsel ins mobile Arbeiten verpflichtend begleiten und die Verbesserung von Sicherheitsvorkehrungen und technischer Ausstattung stärker in den Fokus rücken.

Die Entwicklung vom ersten Lockdown 2020 bis zum dritten Lockdown im vergangenen Jahr hat aber auch gezeigt, dass die Mittel der internen Kommunikation in der Verwaltung deutlich moderner geworden sind. Von allen für die Stu-

die untersuchten Themen sind dort die größten Sprünge nach vorn zu verzeichnen. Zwar dominiert die klassische E-Mail nach wie vor das Gesamt-Ranking der Kommunikationsmittel. Die Videokonferenz konnte sich aber innerhalb eines Jahres als fester Bestandteil im Arbeitsalltag von Behörden verankern. Inzwischen nutzen fast 80 Prozent der Beschäftigten bei Bund, Ländern und Kommunen Videokonferenz-Tools für ihre Arbeitskommunikation. Bei der ersten Befragung ein Jahr zuvor waren es nur 38 Prozent, vor der Pandemie sogar nur 17 Prozent. Am weitesten verbreitet ist die Videokonferenz auf kommunaler Ebene (89 Prozent). Auf Bundesebene nutzen 82 Prozent und auf Landesebene 73 Prozent der Beschäftigten entsprechende Tools. Drei Viertel der Befragten gaben an, dass sie sehr gute oder gute Erfahrungen mit Videokonferenzen gesammelt haben. Nur fünf Prozent empfanden die Nutzung als weniger gute Erfahrung.

Parallel zur Verwaltungsbefragung wurde für die Fortsetzungsstudie Verwaltung in Krisenzeiten 2 eine Bürgerbefragung durchgeführt. Dabei gaben 17 Prozent der rund 5.000 Teilnehmenden an, im ersten Halbjahr 2021 vermehrt auf die Online-Dienste der öffentlichen

Arbeitsalltag gemacht haben. Die Folgestudie forschte nach, inwiefern sich die Arbeit der Verwaltungen und das Empfinden der Mitarbeitenden innerhalb eines Jahres verändert haben. Beide Studien stehen zum Download bereit:

<https://nextpublic.de/verwaltung-in-krisenzeiten-2>

Verwaltung zugegriffen zu haben. Mit den steigenden Nutzerzahlen sank jedoch die Zufriedenheit mit den digitalen Verwaltungsangeboten (2020: 22 Prozent, 2021: 15 Prozent). Die Unzufriedenheit ist dagegen von 47 Prozent auf 63 Prozent gestiegen.

Dabei hatte das Konjunkturpaket zum Onlinezugangsgesetz (OZG) von Anfang 2021 das Ziel, den Ausbau der Online-Services für Bürgerinnen und Bürger sowie für Unternehmen zügig voranzubringen. Der Blickwinkel müsste hier in Zukunft erweitert und verstärkt auf die digitalen Prozesse gerichtet werden, mit denen die Verwaltungen im Hintergrund arbeiten. Denn diese sind größtenteils veraltet und weder cloudfähig noch verfügen sie über die notwendigen Schnittstellen für den Datenaustausch. Eine mittelgroße Kommune arbeitet beispielsweise mit rund 400 Fachverfahren. Um sie zukunftsfest zu gestalten, bedarf es dringend eines Investitionspakets, das die OZG-Umsetzung flankiert.

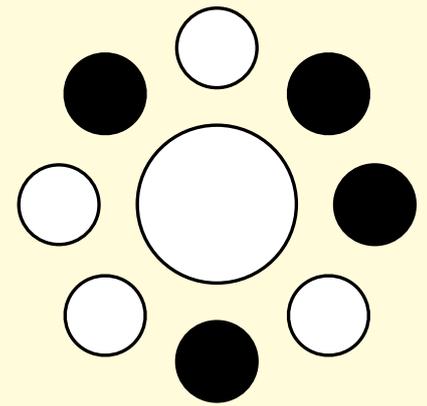
Sowohl die Befragung der 2.500 Verwaltungsmitarbeitenden als auch die Umfrage mit 5.000 teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern zeigt, dass die Digitalisierung der Verwaltung von unterschiedlichen Zielgruppen aus gedacht und aus mehreren Blickwinkeln betrachtet werden muss. Die Dynamik, die seit dem ersten Lockdown kaum noch bemerkbar ist, muss wieder an Fahrt gewinnen, um Verwaltungen zukunftsfähig und krisenfest aufzustellen.

*Carsten Köppl ist Geschäftsführer der Next:Public GmbH und Projektleiter der Studie Verwaltung in Krisenzeiten.*

### Zur Studie

Die Studie „Verwaltung in Krisenzeiten – Eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den Öffentlichen Dienst“ wurde im Dezember 2020 veröffentlicht und untersuchte, welche Erfahrungen Mitarbeitende von Behörden in ihrem neuen Ar-

# Blaupause für Kommunen



Alljährlich zeichnet das Unternehmen Axians Infoma Kommunen aus, die beispielgebende Digitalisierungsprojekte umsetzen. Im Round-Table-Gespräch berichten die Gewinner des Innovationspreises 2021 über ihre Projekte.

*Herr Professor Weiß, in einer Umfrage zum Digitalisierungsstand der deutschen Kommunen zeigte sich, dass die meisten Verwaltungen hinsichtlich vollständig digitalisierter Prozesse noch ganz am Anfang stehen. Wo liegen die Gründe dafür?*

*Jens Weiß (Hochschule Harz):* Unsere Forschungsprojekte aus den vergangenen Jahren zeigen, dass es drei wesentliche Faktoren gibt, die den Stand der Digitalisierung in Kommunen beeinflussen. Erstens sind Kommunen in diesem Prozess weiter, wenn sie über eine mittelfristige Planung, also über eine Digitalisierungsstrategie verfügen. Zweitens werden Digitalisierungsprozesse ganz wesentlich durch einen Mangel an spezialisierten Beschäftigten erschwert. Dabei geht es nicht nur um reine IT-Spezialistin-

nen und -Spezialisten, sondern auch um Themen wie Prozess- und Projekt-Management. Den dritten Faktor – und dieser war insbesondere für Erfolge oder Misserfolge von Digitalisierungsprojekten während der Corona-Pandemie relevant – nennen wir Digital Leadership. Hier geht es um die Frage, ob die erste Führungsebene eine Affinität zu IT-Themen hat, die Digitalisierung als eine ihrer strategischen Aufgaben versteht und bereit ist, wichtige Grundsatzentscheidungen in angemessenen Zeiträumen zu treffen. Und das heißt dann eben, in Krisensituationen auch mal sehr schnell zu entscheiden.

*Wie sieht die Situation in unserem Nachbarland aus, treffen die genannten Gründe auch auf österreichische Kommunen zu?*

*Michael Prodnik (Villach):* Wir haben IT-Fachkräfte in den Kommunen, die oft stark operativ getrieben sind. Das Thema Strategie war bisher auch in Österreich nicht immer fest verankert, es ging eher um den klassischen IT-Betrieb. Das hat sich erst in den vergangenen Jahren geändert. Auch das Selbstbild der IT hat sich gewandelt. Es zeigte sich, dass sie an fast allen kommunalen Prozessen beteiligt ist und die IT-Abteilungen entsprechend große Mitsprachenotwendigkeit gegenüber der Verwaltungsspitze haben – und auch Gehör fanden.

*Österreich gilt als Vorreiter bei der Verwaltungsdigitalisierung. Wie sehen Sie das?*

*Michael Prodnik (Villach):* Der Vorsprung Österreichs bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist darin begründet, dass der Bund sehr viele Standards definiert und vorgegeben hat. Gemeinsam mit den Ländern waren die Kommunen an diesem Prozess beteiligt. Anhand dieser Standards konnte die Digitalisierungsstrategie leichter umgesetzt werden.

*Inwieweit spiegeln die ausgezeichneten Projekte den notwendigen Weg in die digitale Zukunft wider?*

Am virtuellen Round Table saßen: Andre Willems, Kämmerer im Landkreis Leer; Sven Markus und Hilke Groninga, Projekt-Management Finance 21, Landkreis Leer; Patrick Gronych, Leiter Abteilung Finanzen + FM, und Mike Frey, stellvertretender Leiter Abteilung Finanzen + FM, Gemeinde Hüttenberg; Nina Stollwitzer, Prozess-Management,

und Michael Prodnik, stellvertretender Leiter der IT-Abteilung – Projektleitung, Stadt Villach/Kärnten; Jelena Götz, Anwendungsbetreuung bei ekom21; Dr. Jens Weiß, Professor für Verwaltungswissenschaften an der Hochschule Harz; Holger Schmelzeisen, Geschäftsführer Axians Infoma; Steffen Schanz, Prokurist PreSales Axians Infoma.

*Jens Weiß (Hochschule Harz):* Der Landkreis Leer hat mit Finance 21 trotz der Einschränkungen durch die Pandemiesituation ein strategisches Digitalisierungsprojekt umgesetzt. Der Nutzen war durch die neuen Möglichkeiten, aus dem Homeoffice zu arbeiten, sofort spürbar. Kleinere Kommunen haben in der Regel noch größere Ressourcenprobleme. Die Nutzung einer einfachen Form von künstlicher Intelligenz im Finanzwesen der Gemeinde Hüttenberg ist daher schon sehr innovativ. Das Projekt der Stadt Villach ist hinsichtlich der ebenenübergreifenden Verzahnung absolut richtungsweisend.

*Die Idee hinter dem Innovationspreis war auch, nachahmenswerte Beispiele publik zu machen. Können sich andere Kommunen an den ausgezeichneten Lösungen orientieren und davon profitieren?*

*Steffen Schanz (Axians Infoma):* Wir stellen die Projekte auf unseren Anwendertreffen vor, sodass sich andere Kommunen daran orientieren können. In den Diskussionen geht es dann meistens um organisatorische Themen und Fragestellungen: Was kann man falsch machen, worauf sollte man achten, wen muss man mitnehmen, was hat die Verwaltung davon und was die Bürger? Diese Erkenntnisse können wir als Blaupause an andere Kommunen übermitteln.

*Worauf sollte unbedingt geachtet werden, um einen erfolgreichen Prozess Richtung digitale Verwaltung zu starten?*

*Holger Schmelzeisen (Axians Infoma):* Aus meiner Sicht ist es elementar, eine Strategie zu entwickeln und diese dann in kleinen Schritten umzusetzen. Unsere Kampagne

#smartverwalten ist genau so angelegt. Wenn man nur einem großen Ziel hinterherhetzt, besteht die Gefahr, sich zu verzetteln und letztlich das Ziel aus den Augen zu verlieren. Politik, Verwaltungsleitung, Bürger und Unternehmen sollten beteiligt werden, damit Digitalisierung erlebbar wird.

*Mit welchen Projekten haben Sie am Innovationspreis teilgenommen?*

*Andre Willems (Landkreis Leer):* In unserem Projekt geht es um die ganzheitliche Neuausrichtung des Finanzwesens, nicht darum, ein Programm einzuführen oder den Rechnungsworkflow zu verbessern. Wir haben das ganze Haus mit knapp 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchforstet, um jeden Prozess, der finanzielle Bedeutung hat, daraufhin zu überprüfen, ob er noch zeitgemäß ist und wie der Prozess digitalisiert werden kann. Die Finanz-Software ist dafür das Werkzeug.

*Patrick Gronych (Hüttenberg):* Wir haben ein Projekt zur Optimierung des Rechnungsworkflows mittels künstlicher Intelligenz eingereicht. Unsere Mitarbeitenden sollen nur die sachliche und rechnerische Prüfung vornehmen und nicht die Kontierung. Als nächsten Schritt wollen wir nun die Kindergärten an den Rechnungsworkflow andocken

*Nina Stollwitzer (Villach):* Bei unserem Projekt geht es um den Versand von Schriftstücken über eine elektronische Schnittstelle für den standardisierten österreichischen Zustellungsprozess. Dokumente, die wir in der Finanz-Software newssystem erzeugen, werden automatisiert verarbeitet und elektronisch

zugestellt. Dafür nutzen wir die zentrale Adressverwaltung von newssystem, die an das zentrale Melderegister angebunden ist. Wenn sich also ein Bürger für die elektronische Zustellung registriert, erhält er die Dokumente auf digitalem Weg.

*Was wollten Sie mit der Umsetzung Ihres Projekts erreichen?*

*Nina Stollwitzer (Villach):* Wir wollten die Komplexität des Versandvorgangs reduzieren. Früher erzeugten die Fachabteilungen Dokumente, die in der Hausdruckerei ausgedruckt, sortiert, kuvertiert und dann versendet wurden. Mit dem elektronischen Versand sparen wir Papier und Zeit.

*Mike Frey (Hüttenberg):* Unser Ziel sind automatisierte Prozesse. Dazu setzen wir auf künstliche Intelligenz, die Kontierungsvorschläge macht. Die Mitarbeiter prüfen dann nur noch die sachliche Richtigkeit. Wir haben dadurch in der Finanzabteilung viele Stunden eingespart, die wir hausintern weitergegeben haben. Im Ergebnis geht alles sehr schnell, es treten keine Zahlungsverzögerungen mehr auf.

*Hilke Groninga (Landkreis Leer):* Wir hatten mehrere Ziele und wollten viele Prozesse mit Bezug zum Finanzwesen optimieren und digitalisieren. Beispielsweise wurde ein Rechnungs- und Bestell-Workflow eingeführt, um Haushaltsmittel vorzeitig zu binden, die Rechnungsbearbeitung zu beschleunigen und die Gelder schneller auszahlen zu können. Ein wichtiger Punkt ist, dass die digitalen Buchungsbefehle, sowie im Rahmen des Projekts geschaffene Auswer-

tungsmöglichkeiten, die Transparenz des Finanzwesens deutlich erhöhen sollten. Das alles ist uns unter anderem durch den Rechnungs-, Bestell- und Freigabe-Workflow sehr gut gelungen. Durch eine Schnittstelle zum Dokumenten-Management-System erfolgt zudem eine digitale Archivierung der Buchungsbelege und Verlaufsprotokolle der Workflows.

*Welche spezifischen Herausforderungen mussten Sie bei der Realisierung Ihrer Projekte meistern?*

*Sven Markus (Landkreis Leer):* Wir haben eine interdisziplinäre Projektgruppe aus vielen Fachbereichen gegründet. Leider hat uns die Corona-Pandemie in den ersten Monaten stark ausgebremst und erforderte den Umstieg auf digitale Sitzungen sowie digitale Schulungsmethoden der Mitarbeitenden. Die Neuausrichtung des Finanzwesens bringt zudem organisatorische Veränderungen. Bestehende Arbeitsprozesse sowie eingespielte Abläufe mussten neu gedacht und angepasst werden.

*Jelena Götz (ekom21):* Die Herausforderung für uns als betreuenden IT-Dienstleister war, das Projekt so zu gestalten, dass es den Anforderungen der Gemeinde Hüttenberg entspricht. Zusätzlich zum E-Rechnungsmanager von Axians Infoma nutzen wir Lösungen des E-Rechnungsspezialisten crossinx. Dadurch können wir die künstliche Intelligenz noch besser nutzen, weil wir auch PDF-Belege in das E-Rechnungsformat umwandeln können. Die KI kann so besser lernen.

*Michael Prodnik (Villach):* Da die elektronische Zustellung in Öster-

reich für den Bürger freiwillig ist, lag eine der größten Herausforderungen darin, den Bürgern deren Vorteile näherzubringen. Auch die physische Art der Zustellung war eine Herausforderung im Projekt, denn wir mussten auch diese Form testen. Das dauert natürlich deutlich länger als bei einer digitalen Zustellung.

*Wie haben Sie Ihre Projekte organisatorisch umgesetzt?*

*Michael Prodnik (Villach):* Hier waren wir in einer komfortablen Situation, weil der IT-Abteilung auch die Hausdruckerei und die Posteingangsstelle zugeordnet sind. Alle nötigen Partner für das Projekt sind also beisammen. Wir haben dann die Abteilungen mit dem höchsten Postverkehr ins Boot geholt und sie zu Leuchttürmen für das Projekt gemacht.

*Patrick Gronych (Hüttenberg):* Die Finanz- und die IT-Abteilung sowie unser IT-Dienstleister ekom21 waren natürlich eingebunden. Da der Wartungsvertrag für den Exchange-Server ausgelaufen ist, konnten wir den Server bei ekom21 hosten. Das war für das Projekt vorteilhaft, weil die Kommunikation besser ist, wenn Server und Rechnungsworkflow in einer Hand liegen.

*Andre Willems (Landkreis Leer):* Die Umsetzung haben wir ganz klassisch organisiert. Es wurde eine Projektgruppe gebildet mit Vertretern unterschiedlicher Bereiche, und es gab eine Lenkungsgruppe mit dem Landrat und den Dezernenten. In Unterprojekten haben wir dafür gesorgt, dass unsere Finanz-Software mit den jeweiligen Fachverfahren der Ämter kommunizieren kann.

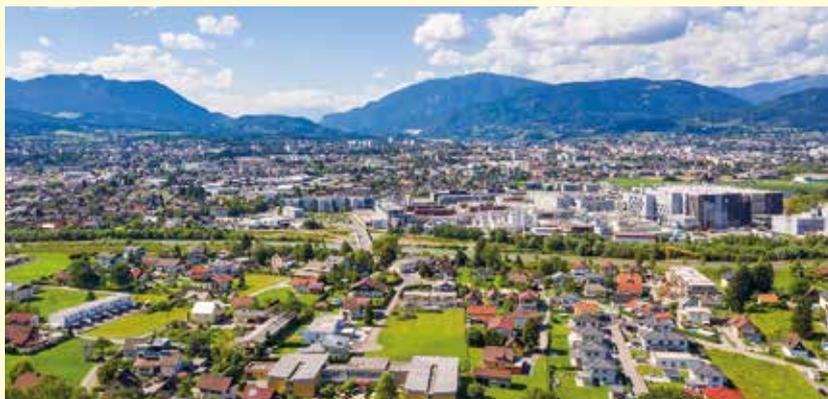
Ein solches Projekt kann nur erfolgreich sein, wenn alle Beteiligten eingebunden und in die Verantwortung genommen werden. Man muss klar benennen, wer für welchen Meilenstein zuständig ist. Denn die Neuausrichtung des Finanzwesens ist eine Operation am offenen Herzen. Insgesamt muss man sagen, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewillt sind, solche Modernisierungsprojekte umzusetzen. Sie merken sehr schnell, welche positiven Effekte es hat, wenn man keine Akten mehr wälzen muss, sondern alles digital abrufen kann.

*Welchen Nutzen hat Ihr Projekt und wer profitiert davon?*

*Nina Stollwitzer (Villach):* An erster Stelle stehen der finanzielle Nutzen und die Entlastung der Mitarbeiter. Das hängt allerdings davon ab, wie viele Bürger die elektronische Zustellung auch wünschen. Für den Bürger hat es den Vorteil, dass er Dokumente direkt abrufen und digital weiterverarbeiten kann.

*Patrick Gronych (Hüttenberg):* Im Grunde hat die gesamte Verwaltung profitiert. Durch die Optimierung des Rechnungsworkflows wurde die Durchlaufzeit einer Eingangsrechnung deutlich geringer. Wir haben das mit der Stoppuhr gemessen. Eine ZUGFeRD-Rechnung mit Kontierungsvorschlag läuft in 30 Sekunden durch, bei einem normalen PDF ohne Kontierungsvorschlag dauert der Vorgang zwei Minuten. Aber auch die Empfänger des Geldes profitieren, weil die Zahlung schneller erfolgt.

*Sven Markus (Landkreis Leer):* Ich kann das eben Gesagte bestätigen, auch bei uns haben innerhalb der



Villach: Erster Preisträger aus Österreich

Verwaltung alle profitiert, die Bezug zur Finanzverwaltung haben. Mit Schnittstellen konnten zahlreiche Fachverfahren an das Finanzwesen angebunden werden, das bringt natürlich große Vorteile. Zudem wird die Arbeit im Homeoffice deutlich erleichtert und flexibles Arbeiten wird einfacher. Auch für unsere Verwaltung gilt, dass wir Rechnungen schneller bezahlen, somit profitieren auch die Geschäftspartner. Die Bürger haben Vorteile, weil wir Auskünfte viel schneller erteilen können. Nicht zuletzt bringt ein solches Projekt einen Image-Gewinn für uns als moderne und innovative Verwaltung. Das hilft uns auch bei der Gewinnung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

*Wie bedeutsam sind moderne Technologien, um den Ansprüchen an eine neue Arbeitswelt in Zeiten von wachsendem Fachkräftemangel gerecht zu werden?*

*Hilke Groninga (Landkreis Leer):* Ich bin überzeugt, dass wir durch den Einsatz neuester Technologien auch für Fachkräfte attraktiv werden. Das kann ich aus meiner persönlichen Sicht bestätigen. Auch ich möchte bei der Arbeit innovativ sein, effiziente Arbeitsstrukturen haben und meine Aufgaben schnell und mittels

moderner Technologie erledigen können. Deshalb werden wir bald die Modern Clients von Axians Infoma einführen.

*Welche Vorteile bringen diese?*

*Holger Schmelzeisen (Axians Infoma):* Unser Slogan lautet: Egal wo, egal wann, mit den Modern Clients ist man immer arbeitsfähig. Man kann per Smartphone, Tablet oder Laptop arbeiten, die Masken passen sich automatisch je Device an. Wie schon angeklingen: Um Arbeitskräfte finden und binden zu können, muss es möglich sein, die Arbeitszeitmodelle zu flexibilisieren. Das ist mit unserer Lösung möglich.

*Jelena Götz (ekom21):* Wir haben die Modern Clients bei verschiedenen Pilotkunden eingeführt. Sie ermöglichen ein intuitives Arbeiten und werden sehr gut angenommen. Natürlich muss die öffentliche Verwaltung als Arbeitgeber attraktiver werden, gerade im Vergleich zur freien Wirtschaft. Das Thema flexibles Arbeiten hat durch die Coronapandemie an Bedeutung gewonnen und ist nun auch in vielen Verwaltungen möglich.

*Steffen Schanz (Axians Infoma):* Von der Gewinnung von Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeitern ganz abgesehen: Für mich ist es eine Schlüsselaufgabe für Verwaltungen, moderne Technologien einzusetzen. Bald tritt die Generation Z in den Arbeitsmarkt ein, die mit digitalen Technologien aufgewachsen ist. In Umfragen sagen 80 Prozent dieser Generation, dass sie mit Spitzentechnologie arbeiten wollen. 91 Prozent sagen, dass die Technologie am Arbeitsplatz wesentlichen Einfluss auf die Wahl des Arbeitgebers hat. 42 Prozent der Generation Z würden sofort den Arbeitsplatz wechseln, wenn sie bei anderen eine bessere Arbeitsumgebung haben. Sie haben also komplett andere Erwartungen an den Arbeitgeber und den Arbeitsplatz. Darauf muss auch die öffentliche Hand reagieren.

*Herr Weiß, die Gemeinde Hüttenberg setzt bei ihrem Projekt auf künstliche Intelligenz. Sehen Sie die Möglichkeit, mit KI die steigende Aufgabenvielfalt in den Verwaltungen effizient zu meistern?*

*Jens Weiß (Hochschule Harz):* Der Begriff künstliche Intelligenz wird ja mittlerweile sehr breit genutzt. Da geht es oft auch nur um die Auswertung großer Datenmengen, kontinuierliche Verbesserung von Algorithmen oder Sprach-, Bild- und Mustererkennung. All diese Entwicklungen sind für die öffentliche Verwaltung sehr relevant. Wir wissen, dass insbesondere in Kommunalverwaltungen ein Großteil der Aufgaben – manche Schätzungen gehen von bis zu 70 Prozent aus – Routineaufgaben sind, die selbst mit so genannter schwacher KI automatisierbar wären. Das Potenzial ist also riesig.

*Moderation: Alexander Schaeff*

# Autonomie gewinnen

Anika Krellmann

**Für die Kommunen gewinnt das Thema digitale Souveränität enorm an Bedeutung und zieht Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern nach sich. Bei der Umsetzung sollte die Verwaltung mitsamt der öffentlichen IT-Dienstleister an einem Strang ziehen.**

**D**igitale Souveränität: Kaum ein Begriff hat es in den vergangenen zwei Jahren so rasant nach oben auf die politisch-strategische Agenda von Bund, Ländern und Kommunen geschafft. Auch im Jahr 2022 wird die digitale Souveränität ein großes Thema in der politischen Diskussion bleiben – das zeigt nicht zuletzt ein Blick in den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung. Insbesondere das kommunale Management ist dabei gefordert, sie jetzt strategisch und operativ zu forcieren.



Open-Source-Lösungen stärken die digitale Souveränität.

Den Blick darauf zu verändern, wie Souveränität heute diskutiert werden muss, heißt, den Fokus auf die Relevanz von Technologien für unser Leben, Arbeiten und Wirtschaften zu legen und zu hinterfragen, was diese für das Handeln und Entscheiden der Kommunalverwaltung bedeuten: Allen voran zu nennen sind hier Big Data, Automatisierung und künstliche Intelligenz (KI), Cloud Computing sowie Plattformtechnologien. Daten entstehen in Echtzeit und sind Nährboden für neue Erkenntnisse, bessere Steuerungsmöglichkeiten sowie nutzerzentrierte Services.

Die zunehmende Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt trägt im Wesentlichen zu zwei Entwick-

lungen bei, durch welche die digitale Souveränität für Kommunen enorm an Bedeutung gewinnt: Zum einen erhalten sie neue Optionen, die kommunale Daseinsvorsorge vor Ort zu gestalten. Gleichzeitig sind sie gefordert, die Daseinsvorsorge auf das digitale Zeitalter einzustellen und entsprechende Angebote für Bürgerinnen und Bürger zu schaffen – etwa im Bereich der digitalen Bildung. Dies wiederum ist ihnen nur möglich, wenn sie beispielsweise souverän über Daten verfügen und entsprechende Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten ausschöpfen können.

Zum anderen bedeutet die digitale Abwicklung vieler Prozesse innerhalb der Verwaltung, dass das

Risiko, sich in die Abhängigkeit einzelner Software-Hersteller oder Cloud-Anbieter zu begeben, weiter steigt und durch die Cloud-Strategien einiger Anbieter sogar aktiv begünstigt wird. So genannte Herstellereinschlüsse machen souveräne Entscheidungen über den Technikeinsatz unmöglich und schränken die Interoperabilität von Services teils ein.

Auf die Frage, was digitale Souveränität bedeutet, gibt es daher nicht nur eine Antwort. Vielmehr hat sie viele Facetten. Gerade für Kommunen zieht dies Maßnahmen in ganz unterschiedlichen Handlungsfeldern nach sich. Wenn sich nun allein die IT um die digitale Souveränität von Kommunen kümmert, ist

das nicht ausreichend. Die Autonomie im Digitalen ist ein wesentlicher Beitrag zur dauerhaften Stärkung der Demokratie im digitalen Zeitalter. Der Zugang zu Wissen in der heutigen Informationsgesellschaft ist ähnlich elementar. Hier müssen Kommunen im Sinne der kommunalen Selbstverwaltung und Daseinsvorsorge tätig werden. Wichtige Ansatzpunkte sind ebenfalls und insbesondere die technologische Souveränität und die Datensouveränität.

Die Stärkung der digitalen Souveränität für die öffentliche IT hängt von unterschiedlichen Erfolgsfaktoren ab. So braucht es mehr interkommunale Kooperationen und eine Intensivierung der Zusammenarbeit im föderalen System. Nur wenn die öffentliche Verwaltung mitsamt der öffentlichen IT-Dienstleister an einem Strang zieht, wird es möglich sein, souveräner zu agieren und zu entscheiden, indem die Abhängigkeiten von großen Software- und Cloud-Anbietern reduziert werden oder souverän steuerbar sind. Dafür braucht es Optionen: Die Verwaltung sollte im Sinne einer Multi-Supplier-Strategie möglichst auf unterschiedliche Hersteller setzen und mittels Open Source Software Alternativen fördern und schaffen. Darüber hinaus braucht es sichere digitale Infrastrukturen, die echte Alternativen sind. Daher sind Konzepte zu Cloud-Infrastrukturen, wie etwa zur Verwaltungscloud, so bedeutend.

Die genannten Erfolgsfaktoren machen deutlich: Die Gestaltung der föderalen IT-Infrastruktur muss und wird sich verändern. Damit einher gehen neue Geschäftsmodelle für IT-Dienstleister, etwa im

Kontext der Nutzung unterschiedlicher Cloud-Services oder der modularen Ausgestaltung von komplexen IT-Services.

Gerade Open Source Software ist ein wesentlicher Baustein zur Stärkung der digitalen Souveränität. Sie zählt auf alle der genannten Facetten ein. Eine Open-Source-Lizenzierung bringt größtmögliche Freiheiten im Nutzen, Einsehen, Verändern und Nachnutzen des Software-Codes mit sich. Der Einsatz von Open Source Software bedeutet aber auch, dass Verwaltungsprozesse darauf eingestellt werden müssen: Von Beschaffung und Vergabe über die eigene IT-Strategie bis hin zu Fragen der Zusammenarbeit, dem Community-Engagement, finanzwirtschaftlichen Fragestellungen oder der Akzeptanz und Awareness bei Mitarbeitenden – mehr Open Source verlangt nach einer Open Source Governance und einem Management, das sich langfristig darauf einstellt.

Auch hier gilt: Zusammenarbeit ist das A und O. Gerade Kommunen können voneinander profitieren. Beispiele aus München und Dortmund (siehe auch Seite 24 und 26) zeigen dies und ermöglichen die ideale Nachnutzung von Open-Source-Strategien und erfolgreichen Konzepten zur Förderung von Open Source Software.

Die jüngeren Beschlüsse des IT-Planungsrats weisen in eine gute Richtung. Insbesondere die Entwicklungen im Kontext der Deutschen Verwaltungscloud und des Zentrums für Digitale Souveränität – im Arbeitstitel ZenDiS genannt – bieten auch Kommunen die Chance, sich sukzessive digital souveräner

aufzustellen. Denn aktuell fehlt der öffentlichen Verwaltung eine ebenenübergreifende organisatorische Einheit, welche die Stärkung der digitalen Souveränität mit der notwendigen Flexibilität und Dringlichkeit vorantreiben kann.

Das ZenDiS soll Open-Source-Lösungen für die öffentliche Verwaltung fördern. Das aktuelle Konzept sieht unter anderem die gemeinsame Priorisierung von Entwicklungsbedarfen in einer Roadmap, Guidelines sowie unterschiedliche Beratungsangebote, aber auch eine Koordinierungsfunktion im Open-Source-Ökosystem vor. Auf einer Open-Source-Plattform werden Lösungen bereitgestellt. Dies soll in Abstimmung mit der Deutschen Verwaltungscloud-Strategie geschehen.

Zentrale Ansätze werden also wichtige Leitplanken setzen. Die Kommunen sollten aber schon jetzt damit beginnen, sukzessive und auch mit kleineren Maßnahmen ihre digitale Souveränität in unterschiedlichen Handlungsfeldern zu stärken: von mehr Awareness für das große Warum über Bildungsangebote bis hin zum Open-Source-Einsatz. Dabei können sie auf vorhandene Strukturen setzen – in den kommunalen IT-Dienstleistern haben sie dabei wichtige Partner, die zugleich Kompetenzen bündeln. Digitale Souveränität ist und bleibt aber auch eine eigene strategische Aufgabe des kommunalen Managements.

*Anika Krellmann ist Referentin im Programmbereich Organisations- und Informationsmanagement der KGSt – Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement.*

# Aus Abhängigkeiten lösen

A. Schröder/L. Becker

Die zunehmende Verlagerung von IT-Anwendungen in die Cloud ist Grund genug für Kommunen, sich mit dem Thema digitale Souveränität auseinanderzusetzen. Denn dies bedeutet mehr als lediglich die Möglichkeit, zwischen verschiedenen Produkten wählen zu können.

Eine Studie im Auftrag des Bundesinnenministeriums (BMI) sorgte im August 2019 für Aufsehen. Im Fokus stand dabei die Frage, ob es bei den digitalen Technologien, auf die Behörden setzen, gravierende Abhängigkeiten von einzelnen Unternehmen gibt. Die Studie kam zu dem Schluss, dass solche einseitigen Abhängigkeiten von einzelnen Software-Herstellern sehr wohl existieren und sie in der Summe durchaus geeignet sind, unsere digitale Souveränität als Staat, Verwaltung oder Bürger zu beeinträchtigen.

Aus Sicht der Open Source Business Alliance – Bundesverband für Digitale Souveränität (OSB Alliance) geht digitale Souveränität dabei über das zuweilen kolportierte „zwischen Produkten wählen zu können“ hinaus. Sie ist vielmehr bestimmt durch die Fähigkeit einer Organisation oder eines Individuums, selbst und sicher bestimmen zu können, wer unter welchen Bedingungen, mit welcher Software und für welchen Zweck auf die selbst generierten oder gespeicherten Daten zugreifen kann. Die in einer Kommune anfallenden Daten unterliegen vollständig der Hoheit der jeweiligen Verwaltung oder der betreffenden Bürger und Organisa-

tionen. Warum sich also mit dem Thema beschäftigen? Hier gab es in den vergangenen Jahren viele Veränderungen, die gute Gründe liefern, warum man sich auch als Kommune mit der strategischen Rolle der Digitalisierung und deshalb mit Fragen der digitalen Souveränität beschäftigen muss.

Da wäre zum einen etwa die zunehmende Verlagerung von Informationstechnologie und Anwendungen in die Cloud. Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie hat man das mobile Arbeiten und die damit verbundenen Zugriffsmöglichkeiten auf Daten und Dokumente durchaus zu schätzen gelernt. Damit verändert sich aber in vielen Fällen, sowohl technologisch als auch rechtlich, der Zugriff auf Daten und Software. Wenn auch ein solcher Schritt für die meisten Fachverfahren nicht unmittelbar bevorsteht, stellt sich die Situation im Bereich der klassischen Office-Suite aktuell beziehungsweise in naher Zukunft schon ganz anders dar. Der Weg in die Cloud ist eine vom Hersteller beschlossene Tatsache, an der es kein Rütteln mehr gibt.

Allein dieser Umstand und der Fakt, dass Nutzer in diesem Zusammenhang abhängig von den Entscheidungen einzelner Software-

Hersteller sind, sind Grund genug, sich mit dem Thema digitale Souveränität auseinanderzusetzen. Auf den zweiten Blick verschärft sich die Situation sogar noch: Wer hat rein technisch (Administration, Software-Wartung) und letztlich auch rechtlich (Cloud Act, Datenschutz in Drittländern) Zugriff auf Daten, Dokumente und Inhalte? Wie ist diese Situation unter den gesetzlichen Rahmenbedingungen einer Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zu bewerten? Wer haftet bei Verstößen, die gar nicht mehr im technischen Einflussbereich der eigenen Verwaltung, sondern in der Cloud liegen? Viele Fragen, mit denen man sich auseinandersetzen muss, die der Modernisierung und Digitalisierung von Verwaltungsprozessen aber nicht zwangsläufig im Weg stehen.

Cloud-Technologien und moderne digitale Infrastrukturen lassen sich durchaus digital souverän gestalten – auf Basis der passenden Digitalstrategie. Ein wichtiger Eckpfeiler ist der Einsatz von Open

## Link-Tipp

Mehr zum Thema digital souveräne Open-Source-Lösungen für die Cloud bietet die Website der OSB Alliance:

- <https://osb-alliance.de>

Source Software und offenen Standards. Die damit gewonnene Transparenz und Flexibilität lösen die Kommune aus einseitigen Abhängigkeiten. Der allgemein formulierte Mehrwert von Open Source, durch Quelloffenheit eine unabhängige Kontrolle, eine selbstbestimmte Verwendung, aber auch die Weiterentwicklung von Software zu ermöglichen, kommt den kommunalen Anforderungen an die digitale Verwaltung und die digitale Daseinsvorsorge besonders zugute. Wahlfreiheit, Gestaltungsfähigkeit und die Unabhängigkeit von Herstellern erlauben es Kommunen, den Einsatz von Ressourcen in Form von Steuergeldern oder Personal in Bezug auf Zeitpunkt, Höhe und Anbieter selbst zu wählen.

Vor allem im Rahmen der Aktivitäten zum Onlinezugangsgesetz (OZG), aber auch bei der dringend notwendigen Verwaltungsdigitalisierung und dem damit logisch einhergehenden Weg in die Cloud ermöglicht Open Source Software ein verantwortungsbewusstes Entscheiden und Handeln des kommunalen (IT-)Managements. Denn dieses ist gegebenenfalls ja auch für eintretende Risiken durch die Nutzung „unsouveräner“ Lösungen verantwortlich.

Besonders sensible kommunale Verwaltungsbereiche wie Meldewesen oder Finanzen erfordern bei der Verlagerung in die Cloud auch eine besonders vertrauenswürdige und sichere Datenverarbeitung und -ablage. Dass dieses Vertrauensbedürfnis durch Open-Source-Lösungen erfüllt werden kann, hat nicht zuletzt die Corona-Warn-App hinsichtlich des Umgangs mit sensiblen Daten gerade in ihrer Weiterent-

wicklung einem breiten Bürgerpublikum bewiesen.

Durch die Beauftragung unabhängiger Service-Dienstleister für die Software ist sogar eine regionale Wirtschaftsförderung realisierbar. Die kommunale Einkaufsmacht kann lokale IT-Service-Anbieter dahingehend motivieren, Mitglied des Ökosystems rund um Open Source Software zu werden. Damit kann die Kommune regionale Arbeitsplätze und Steuereinnahmen absichern. Durch direkte oder indirekte Teilhabe an Open-Source-Projekten lassen sich Investitionen nach dem Einer-für-Alle-Prinzip nachhaltig einsetzen. Die Kosten für funktionale Weiterentwicklungen oder die Bereinigung von Sicherheitsfehlern werden auf viele Schultern kommunaler Bedarfsträger verteilt, die Erfolge allen zur Verfügung gestellt. So muss bei der Zusammenarbeit in der Cloud nicht jede Kommune für ein bestimmtes Feature erneut bezahlen, sondern die Investitionen können sinnvoll aufgeteilt werden.

Das demonstrieren etwa die Open-Source-basierte Video-Konferenzplattform Jitsi oder das Netzwerk re@di – regional.digital, ein Zusammenschluss der neun Städte Baden-Baden, Bretten, Bruchsal, Bühl, Gaggenau, Ettlingen, Rastatt, Rheinstetten und Stutensee. Das Netzwerk hat eine online-kollaborative Lösung für die gemeinsame Arbeit aufgebaut, deren bislang sieben Komponenten vollständig aus Open Source Software bestehen – darunter das auf Jitsi Meet basierende Videokonferenzsystem Palim!Palim! Eine zentrale Plattform für solche kommunalen Software-Angebote – insbesondere für Cloud-Lösungen mit Open Source

Software – ist auf Initiative von Vitako, KGSt und OSB Alliance unter dem Namen „Ein Ort für öffentlichen Code“ im Entstehen begriffen.

Beim Thema Nachhaltigkeit ist eine weitere Eigenschaft von Open-Source-Lösungen für Kommunen relevant: Die Nutzung von freien Standards und Schnittstellen erlaubt es, die Verfügbarkeit der eigenen Daten zeitlich und technisch unabhängig selbst zu bestimmen. Sie werden nicht in so genannten Cloud-Datensilos in herstellerbestimmten Formaten gehalten, die in anderen Cloud-Plattformen oder Systemen nicht mehr nutzbar sind. Interoperabilität und Föderierbarkeit solcher Plattformen durch freie Schnittstellen und Standards in Open-Source-Lösungen sind besonders beim „Going Cloud“ zur Sicherung der Souveränität und der zukünftigen Nutzbarkeit zu beachten.

Gute Beispiele für die Stärkung der kommunalen digitalen Souveränität durch Open Source sind beispielsweise die Initiative DoFOSS der Stadt Dortmund (*siehe auch Seite 26*), der langjährige Einsatz von Open Source Software in Schwäbisch Hall oder die jüngsten Beschlüsse der Stadt Treuchtlingen zu ihrer Digitalstrategie mit Digitalplan, Open Source und Open Standards.

*Alfred Schröder ist Mitgründer und Geschäftsführer des Open-Source-Dienstleisters GONICUS GmbH; Lothar Becker ist Eigentümer und Geschäftsführer des Beratungs- und Dienstleistungsunternehmens .riess applications GmbH. Beide sind Mitglieder des Vorstands der Open Source Business Alliance – Bundesverband für Digitale Souveränität (OSB Alliance).*

# Den Neustaat gestalten

Ammar Alkassar/Judith Gerlach

**Die Schaffung einer souveränen Verwaltungscloud für Bund, Länder und Kommunen sollte vordringliche Aufgabe dieser Legislaturperiode sein und daher schnellstmöglich angegangen werden. Dafür setzen sich der Freistaat Bayern und das Saarland ein.**

**C**loud-Anwendungen sind aus vielen Unternehmen nicht mehr wegzudenken. Zentrale Funktionen wie Customer Relationship Management (CRM) und Enterprise Resource Planning (ERP) sind mittlerweile oft nur noch als Cloud-Anwendungen am Markt zu haben. Ebenfalls werden typische Client-Anwendungen wie Office zunehmend aus der Cloud angeboten. Auch eine moderne Verwaltung muss sich deshalb der Cloud-Technologie öffnen. Zum einen, um Bürgerinnen und Bürgern moderne Serviceleistungen anbieten zu können. Zum anderen, um selbst von den Vorteilen cloudbasierter Software-Lösungen zu profitieren. Dafür sind allerdings gewisse Voraussetzungen zu schaffen.

Cloud Computing beschreibt dabei sowohl die zentrale, serverseitige und geräteunabhängige Datenspeicherung als auch die effiziente und skalierbare zentrale Bereitstellung von Rechenkapazität bei externen Dienstleistern. Cloud-Anwendungen sparen daher Aufwand für Betrieb, Wartung und technischen Support und garantieren, dass stets die aktuelle Software-Version verfügbar ist. Die Deutsche Bahn etwa hat ihre eigenen Rechenzentren aufgelöst und ihre Anwendungen zu Cloud-Anbietern migriert.



Souveräne Verwaltungscloud schnellstmöglich bereitstellen.

Dementsprechend ist Cloud Computing für Endkunden, den Mittelstand und große Konzerne attraktiv – und immer mehr auch für die öffentliche Verwaltung. Klar ist: Wie immer, wenn sensible Daten von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen verarbeitet werden, legt die Verwaltung auf Datenschutz und Informationssicherheit größten Wert. Aus diesem Grund haben die Länder in verschiedenen Positionierungen bereits im Herbst 2021 klare Forderungen an den Bund gestellt.

Bayern und das Saarland wollen schnellstmöglich die Bereitstellung einer digitalen, souveränen Verwal-

tungscloud. Sie sollte als vordringliche Aufgabe in der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern gleich zu Beginn dieser Legislaturperiode des Bundestags umgesetzt werden. Sie soll Bund, Ländern und den Kommunen zur Verfügung stehen und im Sinne einer Multi-Cloud-Strategie bereitgestellt werden. Unter Multi-Cloud verstehen Bayern und das Saarland dabei eine zielorientierte Nutzung von Angeboten aus dem öffentlich-rechtlichen Bereich und auch von vertrauenswürdigen Anbietern aus der Privatwirtschaft.

Selbst Cloud-Anbieter mit Angeboten oder Unternehmenssitzen

außerhalb des Geltungsbereichs der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) können dabei einbezogen werden. Voraussetzung ist die Einhaltung klar definierter Standards, die zusammen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) entwickelt wurden (so genannte rote Linien), und dabei vor allem die Trennung zwischen Cloud-Angeboten für die öffentliche Verwaltung und Public Clouds.

Zentral erscheinen Bayern und dem Saarland hierbei drei Voraussetzungen für die Realisierung der digitalen Souveränität:

- **Wechselmöglichkeit:** Zur Vermeidung von Abhängigkeiten muss die öffentliche Verwaltung die Möglichkeit haben, frei und flexibel zwischen verschiedenen Anbietern und IT-Lösungen zu wechseln (Vermeidung von Lock-in-Effekten). Hierzu müssen Datenformate standardisiert sein und die Übertragung der Daten auf eine neue Plattform einfach möglich sein.
- **Daten-Sicherheit und Datenschutz:** Hierfür erstellt das BSI derzeit eine aktualisierte Handreichung für die öffentliche IT. Hyperscaler, die die roten Linien des BSI nicht überschreiten und den europäischen und nationalen Vorgaben entsprechen, sollen an Vergabeverfahren teilnehmen dürfen.
- **Gestaltungsmöglichkeit:** Die öffentliche Verwaltung muss in der Lage sein, die für sie entwickelte und bereitgestellte IT mitzugestalten – und dabei Anforderungen und Bedarfe gegenüber Anbietern nicht nur zu artikulieren, sondern auch durchzusetzen. Hierzu sind Wahlmöglichkeiten

und ein echter Wettbewerb der Angebote erforderlich.

Dabei gilt, dass die Handlungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand maximiert werden, wenn Bund, Länder und Kommunen ihre Marktmacht durch gemeinsame Positionen und die Bündelung bei Beschaffungen gemeinsam ausüben. Darüber hinaus ist es aus Sicht von Bayern und des Saarlands zweckdienlich, nicht ausschließlich auf den privaten Markt zu setzen, sondern im Sinne einer nationalen Multi-Cloud-Strategie mithilfe gezielter Förderung alternative, nachhaltige und wettbewerbsfähige Angebote in Deutschland zu entwickeln. Eine solche Förderung muss zielgerichtet erfolgen und eine kritische Masse realisieren. Dazu kann einer solchen souveränen Verwaltungscloud auf Nachfrageseite der Vorrang gegeben werden, soweit die erforderlichen Funktionen abgedeckt werden können. Die Unterstützung von europäischen oder nationalen Alternativen leistet einen wichtigen Beitrag zur Vermeidung von Lock-in-Effekten.

Gerade kleine und mittelgroße Kommunen können von einer souveränen Cloud-Lösung erheblich profitieren. Die Herausforderungen bei der Bereitstellung von Rechenzentrumskapazitäten nehmen kontinuierlich und rasant zu. Insbesondere die IT-Sicherheitsvorfälle bei Kommunen, Universitäten oder weiteren öffentlichen wie privaten Einrichtungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, welchen hohen Stellenwert die Absicherung von vernetzten Ressourcen einnimmt. Eine Zentralisierung der Ressourcen würde die einzelnen Kommunen in diesem Zusammenhang er-

heblich entlasten. Dadurch könnten deren IT- und Digitalisierungsfachkräfte die Fachreferate verstärkt durch Prozess-Know-how und innovative Lösungen für die Digitalisierung und Optimierung von Prozessen unterstützen. Die Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland könnte somit deutlich beschleunigt werden.

Für Bayern und das Saarland ist klar: Unsere Landesverwaltungen wollen Schritt halten bei der Cloud. Wir wollen sie aktiv im Zusammenschluss von Bund, Ländern und Kommunen gestalten und leistungsfähige Optionen für die öffentliche Verwaltung auf den Weg bringen. Das gelingt uns am besten gemeinsam. Insbesondere die Bundesregierung ist hier in ihrer Vorbildfunktion gefordert. Unsere Zusage zur engagierten Mitarbeit und Mithilfe steht.

*Ammar Alkassar ist Bevollmächtigter für Innovation und Strategie und CIO des Saarlands; Judith Gerlach ist Staatsministerin für Digitales des Freistaats Bayern.*



**Folgen Sie  
Kommune21  
auf Twitter:**

[twitter.com/kommune21](https://twitter.com/kommune21)

# Standards machen souverän

S. Hauber/D. Sander

**Weder Open Source Software noch staatlich entwickelte Lösungen führen zu digitaler Souveränität der Ämter und Behörden. Nur Wettbewerb und Wahlfreiheit garantieren Selbstbestimmung und Unabhängigkeit. Ein Kommentar des Verbands Databund.**

**D**igitale Souveränität – der Begriff ist in aller Munde, doch verstehen alle an der Diskussion Beteiligten das Gleiche darunter? Die allgemeinste Definition findet man bei Wikipedia: „Digitale Souveränität bezeichnet im Allgemeinen die Möglichkeit eines Menschen oder einer Gesellschaft (Staat), digitale Medien selbstbestimmt nutzen zu können.“ Auffällig dabei ist, dass die Selbstbestimmtheit eines einzelnen Menschen und einer Gesellschaft in den Blick genommen werden. Neben dem einzelnen Menschen und dem Staat gibt es aber eine ganze Reihe von Unternehmen, Institutionen oder auch Behörden, die selbstständig Entscheidungen treffen und in dieser Entscheidung souverän sein wollen und sollen. In der Definition des Polyas Wahllexikon wird die Definition dementsprechend auf Unternehmen und Institutionen erweitert.

Wann aber ist ein Objekt (ob Bürger, Unternehmen, Behörde oder Staat) selbstbestimmt? Laut dem Polyas Wahllexikon ist diese Selbstbestimmtheit dann gegeben, wenn die Objekte „nicht in unausweichliche Abhängigkeiten“ geraten. Die Autoren halten diese Definition der „unausweichlichen Abhängigkeit“ für sehr zielführend, weil Abhän-

gigkeiten grundsätzlich immer bestehen werden. Damit aber nicht genug.

Es kursieren eigene Definitionen in der öffentlichen Szene Deutschlands. So ist auf der Website eines großen öffentlichen IT-Dienstleisters zu lesen: „Der Staat muss souverän sein, damit die Bürgerinnen und Bürger den staatlichen Behörden und ihren Entscheidungen vertrauen können. Im digitalen Zeitalter bedeutet das, die Informationstechnik selbstbestimmt für die staatlichen Zwecke gestalten und nutzen zu können. Ohne beschränkenden Einfluss durch Wirtschaftsunternehmen oder die Interessen anderer Staaten.“

Insbesondere der letzte Satz wirft eine ganze Reihe grundlegender Fragen auf. Was ist unter einem beschränkenden Einfluss durch Wirtschaftsunternehmen zu verstehen? Ist für die digitale Souveränität ein Wirtschaftsunternehmen eine potenzielle Gefahr? Denkt man sie weiter, führt die spezielle Definition zu der Annahme, dass der Staat ausschließlich dann souverän ist, wenn er die notwendigen IT-Komponenten und -Lösungen selbst baut, betreibt, pflegt und die entsprechenden Dienstleistungen erbringt. Kein Platz für die Wirt-

schaftsunternehmen aber bedeutet keinen Platz für Wettbewerb.

Spätestens an dieser Stelle führt uns das Verständnis von digitaler Souveränität mit den Grundfesten unseres Wirtschaftssystems in Widerspruch. Der Wettbewerb bringt Innovation und gute Lösungen hervor – über solche Erkenntnisse sollte man nicht streiten müssen. Natürlich muss digitale Souveränität, wie bereits angemerkt, auch für alle Behörden und Institutionen gelten. Dafür ist es erforderlich, dass sich die Behörden nicht in unausweichliche Abhängigkeiten von einer Lösung, auch nicht von einer staatlichen, begeben. Mit anderen Worten: Selbst eine im Rahmen der digitalen Souveränität entwickelte Lösung führt nicht zu digitaler Souveränität bei den Behörden und Institutionen. Nur Wettbewerb und damit die Wahlfreiheit über die einzusetzende Lösung garantieren Selbstbestimmung und Unabhängigkeit.

Kritiker eines so verstandenen Souveränitätsbegriffs werden anmerken, dass Quasimonopole, etwa im Bereich der Betriebssysteme, Datenbanken oder auch bestimmter Fachverfahren, ohnehin keinen Wettbewerb ermöglichen. Darauf muss man erwidern, dass es sich im

Normalfall eben um Quasimonopole handelt – also durchaus Alternativen existieren. Man muss an dieser Stelle hinterfragen, warum auf sie nicht im Sinne der digitalen Souveränität zurückgegriffen wird. Und selbst wenn es solche Alternativen in Ausnahmefällen nicht gibt, so bieten Markt und Wettbewerb doch immer die Möglichkeit, eine völlig neue Lösung hervorzubringen und damit die Souveränität wiederherzustellen. Das ist bei der einen, staatlich verordneten Lösung nicht gegeben.

Zu hinterfragen ist auch, ob eine staatliche Lösung tatsächlich Vertrauen bei den Bürgern generiert. Rückblickend muss man doch eher konstatieren, dass die Bürger Unternehmen wie Google, Apple, Facebook und Amazon oft mehr Vertrauen schenken als den staatlichen Online-Angeboten. Ein Grund kann hier sein, dass sich für die Bürger bei Unternehmensangeboten in der Regel auch eine Alternative bietet. Bei staatlichen Online-Angeboten gibt es für sie hingegen grundsätzlich keine Alternative (unausweichliche Abhängigkeit) und somit keine Souveränität, was zu großer Vorsicht bei der Nutzung solcher Angebote führt. Die Art des Zustandekommens des staatlichen

Angebots erhöht die Souveränität der Bürger nicht und kann daher die Akzeptanz der staatlichen Datenverarbeitung an sich nicht verbessern.

Häufig wird die digitale Souveränität in unmittelbarem Zusammenhang mit Open Source Software gebracht. Open Source bringt Unabhängigkeit, eine These, die scheinbar richtig ist und Probleme löst. In Teilbereichen der gesamten IT des Staats kann man sicherlich auch zustimmen. Wenn im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung steht, dass „Entwicklungsaufträge in der Regel als Open Source beauftragt werden“, so führt das gegebenenfalls durchaus zu positiven Aspekten hinsichtlich der Transparenz, aber kaum zu Unabhängigkeit und somit auch nicht automatisch zu digitaler Souveränität. Die Abhängigkeit vom Entwickler einer Open-Source-Lösung kann durchaus ähnlich hoch sein wie die von einem Entwickler von Lizenz-Software. Souveränität entsteht also nicht durch die Entscheidung für die eine oder andere Art der eingesetzten Software, sondern durch die Möglichkeit der Entscheidung selbst. Das bedingt aber, dass es beide oder sogar noch weitere Arten der Software gibt und das Nebenei-

inander in Politik, Markt und Gesellschaft als Zielbild akzeptiert und gefördert wird.

Die Basis für Markt und Wettbewerb, für die Vermeidung unausweichlicher Abhängigkeiten und damit auch die digitale Souveränität sind Standards. Damit werden Lösungen für Anwender und Anwenderinnen einfacher austauschbar und unausweichliche Abhängigkeiten werden vermieden. Standards entwickeln die Fachunternehmen meist nach Anregung von außen selbst. Diese digitale Souveränität herzustellen ist kostengünstig und bedarf lediglich einer staatlichen Zieldefinition.

Mit anderen Worten: Wir dürfen es uns nicht zu einfach machen, den Begriff digitale Souveränität mit Leben zu erfüllen. Digitale Souveränität ist auf allen Ebenen notwendig und sinnvoll. Sie ist aber das Ergebnis einer Gesamtheit von Maßnahmen, die Vielfalt und Wettbewerb inkludiert und als notwendige Bedingung versteht.

*Stephan Hauber ist Vorstandsvorsitzender, Detlef Sander Geschäftsführer von Databund – Verband der mittelständischen IT-Dienstleister und Softwarehersteller für den öffentlichen Sektor.*

Anzeige

## „Endspurt“ in Richtung OZG-Umsetzung!

Mit dem Antragsmanagement 4.0 von Form-Solutions geben wir Ihnen ein cleveres Werkzeug an die Hand, mit dem Sie Ihre bisher papierbasierten Antragsprozesse im Handumdrehen online abbilden können.

**Form**<sup>®</sup>  
Solutions

**AM**  
4.0

DAS CLEVERE WERKZEUG  
zur Digitalisierung Ihrer Verwaltung!

[WWW.FORM-SOLUTIONS.DE](http://WWW.FORM-SOLUTIONS.DE)



# Offenheit hat **Priorität**

Die bayerische Landeshauptstadt hat ein klares Bekenntnis zum Einsatz von offenen Schnittstellen und Open-Source-Lösungen abgelegt. Mit welchen Maßnahmen und Projekten die Stadt dies umsetzt, erläutert Münchens Chief Digital Officer (CDO) Thomas Bönig.

*Herr Bönig, die Stadt München verpflichtet sich in ihrer Digitalisierungsstrategie unter anderem zum Prinzip digitale Souveränität. Welche Bedeutung hat das Thema für die Landeshauptstadt?*

München hat sich in der Fortschreibung seiner Digitalisierungsstrategie im Jahr 2020 dem strategischen Prinzip der digitalen Souveränität als Ziel und Grundlage für IT-Entscheidungen verpflichtet. Die digitale Souveränität einer Kommune wird dann bedroht, wenn der selbstbestimmte Umgang mit anvertrauten oder erhobenen Daten nicht mehr frei von Eingriffsmöglichkeiten Dritter gewährleistet werden kann oder Monopole und Abhängigkeiten, etwa von Software-Unternehmen, in bestimmten Bereichen jegliche Entscheidungsfreiheit verhindern. Dementsprechend hat digitale Souveränität für die Landeshauptstadt München eine sehr große Bedeutung.

*Welche Voraussetzungen müssen für digitale Souveränität geschaffen werden?*

Die erwähnten Entscheidungen im Rahmen der Digitalisierung bewegen sich in einem Spannungsfeld, in dem einerseits hohe Unabhängigkeit erkaufte werden muss und andererseits Lock-in-Effekte

und moderne Bereitstellungsmodelle dafür sorgen, dass Freiheitsgrade eingeschränkt und Eingriffsmöglichkeiten Dritter eröffnet werden könnten. Da wir die digitale Transformation der Stadt ernst nehmen, haben wir die Herstellerunabhängigkeit zunehmend im Blick. Um dem Anspruch der digitalen Souveränität gerecht werden zu können, müssen wir zudem die Organisation über alle Ebenen hinweg entsprechend ausrichten. Das beginnt bei der Digitalisierungsstrategie, setzt sich bei der IT-Strategie fort und reicht bis hin zu konkreten Vorgaben für Entwicklungsprozesse von IT-Lösungen und -Services. So verfolgen wir das Ziel einer Plattformorientierung und verbinden dies mit einem klaren Bekenntnis zum Einsatz offener Schnittstellen und Open-Source-Lösungen – wann immer es strategisch, wirtschaftlich und technologisch sinnvoll ist. Nicht vergessen werden dürfen auch Kooperationen – insbesondere im kommunalen Bereich –, um unsere Position gegenüber Anbietern zu stärken und gemeinsam Lösungen und Kompetenzen zur Sicherung der digitalen Souveränität aufzubauen.

*Welche Wege beschreitet die Stadt München konkret, um das Ziel „mehr Open Source“ zu erreichen?*



Thomas Bönig

Sowohl die Digitalisierungsstrategie als auch die IT-Strategie geben klare Ziele und Vorgaben hinsichtlich Open Source, welche bei der Entwicklung von IT-Lösungen oder -Services zu berücksichtigen sind. Wir haben den Auftrag des Stadtrats, über die Schaffung eines Open Source Hub die nötigen Kompetenzen für den Einsatz von Lösungen in unserer IT zu stärken. Verfügbare Open-Source-Lösungen müssen wir für unsere Zwecke einsetzbar machen. München verfügt über die erforderlichen Fähigkeiten bereits heute. Aktuell arbeiten wir unter dem Titel „München Portal der Zukunft“ an einem großen Projekt. Ziel ist es, für die Verwaltung der Stadt München eine moderne Präsenz in der digitalen Welt zu schaffen und eine Digitalisierungsplattform zur Verfügung zu stellen, auf der Ver-

waltungsprozesse benutzerzentriert angeboten werden.

*In welchen Bereichen setzt die Stadt bereits Open-Source-Lösungen ein?*

Die Stadt München setzt seit Langem überall dort auf Open-Source-Lösungen, wo entsprechende Software verfügbar und in der IT-Welt gut etabliert ist. Von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt nutzen wir zum Beispiel im Rechenzentrum im Server-Bereich überwiegend Linux-Lösungen. Auch bei den Themen Datenbanken und Webser-

form interagieren, wenn sie auf Services der Stadt zurückgreifen. Auch bei Projekten wie der Ablösung der heutigen Online-Terminvereinbarung durch eine neue Software kommt Open Source zum Einsatz.

*Welche Rolle spielt die Open Source Factory (OSF) in der Strategie der Stadt München?*

Die Open Source Factory ist ein wichtiger Baustein im Rahmen der Münchner Open-Source-Strategie. Im Munich Urban Colab, das gemeinsam von UnternehmerTUM

*eines Verzeichnisses für Code der öffentlichen Hand – was steckt hinter diesem Engagement?*

Eine zentrale Plattform zum Austausch von Software, die durch öffentliche Mittel finanziert und als Open Source zur Verfügung gestellt wird, ist Dreh- und Angelpunkt, um den Ansatz „Public Money, Public Code“ zu operationalisieren. Auf einer solchen Plattform wird nicht nur die Software selbst ausgetauscht, sondern auch die Zusammenarbeit, zum Beispiel hinsichtlich von Updates, organisiert. Die

## „München setzt überall dort auf Open-Source-Lösungen, wo entsprechende Software verfügbar ist.“

ver setzen wir in vielen Bereichen zu nennenswerten Teilen auf Open Source. Ein wichtiger Schritt war zudem, bei der Definition unserer strategischen Plattform für Software-Eigenentwicklungen vollständig auf Open-Source-Komponenten zu setzen. Auf dieser Basis wurde etwa der öffentlich zugängliche Mietspiegel 2021 umgesetzt.

*Welche Vorhaben sind für die Zukunft geplant?*

Ein wichtiger Aspekt der jüngeren Open-Source-Priorisierung der Landeshauptstadt ist das Prinzip „Public Money, Public Code“. In diesem Sinne werden alle künftigen Eigenentwicklungen nicht nur auf offenen Standards basieren, sondern wir werden die entstehende Software auch als Open Source zur Verfügung stellen. Als Projekt mit besonderer Bedeutung sei hier noch einmal das „München Portal der Zukunft“ erwähnt. Viele Bürgerinnen und Bürger werden in Zukunft mit der Platt-

und Landeshauptstadt gegründet wurde, versuchen wir in dreimonatigen Sprints, Themenstellungen der Stadt in internationalen Teams bearbeiten zu lassen. Diese bauen auf Basis von Open Source Software digitale Prototypen, die München und anderen Kommunen helfen, ihren Weg der Digitalisierung konsequent weiterzugehen. Die Themenfindung findet gemeinsam mit der Politik statt. Zuletzt wurde etwa der Prototyp eines WC-Finders für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen entwickelt. Da das Thema auf breite Akzeptanz stößt und Interesse bei anderen Kommunen besteht, wird weitere drei Monate daran gearbeitet, um die Lösung einerseits für den produktiven Einsatz in der Stadt München zu finalisieren und andererseits auszuloten, inwieweit das Produkt Grundlage für die Gründung eines Start-ups sein kann.

*Das IT-Referat beteiligt sich zudem an einer Arbeitsgruppe der Open Source Business Alliance (OSBA) zum Aufbau*

Stadt München prüft derzeit, auf welcher Plattform wir unsere Entwicklungen veröffentlichen werden. Als langjähriges Mitglied der OSBA arbeiten wir unter anderem an einem Open Source Code Repository mit und sind Teil der Arbeitsgruppe, die das Thema als Handlungsfeld 7 der Verwaltungscloud bearbeitet. Derzeit pilotieren wir die entstehende Plattform mit einer konkreten Eigenentwicklung, die wir dort veröffentlichen wollen. Dabei geht es um ein Plug-in, das die Aufnahme der BayernID in die Open-Source-Lösung Keycloak realisiert – ein zentrales Element, um die digitalen Identitäten der Bürgerinnen und Bürger für Services der Stadt München nutzbar zu machen.

*Interview: Bettina Weidemann*

### Link-Tipp

Weitere Informationen zu den digitalen Projekten der Stadt München unter:

- <https://muenchen.digital>

# Wegbereiter von Open Source

Christian Uhr

Die Stadtverwaltung Dortmund untersucht die Potenziale von freier Software und offenen Standards. Ziel ist es, die Herstellerabhängigkeit zu reduzieren, mehr Flexibilität zu erlangen sowie die Steuerungsfähigkeit beim Software-Einsatz zu erhalten.

**A**uch von ihren Verwaltungen erwartet die Gesellschaft Online-Dienste. Deshalb will die Stadt Dortmund den Online-Zugang zu vielen Verwaltungsleistungen noch stärker ausbauen. Nicht nur, weil es das Onlinezugangsgesetz (OZG) oder die Pandemie so fordern, sondern auch, weil digitale Services ein selbstverständlicher Teil eines immer digitaler werdenden Lebens sind.

Software und offenen Standards. Im Vordergrund steht dabei, inwiefern diese Potenziale die Optimierung des Zusammenspiels zwischen Ak-

Bei der Stadtverwaltung kommen mehrere Produkte mit freien Lizenzformen zum Einsatz. Erste Ergebnisse zeigten, dass die Mitarbeitenden durch freie Software in ihren Aufgaben unterstützt werden. Zudem war auffällig, dass keine Software zur Erfüllung des Verwaltungsangebots durch freie Lizenzen in Gebrauch ist. Die Anforderungen der Kommunen an die herstellenden Unternehmen solcher Software-Produkte müssten also geschlossen formuliert werden. Daher be-



Dortmund: Vorreiter beim Einsatz von Open Source.

Bei der Umsetzung leistet Open Source einen wichtigen Beitrag. Das „Memorandum zur Digitalisierung 2020 bis 2025“, das durch den Rat der Stadt Dortmund bereits eine Zielsetzung an die Verwaltung formuliert, verweist auf die hohe Bedeutung von Open Source für die digitale Souveränität der Kommune. Es fordert, Open Source Software dort zu nutzen, wo es möglich ist, und die von der Verwaltung erarbeitete oder zur Entwicklung beauftragte Software der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.

Ein erster Schritt zur Erreichung dieses Ziels ist die im Rahmen des „Masterplans Digitale Verwaltung – Arbeiten 4.0“ zu erstellende Untersuchung der Potenziale von freier

Software und Software-Komponenten befördern und welche notwendige Flexibilität sie bei gleichzeitig hoher Steuerungsfähigkeit bieten können.

Zu den Kernpunkten der Untersuchung zählen unter anderem die langfristige Reduzierung der Herstellerabhängigkeit, eine Erhöhung der Flexibilität, der Erhalt der Steuerungsfähigkeit beim Software-Einsatz und das Potenzial zur Stärkung der IT-Sicherheit. In einem Zwischenbericht wurden bereits allgemeine Vorüberlegungen beschrieben, Begrifflichkeiten definiert und eine erste Bestandsaufnahme durchgeführt, die als Datenbasis für weitere Analysen dient.

grüßt die Stadt Dortmund insbesondere die Initiative „Ein Ort für öffentlichen Code“ zur Schaffung eines Open Source Code Repository – eines gemeinsamen Fundus von Programm-Code –, der allen öffentlichen Trägern frei zur Verfügung steht. Dies ist ein wichtiger Schritt, der zu einer öffentlichen Entwicklergemeinschaft führen kann und aus dem kommunale Verfahren entstehen können. Je mehr Zulieferer beteiligt sind, umso mehr Nutzen können die Stadt Dortmund und weitere Kommunen aus Open Source Software ziehen. Darüber hinaus wären alle unabhängiger von den Marktanbietern.

Bei der Erfassung der geläufigsten Dateierendungen und -formate wurden erste Auffälligkeiten herausgestellt. In der Kategorie Grafikformate zeigte sich deutlich, dass das Format Portable Network Graphics (PNG) in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen und somit die Nutzung offener Dateiformate auch ohne einen regelnden Überbau deutlich an Priorität gewonnen hat. Gleiches gilt für die Dateiformate in den Kategorien Textverarbeitung und Tabellenkalkulation. Hier ist ebenfalls eine veränderte Nutzung zu verzeichnen. Durch die Umstellung des Standardspeicherformats in den eingesetzten Office-Produkten werden die Dokumente im Format Office Open XML (OOXML) gespeichert. Jedoch wird in dieser Untersuchung deutlich, dass weiterhin proprietäre Formate genutzt werden, sodass im weiteren Verlauf der Analyse hierauf deutlich eingegangen werden muss.

Im Rahmen der weiteren Projektphasen wird aktuell die eigentliche Analyse des Potenzials freier Software und offener Standards durchgeführt. Zu den wichtigsten Schritten in diesen Abschnitten zählen der Erfahrungsaustausch mit internen und externen Experten sowie der Austausch mit anderen Behör-

den. Anschließend folgen die Bewertung von Lizenzmodellen freier Software für die Stadtverwaltung Dortmund und die Entwicklung eines Konzepts zur Bewertung der Dateiformate.

Bereits jetzt ist festzustellen, dass deutliche Potenziale herausgearbeitet werden können. Diese werden im Abschlussbericht zur Potenzialanalyse, der bis Mitte 2022 fertiggestellt wird, aufgezeigt. Darüber hinaus soll der Bericht die weitere Vorgehensweise für den Einsatz von Open Source beschreiben, Optimierungspotenziale in bestehenden Prozessen aufzeigen und Dateiformate im Rahmen eines Standards für die Stadtverwaltung definieren. Des Weiteren bildet die Potenzialanalyse die Basis, um eine Open-Source-Strategie für die Stadt Dortmund abzuleiten, die anhand standardisierter Bewertungskriterien die Entscheidungsfindung für den Einsatz von Open Source Software unterstützt und einen Fahrplan zur Sicherstellung der digitalen Souveränität enthält.

Nicht zuletzt gilt Dortmund als Wegbereiter für Open Source und digitale Souveränität. Die Schulplattform iServ, die bereits erfolgreich in den Dortmunder Schulen

zum Einsatz kommt, oder die sich aktuell in Entwicklung befindliche Stadt-App, die in Kooperation mit anderen Kommunen erarbeitet wird und stringent den Open-Source-Gedanken verfolgt, sind Anwendungen, die zeigen, wie es gehen kann. Zudem wird es eine der wichtigsten Aufgaben sein, die notwendigen Strategien und Konzepte zu erarbeiten. Dabei gilt es, wichtige Aspekte wie Wirtschaftlichkeit, Sicherheit und Praktikabilität des Einsatzes von Open-Source-Lösungen transparent zu machen und sinnvoll abzuwägen.

Hinzu kommt, dass eine Koordinierungsstelle geschaffen werden muss, die für die Stadt Dortmund die Vernetzung zwischen staatlichen und nicht staatlichen Open-Source-Initiativen auf nationaler wie internationaler Ebene sicherstellt. Diese Koordinierungsstelle soll dazu dienen, zwischen den Akteuren innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung zu agieren und die Erkenntnisse aus Wissenschaft und Forschung auf die Strukturen und technischen Voraussetzungen der Stadtverwaltung Dortmund umzulegen.

*Christian Uhr ist Personal- und Organisationsdezernent bei der Stadt Dortmund.*

Anzeige

## Ist sicheres IT-Outsourcing Ihr Thema?

Mit dem OZG steigt der Grad schützenswerter Daten. Als Gesellschaft in öffentlicher Hand hosten wir sensible Daten und bieten Sicherheit gegen Angriffe. Sie wollen nur Ihre IT-Infrastruktur auslagern? Auch im Housing bieten unsere 3-fachzertifizierten Rechenzentren Vorteile, wie Klimatechnik und Strom zum Festpreis.



## Erfahrungen aus NRW

Ludger Evers/Martin Wilden

Seit dem Frühjahr 2020 hat IT.NRW ein KI-Labor aufgebaut, das inzwischen in Vollbesetzung arbeitet. Es versteht sich als verwaltungsinterner Innovator, Berater und Dienstleister rund um die Themen Data Analytics, künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen.

**D**ie fortschreitende Digitalisierung stellt die öffentliche Verwaltung nicht nur vor neue Herausforderungen, sondern eröffnet zugleich viele Chancen. So bieten Technologien aus dem Bereich künstliche Intelligenz (KI) großes Potenzial, um Erkenntnisse aus bisher ungenutzten Datenmengen zu gewinnen und den Umgang mit digitalen Daten zu erleichtern. Durch den Einsatz von KI automatisierte Verfahren ermöglichen es, Bürgerinnen und Bürgern innovative Dienstleistungen rund um die Uhr zugänglich zu machen sowie existierende Services schneller, effizienter und bürgernäher zu gestalten.

Trotz ihrer vielfältigen Einsatzfelder spielte KI in der öffentlichen Verwaltung bislang nur eine untergeordnete Rolle. Ein Grund dafür liegt im großen Forschungs- und Innovationsanteil von KI-Vorhaben, der mit einem erhöhten Projektrisiko einhergeht. Das Ergebnis von KI-Projekten kann selbst unter idealen Bedingungen nicht besser sein als die zugrunde liegende Datenbasis. Deren Eignung wiederum ist auch bei optimaler Planung a priori nur schwer einzuschätzen. Oft stellt sich erst nach den ersten Analysen heraus, dass ein geplantes Vorgehen nicht zu dem erhofften Kundennut-

zen führt, jedoch durch eine andere Herangehensweise Mehrwert geschaffen werden kann.

Innovation und Kundenorientierung stehen auch bei der Entwicklung einer KI-Strategie für Organisationen im Fokus. Denn diese kann nicht standardisiert „von der Stange“ eingekauft, sondern muss vielmehr empirisch und iterativ erarbeitet werden. Um in der Praxis erfolgreich zu sein, ist es notwendig, den Einsatz von künstlicher Intelligenz eng mit den bestehenden Systemen und Prozessen zu verzahnen. Nicht selten setzen sich KI-Projekte zu weniger als zehn Prozent aus der Anwendung von KI-Methoden und zu mehr als 90 Prozent aus deren Einbindung zusammen. Letztere ist in der Regel einfacher zu meistern, wenn in der betreffenden Organisation bereits Expertise in Sachen KI verfügbar ist. Aus diesen Gründen entschied sich der Landesbetrieb IT.NRW für den Aufbau eines KI-Labors, das als verwaltungsinterner Innovator, Berater und Dienstleister rund um die Themen Data Analytics, künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen fungiert.

Nach dem Startschuss im Frühjahr 2020 erfolgte der 18-monatige Aufbau des KI-Labors bei IT.NRW

in mehreren Phasen. Ziel war es zunächst, Erfahrungen im Bereich der künstlichen Intelligenz zu sammeln, um dann sukzessive Kapazitäten und Dienstleistungen auszubauen. In einem weiteren Schritt sollte das Thema künstliche Intelligenz unter Berücksichtigung der gewonnenen Erkenntnisse sowohl strategisch als auch organisatorisch innerhalb des Landesbetriebs verankert werden. Mit diesem Vorgehen orientierte sich IT.NRW an den Leitlinien zahlreicher Pioniere aus dem Technologiesektor, darunter Andrew Ng, ehemaliger Leiter der Deep-Learning-Abteilung Google Brain.

Wie viele verwaltungsinterne IT-Dienstleister verfügte IT.NRW bis zur Gründung des KI-Labors über keine zentral verortete Expertise im Bereich künstliche Intelligenz. Um schnell erste Resultate zu erzielen, wurde deshalb in der Startphase ein dezentrales KI-Netzwerk aus Fachkräften aller Abteilungen aufgebaut. Das Ziel: sich als Institution über Pilotprojekte mit KI-Technologien vertraut zu machen und Poten-

### Link-Tipp

Mehr Informationen zum KI-Labor von IT.NRW unter:

- [www.it.nrw/ki-labor](http://www.it.nrw/ki-labor)

ziale für den Einsatz von künstlicher Intelligenz zu identifizieren. In dieser Phase sind Rückschläge ein wichtiger Teil des Wegs. Das Motto lautete: „Fail fast, learn fast, improve fast.“ Dadurch kommen Optimierungsprozesse schnell zum Tragen. Den Auftakt nutzte das Team auch, um Strukturen, Abläufe und eine erste technische Infrastruktur aufzusetzen. Bei „Build-or-Buy“-Entscheidungen galt es zu beachten, welches Wissen und welches Personal vorhanden sind und inwieweit existierende Lösungen den Bedürfnissen des Landesbetriebs und seiner Kunden gerecht werden.

Ab Mai 2021 wurden in einer zweiten Projektphase die Organisationsstrukturen des KI-Labors weiterentwickelt. Um das technische Know-how zu vertiefen, kam internes und externes Personal hinzu. Seit September 2021 ist das KI-Labor vollzählig besetzt. Das Team umfasst aktuell fünf Data Scientists beziehungsweise Entwicklerinnen und Entwickler sowie eine Projekt-Managerin und eine Mitarbeiterin im Project Management Office (PMO). Die Arbeitsweise des KI-Labors ist von agilen Prozessen geprägt, die den Kundennutzen und den partnerschaftlichen Austausch in den Mittelpunkt stellen.

Am Anfang jedes Projekts steht die gemeinsame Bedarfsanalyse, um geeignete Anwendungsfälle und Technologien auszuwählen. Auch in alle weiteren Schritte der Entwicklung werden die Kunden eingebunden und so früh wie möglich Prototypen des Produkts bereitgestellt. Damit lässt sich das gewünschte Ergebnis im stetigen Austausch schrittweise konkretisieren und das

Projekt gegebenenfalls neu ausrichten, ohne dass im Vorfeld beträchtliche Ressourcen investiert werden müssten. Um die digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung zu stärken und Abhängigkeiten von einzelnen Anbietern zu minimieren, setzt das KI-Labor bei seinen Lösungen auf quelloffene Software. Ein großer Vorteil von Open-Source-Anwendungen ist zudem ihre hohe Anpassbarkeit an unterschiedliche Anforderungen.

Einen Arbeitsschwerpunkt des KI-Labors stellen Chatbots dar. Neben der Entwicklung eigener textbasierter Dialogsysteme erstellt das Team aktuell einen Chatbot-Editor, um Kunden besser in den Aufbauprozess eines digitalen Assistenten einbeziehen zu können. Ein weite-

res laufendes Projekt ist die Dokumentenauswertung mit Methoden des Natural Language Processing (NLP). So hat das KI-Labor ein System entwickelt, das aus dem Inhalt von Dokumenten und eingehenden Tickets automatisch Zuständigkeiten ermittelt, damit diese in Echtzeit zugeordnet und schneller bearbeitet werden können. Darüber hinaus setzt das KI-Team Algorithmen zur Bildauswertung mit neuronalen Netzen sowie zur Anomaliedetektion ein. Letztere werden derzeit zur Kontrolle und Verbesserung der Datenqualität verwendet, eignen sich aber auch für weitere Einsatzbereiche wie die Betrugsbekämpfung.

*Ludger Evers und Martin Wilden für das KI-Labor von IT.NRW.*

Anzeige



AVA und Kostenplanung  
für Bau und Bauunterhalt  
im kommunalen Bereich.

**California im BIM-Prozess**

Jetzt gratis testen:  
[www.gw-software.de/testversion](http://www.gw-software.de/testversion)



**G&W**

[www.gw-software.de](http://www.gw-software.de)

# Eine neue Software-Welt

Matthias Sommermann

**Digitale Datenflüsse, orts- wie zeitunabhängige Zugriffsmöglichkeiten und die Automatisierung von Teilprozessen machen neue, effizientere Formen der Zusammenarbeit möglich. Das bringt auch der öffentlichen Verwaltung viele Vorteile.**

In Kommunen und kommunalen Betrieben entdecken immer mehr Anwenderinnen und Anwender die Vorteile, die moderne Cloud-Lösungen mit sich bringen. Sie möchten keine starre Lösungslandschaft mehr verwenden, sondern für benötigte Funktionen jeweils die Lösungen einsetzen, die ihren Anforderungen am besten entsprechen. Dabei besteht der Anspruch, dass diese dann mit den genutzten Komponenten zusammenspielen sollen – und dies im Idealfall vollkommen unabhängig davon, von welchem Anbieter die anderen Anwendungen stammen.

Die Basis hierfür liegt in der Architektur der Cloud-Anwendungen selbst, die sich stark von geläufiger Vor-Ort-Software unterscheidet. Durch ihre flexible Zusammensetzung aus verschiedenen Services ermöglichen Cloud-Lösungen eine neue Form der Kollaboration zwischen Verwaltung und kommunalen Betrieben oder deren Lieferanten sowie eventuell mit weiteren Beteiligten. Damit bilden sie eine hervorragende Basis für eine optimale Arbeitsteilung.

Bei der Weiterentwicklung seines Produktportfolios setzt das Unternehmen DATEV deshalb konsequent auf die Cloud. Unter dem

Namen DATEV-Cloud-Welt entstehen sukzessive neue Lösungen in einer flexiblen, modularen Cloud-Architektur. Sie ergänzen das bestehende Produktportfolio und bilden die Arbeitsprozesse in der neuen, verteilten Arbeitswelt ab. Daten und Anwendungen liegen dann im sicheren Rechenzentrum. Dabei ist selbstverständlich auch zu berücksichtigen, dass das Thema Sicherheit künftig einfacher mit dem Faktor Flexibilität vereinbar sein muss: In der neuen Produktwelt ist ein abgestuftes Sicherheitssystem angedacht, bei dem je nach Art der Nutzung und der darin verarbeiteten Daten unterschiedliche Mechanismen greifen.

Ein gutes Beispiel dafür, wie die neuen Cloud-Lösungen die bestehenden Anwendungen für den Public Sector ergänzen, liefert das für die Haushaltsplanung verfügbare Zusatzmodul Web-Planung. Dabei handelt es sich um ein Online-Planungstool zur performanten und sicheren Erfassung planungsrelevanter Informationen. Von wo aus die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf das Werkzeug zugreifen, spielt keine Rolle. Sie geben ihre Planwerte in einfach und intuitiv bedienbare Oberflächen ein. Die erfassten Planbereiche stehen anschließend dem Kämmerer in der

Haushaltsplanung sofort zur Verfügung und können mit einem Klick in die zentrale Planung übernommen werden. Dadurch verringert sich der Arbeitsaufwand und der dezentrale Planungsprozess wird zu einem abgeschlossenen Workflow mit optimalem Überblick und klaren Verantwortlichkeiten.

Ein weiteres bereits bestehendes Cloud-Werkzeug ist das Zusatzmodul Messbescheid-Viewer der Veranlagungssoftware. Es bietet eine Übersicht über die von der Finanzverwaltung bereitgestellten Gewerbesteuer-Messbescheide. Alle für die Veranlagung relevanten Daten inklusive der Erläuterungstexte werden pro Gewerbesteuerobjekt übersichtlich im Browser dargestellt, wo die Anwenderinnen und Anwender bequem zwischen den Veranlagungsjahren und den Versionen wechseln können. Zudem ist der Zugriff auf die Daten jederzeit möglich und auch dann gegeben, wenn sich jemand zeitgleich mit demselben Dokument beschäftigt.

Auch den Bereich Haushalt und Budget unterstützt heute bereits ein Cloud-Service. Unterschiedliche grafisch aufbereitete Diagramme lassen sich damit als externe Dokumente in den Haushalt integrieren. Noch komfortabler wird es mit dem

Zusatzmodul Budgetsteuerung. Über in den Arbeitsoberflächen integrierte Dashboards lässt sich auf einen Blick erkennen, was gerade in der eigenen Organisation passiert und was zu tun ist. Drilldown-Funktionen machen es möglich, Mittelherkunft und -verbrauch exakt nachzuvollziehen.

Der Cloud- und Vernetzungsgedanke greift aber nicht nur innerhalb der genutzten DATEV-Produkte. Damit sich vor- und nachgelagerte Prozesse problemlos anbinden lassen, hat DATEV ein offenes Ökosystem geschaffen. Anbieter von arrondierender Software können ihre Lösungen hier als Partner mit Schnittstellen ausrüsten. So werden durchgängige Prozesse von deren Portalen und Software-Lösungen in die DATEV-Lösungen möglich. Für die Anwender entstehen ganzheitliche digitale Prozessketten, die eine übergreifende Zusammenarbeit vereinfachen.

Aus dieser Lösungsintegration ergeben sich handfeste Vorteile. Nutzende erhalten etwa im Bereich

der Mittelbewirtschaftung durch die Anbindung von Vorsystemen schon jetzt eine Warnung bei Mittelüberschreitungen – beispielsweise im Bestellwesen. Solche Warnungen werden künftig noch früher im Prozess möglich sein und ein Gegensteuern oder eine Alternativplanung vereinfachen.

Im Bereich der Veranlagung ermöglichen Schnittstellen die Erstellung und Verbuchung von Steuer-, Gebühren- und Beitragsbescheiden mit Daten aus Vorsystemen. Hier werden sukzessive relevante Funktionen ergänzt und verschiedene Szenarien abgedeckt. In diesem Bereich arbeitet DATEV etwa an einer tiefen Integration von Bürgerportalen und verschiedenen Fachverfahren zum DATEV-Rechnungswesen, sodass die Bescheidung von Daten aus diesen Quellen perspektivisch direkt an einem Ort und mit einheitlichem Bescheid-Layout erfolgen kann.

Abgerundet werden die durchgängigen Prozesse durch verbesserte digitale Kommunikationsmöglich-

lichkeiten. So lässt sich etwa der Freigabeprozess auf Basis der Mittelprüfung komplett digital gestalten, inklusive des Einsatzes einer digitalen Signatur. Neben der Übersetzung solcher Prozesse in einen komplett digitalen Workflow ermöglichen Cloud-Systeme auch einen hohen Automatisierungsgrad vieler Prozesse.

Dazu arbeitet in den Anwendungen oft Technologie auf Basis künstlicher Intelligenz (KI) gewissermaßen unter der Motorhaube und sorgt dafür, die Effizienz der Anwendungen zu steigern. Sie tut das, indem sie Erkennungsquoten bestimmter Informationen erhöht, Anomalien aufdeckt oder programmintern Prozesse überwacht und auf Fehlerquellen hinweist. Manuelle Routinetätigkeiten lassen sich damit weitgehend reduzieren. Bei Auffälligkeiten kann das System seine Nutzer außerdem mit konkreten Handlungsempfehlungen unterstützen.

*Matthias Sommermann ist Product Owner Public Sector bei der DATEV eG.*

Anzeige



# Gestern: Warten ...

# Mobil sicher ausweisen

Matthias Gärtner

Die Online-Ausweisfunktion ist zwar schon seit vielen Jahren verfügbar, sie wird bislang allerdings kaum genutzt. Die Einführung der Smart-eID verschlankt den Prozess nun deutlich – sie bringt den Personalausweis direkt aufs Smartphone.

**Ü**berweisungen per Smartphone erledigen, Fahrkarten für Bus und Bahn per App kaufen und nebenher noch bequem online shoppen – all das gehört für viele Menschen bereits fest zum Alltag. Doch längst nicht alles lässt sich schon auf diese Weise erledigen. Stattdessen wird das Zusenden von Ausweiskopien verlangt oder sogar das persönliche Erscheinen auf einem Amt. Zudem verfügen viele Menschen zwar über digitale Profile und Passwörter, um sich bei der Nutzung verschiedenster Online-Dienste zu legitimieren. Doch weder lassen sich diese Anmeldedaten universell nutzen, noch gehen sie mit einer amtlichen und vertrauenswürdigen Identifikation der Daten einher. Genau hier kann künftig die Smart-eID Abhilfe schaffen, zu deren Einführung das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) maßgeblich beigetragen hat.

Ausweisdokumente dienen dazu, die Identität des Gegenübers zu verifizieren und anderen die eigene Legitimität zu versichern. Doch im digitalen Raum fehlen bislang vergleichbare Mechanismen. Diese müssen obendrein mit der wachsenden Mobilität der Menschen Schritt halten. Zwar ist die Online-Ausweisfunktion schon seit vielen



Smart-eID bringt den Ausweis aufs Smartphone.

Jahren verfügbar, doch ist ihr Einsatz leider noch kaum verankert. Die Einführung der Smart-eID verschlankt den Prozess deutlich – und holt den elektronischen Personalausweis direkt auf das Smartphone. Die gesetzliche Grundlage dafür trat mit dem „Gesetz zur Einführung eines elektronischen Identitätsnachweises mit einem mobilen Endgerät“ im September 2021 in Kraft.

Die Smart-eID wird in die Infrastruktur der klassischen eID integriert. Sie bietet aber einen entscheidenden Vorteil: Die Identitätsdaten des Personalausweises, des elektronischen Aufenthaltstitels oder der seit Januar 2021 neu eingeführten europäischen Unionsbürgerkarte lassen sich direkt auf das

Smartphone übertragen. Der digitale Personalausweis ist somit nach der einmaligen Einrichtung jederzeit mobil online nutzbar. Für die Einrichtung der Smart-eID werden mithilfe der AusweisApp2 – dem eID-Client des Bundes – die Identitätsdaten der Nutzer einmalig über die NFC-Schnittstelle von einem der genannten Dokumente ausgelesen und mithilfe eines Personalisierungsdienstes sicher im Smartphone gespeichert. Der Zugriff wird durch eine sechsstellige PIN abgesichert, welche die Nutzerinnen und Nutzer selbst wählen können.

Verfügt das Smartphone über ein verbautes Secure Element, werden Zugriffsschutz und Sicherheit der Daten erweitert. Dieser Hardware-

Sicherheits-Chip verfügt über kryptografische Funktionen und ermöglicht die sichere Speicherung und Verwendung von Schlüsselmaterial in der Hardware auf dem mobilen Gerät. Zur Einführung der Smart-eID werden zunächst Smartphones unterstützt, die über einen derartigen Sicherheits-Chip mit den vom BSI definierten Sicherheitsanforderungen verfügen – das ist beispielsweise beim Samsung Galaxy S20 der Fall.

Perspektivisch soll es möglich sein, die Smart-eID auch mit solchen Geräten zu nutzen, die kein Secure Element haben. In diesen Fällen werden die Daten der digitalen Identität im Hauptspeicher der Smartphones verschlüsselt verwahrt. Statt also auf den eID-Chip des physischen Personalausweises zu setzen, macht sich der Smart-eID-Ansatz die konkreten Sicherheitstechnologien moderner Smartphones zunutze. Mit seinem eID Security Framework ist das BSI dabei, die Sicherheitsanforderungen und Prozesse zu formulieren, die es dafür einzuhalten gilt.

Die Nutzerinnen und Nutzer behalten mit der Smart-eID die volle Kontrolle über ihre Daten und ihre digitale Identität. Gespeichert werden die zugehörigen Informationen deshalb ausschließlich im jeweiligen Smartphone – und lassen sich über die AusweisApp2 jederzeit löschen. Spätestens an dieser Stelle werden die Vorteile der Smart-eID auch jenseits des reinen Anwendungsfalls deutlich. Geht ein Personalausweis nämlich verloren, ist die Wiederbeschaffung mit allerlei Mühen verbunden. Hinzu kommt die Gefahr, dass Kriminelle die Karte für ihre Zwecke nutzen und Identitätsdiebstahl betreiben. Die Smart-eID hingegen lässt sich wahlweise über das Betriebssystem aus der Ferne löschen oder über eine Hotline sperren. Zudem können die Nutzer über einen Auskunftsservice Informationen zu sämtlichen Smart-eIDs abrufen – was etwa dann von Interesse sein kann, wenn sie diese auf verschiedenen Smartphones hinterlegt haben.

Die Smart-eID stellt einen Meilenstein auf dem Weg hin zu einer

sicheren Digitalisierung Made in Germany dar. Mit der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes werden in Zukunft eine Vielzahl von Verwaltungsleistungen digital zur Verfügung stehen. In etlichen Fällen werden starke Identitätsnachweise die Voraussetzung dafür sein, bestimmte Dienstleistungen überhaupt in Anspruch nehmen zu können. Auch Mobilfunkverträge, Kontoeröffnungen und andere privatwirtschaftliche Dienstleistungen lassen sich mit ihrer Hilfe künftig sehr viel schneller vornehmen.

Letztlich sind die Daten des Personalausweises womöglich auch nur der Anfang. Vom Jahresticket des ÖPNV bis hin zum digitalisierten Autoschlüssel sind zahlreiche Anwendungsfälle denkbar, bei denen die Smart-eID-Technologie zum Verwalten von Nachweisen dienen und so den Alltag auch jenseits von reinen Online-Services deutlich erleichtern kann.

*Matthias Gärtner ist Pressesprecher des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).*



**TeVIS** [suite]

**Kommunix**  
Software für Kommunen

**Heute: Besucherleitsystem!**

# Schweizer Ambitionen

Stephan Schweizer

Nicht nur in Deutschland, auch in der Schweiz wird der elektronische Ausweis gerade weiterentwickelt. Nachdem die ursprünglich vorgesehene Variante per Volksentscheid abgelehnt wurde, werden jetzt verschiedene Alternativen zur Umsetzung der eID diskutiert.

**M**it einem einzigen Log-in online shoppen, Steuererklärungen ausfüllen oder Volksinitiativen unterschreiben: Das soll in der Schweiz dank der elektronischen Identität, kurz eID, in Zukunft möglich sein. Doch im März 2021 stoppte ein Volksentscheid das Vorhaben vorläufig; entscheidend hierfür waren insbesondere Bedenken zum Datenschutz. Seither werden Alternativen diskutiert, bei denen die Bedenken der Schweizer Bürgerinnen und Bürger stärker berücksichtigt werden sollen.

In Deutschland ist Anfang September 2021 das Gesetz zur Einführung eines elektronischen Identitätsnachweises mit einem mobilen Endgerät (Smart-eID-Gesetz) in Kraft getreten (siehe auch Seite 32). Damit ist die gesetzliche Grundlage geschaffen, um den Online-Ausweis direkt im Smartphone zu speichern. Mit der Smart-eID können sich die Bürger somit künftig unmittelbar über ihr Mobiltelefon ausweisen. Die dafür notwendigen Daten werden einmalig vom Chip des Ausweisdokuments auf das Mobilfunkgerät übertragen und sind fortan in Sekundenschnelle verfügbar. Während es fürs Ausweisen im Internet bisher nötig war, die Ausweis-Chipkarte jedes Mal aufs Neue mit



Schweiz will das elektronische Ausweisen erleichtern.

dem Smartphone oder einem Kartenlesegerät auszulesen, entfällt diese Hürde zukünftig; der gesamte Prozess dauert damit nur noch etwa halb so lang.

Die Datensicherheit wird dabei großgeschrieben – dafür sorgt der Anforderungskatalog des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI). Im Fokus steht die Hardware der Smartphones, denn insbesondere ältere Modelle erfüllen nicht die notwendigen Voraussetzungen zum Schutz der Identitätsdaten. Als Projektpartner des BSI begleitet Samsung die Einführung der Smart-eID; Nutzer des Modells Galaxy S haben schon seit Dezember vergangenen Jahres die Möglichkeit, den neuen Log-in zu

verwenden. Bereits in der ersten Jahreshälfte 2022 soll die Mehrzahl der im Handel verfügbaren Smartphones die Funktion ebenfalls unterstützen.

In der Schweiz sollten ursprünglich Privatunternehmen im Auftrag des Staats die Herausgabe der eID übernehmen. Dieses Konzept ist aber nach dem negativen Votum der Volksabstimmung vom Tisch. Gegner der Lösung hatten vor allem kritisiert, dass der Staat ohne Not eine hoheitliche Aufgabe in private Hände abgeben will. Künftig soll die Vergabe der eID daher in der Zuständigkeit des Staats verbleiben.

Ende Mai 2021 hat der Schweizer Bundesrat ein Fachgremium aus

Vertretern des Justiz- und Polizeidepartements, des Finanzdepartements und der Bundeskanzlei damit beauftragt, ein Grobkonzept für den zukünftigen elektronischen Identitätsnachweis auszuarbeiten. Als Grundlage für eine öffentliche Konsultation am 14. Oktober 2021 hat das Bundesamt für Justiz das Dokument „Zielbild E-ID“ vorgelegt. Dieses zeigt auf, welche technischen und internationalen Diskussionen zurzeit im Gang sind und welcher Systemumfang denkbar ist.

Das Dokument „Zielbild E-ID“ unterscheidet zwischen verschiedenen möglichen Ambitionsniveaus eines eID-Ökosystems. Sie sind nicht mit jeder Technologie zu erreichen. Deshalb sollte schon zu Beginn geklärt werden, welches Niveau angestrebt wird.

Ambitionsniveau 1 ist ein rein digital nutzbarer Identitätsausweis mit Log-in-Funktionalität, welcher vom Bund ausgestellt wird. Die Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen jedoch, dass sich diese limitierte Funktionalität in der Praxis nur schwer etablieren lässt. Im Ambitionsniveau 2 bildet die eID darüber hinaus die Basis für viele weitere staatlich regulierte Ausweise, etwa den Führerausweis. Ambitionsniveau 3 umfasst eine Vielzahl digitaler Nachweise, die sich mit der eID verknüpfen lassen, aber auch unabhängig von ihr sein könnten. Aufbewahrt werden diese Nachweise dezentral in einer elektronischen Wallet auf dem Smartphone des Nutzers. Als Instanz zur Beglaubigung der Nachweise dient eine staatliche Stelle, sodass die Vertrauenswürdigkeit der geteilten Informationen stets gesichert ist. Zur Umsetzung der Ambitions-

niveaus stehen derzeit im Wesentlichen drei Modelle zur Diskussion, die sowohl hinsichtlich ihrer Grundvoraussetzungen – etwa der zentralen oder dezentralen Datenspeicherung – als auch hinsichtlich der technischen Umsetzung jeweils anderen Ansätzen folgen.

Erste Variante ist die Public-Key-Infrastruktur (PKI). Im Rahmen der PKI-Lösung stellt der Staat ein signiertes Zertifikat als eID aus, welches anschließend von den Nutzerinnen und Nutzern in einer Zertifikats-App verwaltet wird. Das Verfahren basiert auf asymmetrischer Verschlüsselung und bietet einen sicheren und vertraulichen Datenaustausch mithilfe eines kryptografischen Schlüsselpaars. Der User hat bei diesem Ansatz die volle Kontrolle darüber, wo sich seine eID-Daten befinden und wem er sie zur Verfügung stellt. Darüber hinaus lässt sich das Verfahren mittels langjährig erprobter und stark verbreiteter Technologien umsetzen, ist also sowohl sicher als auch mit geringen technischen Hürden für die Anwender verbunden. Im Vergleich zum SSI-Ansatz (Self-Sovereign Identity) ist eine PKI aber weniger datensparsam, da zur Identitätsbestätigung jedes Mal die gesamte eID an den Prüfer übergeben werden muss.

Eine zweite Variante besteht darin, dass der Staat einen Identitätsprovider (IdP) zur Verfügung stellt. Die elektronischen Identitäten werden hierbei in einer zentralen Datenbank gespeichert. Anwender können auf diese mit einem gesicherten Log-in zugreifen und sich so ausweisen. Dieser Ansatz war in der Schweiz zunächst favorisiert worden, wurde aber von der Bevöl-

kerung abgelehnt, da sie die Mitwirkung staatlich anerkannter, aber privatwirtschaftlicher Identitätsprovider mehrheitlich kritisch sah.

Bei der dritten möglichen Variante handelt es sich um die Self-Sovereign Identity, also eine selbstbestimmte digitale Identität. Bei diesem Modell verwalten die Nutzer ihre digitalen Identitäten eigenverantwortlich. Persönliche Daten wie Name, Vorname oder Geburtsdatum werden in einer elektronischen Brieftasche, der so genannten Wallet, auf dem Mobiltelefon hinterlegt. Beglaubigt sind diese Verified Credentials von einer vertrauenswürdigen Institution – im SSI-Modell wird dafür eine staatliche Stelle zwischengeschaltet. Damit diese Bestätigung reibungslos funktioniert, muss der Staat eine entsprechende digitale Infrastruktur aufbauen – dies könnte die Schweizer Bundesverwaltung beispielsweise in Zusammenarbeit mit den einzelnen Kantonen umsetzen. SSI bietet für den Nutzer den Vorteil, dass er jedes Mal aufs Neue entscheiden kann, welche seiner Verified Credentials er zur Verfügung stellt. Übersendet werden dann nur diejenigen Daten, die zum Abschluss der jeweiligen geschäftlichen oder behördlichen Transaktion notwendig sind – so wird auch der Forderung von Datenschützern nach Datensparsamkeit Genüge getan.

Dass eine eID-Lösung für die Schweiz kommen wird, steht also außer Frage – welches Verfahren zum Zug kommt, muss im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch geklärt werden.

*Stephan Schweizer ist Chief Executive Officer des Security-Anbieters Nevis.*

# Glasfaser für Bayern

Thomas Fuchs

**Leonet baut Glasfaser-Infrastrukturen im ländlichen Raum auf. Dabei setzt das bayerische Unternehmen auf Fördermittel und eigenwirtschaftlichen Ausbau.**

**D**ie Angleichung der Lebensverhältnisse beim schnellen Breitband zwischen den gut versorgten Metropolen und den ländlichen Räumen ist ein zentrales Ziel der Politik. Die großen digitalen Versorgungslücken im Freistaat Bayern sind Anfang 2022 allerdings weiterhin Realität. Fachleute schätzen den Investitionsbedarf für einen landesweiten Glasfaserausbau auf rund zehn Milliarden Euro.

Jüngst haben private Investoren und auch die Telekom ein verstärktes Engagement angekündigt. Viele Kommunen stehen jetzt vor der Wahl des richtigen Partners. Ein Pionier des Glasfaserausbaus und marktführender Breitbandanbieter in Bayern ist Leonet (ehemals Amplus). Der ganzheitliche Ansatz des Unternehmens setzt auf hohe Verdichtung und langfristige, nachhaltige Partnerschaften mit Kommunen und Landkreisen.

Leonet hat bisher 100 Millionen Euro in eigene Netz-Infrastrukturen investiert und fokussiert sich auf Glasfaser sowie die Versorgung mit schnellem Internet. Mit einer Gesamtlänge von 3.500 Kilometern gehören diese zu den stärksten optischen Netzen in Bayern. Mit dem

finanzstarken Gesellschafter Infracapital im Rücken treibt man den Ausbau gezielt voran.



Glasfaserverlegung: Anschluss ans schnelle Internet.

Die Stärken sind hohe Präsenz, ausgewiesene Kompetenz, gelebte Kooperation und Open Access. Die Leonet-Infrastruktur ist in über 190 Kommunen in 20 Landkreisen präsent. Mit den Kommunen werden passende Ausbaukonzepte zur jeweiligen Situation vor Ort erstellt, Tiefbauarbeiten geplant und realisiert. Die Zahl der Privat- und Geschäftskunden steigt jährlich um 35 Prozent und liegt aktuell bei 25.000.

## Kurz-Info: Leonet AG

Nach dem Einstieg des pan-europäischen Infrastruktur-Investors Infracapital im Jahre 2018 bei der CCNST-Unternehmensgruppe, zu der auch die Amplus AG gehörte, vollzog das Unternehmen einen

Die Wachstumsrate der FTTB/FTTH-Anschlüsse im eigenen Netz beträgt derzeit 40 Prozent.

Ein Alleinstellungsmerkmal im Markt ist die sehr hohe Verdichtung von 70 bis 80 Prozent beim Ausbau. Zudem sehen die beim Bau der Infrastruktur verlegten Reserven eine 100-prozentige Erschließung sowie eine potenzielle zukünftige Verdichtung der jeweiligen Ortslagen vor. Gelder aus der Breitbandförderung des Bundes und

des Landes sowie des Bayerischen Förderprogramms zur Anbindung von Schulen, Krankenhäusern und Rathäusern werden mit eigenwirtschaftlichen Mitteln kombiniert, um lokale Ausbaugebiete schrittweise gezielt zu erweitern. Schwach versorgte Gebiete geht Leonet komplett eigenwirtschaftlich an.

*Thomas Fuchs ist Geschäftsführer von fuchs media consult, Gummersbach.*

Markenwechsel und benannte sich in Leonet um. Die im niederbayerischen Teisnach ansässige Firma ist ein Telekommunikationsdienstleister und Glasfaseranbieter für nicht urbane Regionen in Bayern.

[www.leonet.de](http://www.leonet.de)

# Enge Kooperationen

Kommunen sollten genau prüfen, mit welchem Partner sie den Breitbandausbau angehen, sagt Martin Naber, Vorstand des Unternehmens Leonet.

*Herr Naber, wo sehen Sie aktuell noch Probleme beim Glasfaserausbau?*

Angesichts der steigenden Zahl neuer Anbieter im Markt fehlt es sicher nicht an Kapital. Doch Geld allein baut keine Glasfaser. Es fehlen überall Fachkräfte. Die personellen Engpässe bei Tiefbau und Vertrieb, Planung, Bau und Betrieb von Netzen lassen sich nur langfristig abbauen. Hinzu kommen gravierende Lieferengpässe. Und selbst wenn alles vorhanden ist, bremsen häufig viel zu komplexe Genehmigungsverfahren den Breitbandausbau massiv aus. Hier wäre eine rasche Unterstützung seitens der Politik hilfreich.

*Wie ist der Ansatz von Leonet?*

Für einen erfolgreichen Ausbau setzen wir auf enge Kooperationen mit Kommunen und dem Land. Wir erweitern gezielt geförderte Gebiete mit Eigenmitteln und gehen schwach versorgte Gebiete vollständig privatwirtschaftlich an.

*Wie arbeiten Sie mit den Kommunen zusammen?*

Kommunen haben hohe Erwartungen. Als Partner helfen wir, den gewünschten Glasfaserausbau zu beschleunigen. Leider entscheiden sich Kommunen bei der Auswahl oft zu rasch für den falschen Partner.



Martin Naber

wird. Im Umkehrschluss bleibt jedoch ein großer Teil der Bevölkerung langfristig außen vor. Fachleute sprechen vom vergifteten Ausbau.

## „Häufig bremsen viel zu komplexe Genehmigungsverfahren den Breitbandausbau massiv aus.“

*Was raten Sie der Politik: Privatwirtschaftlicher Ausbau oder doch lieber Förderung?*

Der Staat sollte beides sinnvoll kombinieren. Wenn er das inzwischen reichlich vorhandene Privatkapital für den flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes im freien Wettbewerb nutzt und sich auf den geförderten Ausbau in ländlichen Gebieten konzentriert, in denen sich kein Investor findet, ist allen geholfen.

*Wie wirkt sich das aus?*

Es gibt Probleme, wenn der Partner Glasfaser nicht mehr flächendeckend, sondern nach einer Vorvermarktung mangels Nachfrage nur noch in ausgesuchten Straßen oder Teilen verlegt. Spätestens jetzt sollten alle Warnleuchten angehen und die Kommune alternative Handlungsmöglichkeiten bedenken. Es klingt verlockend, wenn schon bei einer geringen Nachfrage Glasfaser-Infrastruktur errichtet

*Wie sieht Ihr Angebot hier aus?*

Wir setzen beim eigenwirtschaftlichen Ausbau immer darauf, mindestens 70 Prozent aller Gebäude in Zuge der Erstmaßnahme anschließen zu können. Die Vorteile sind ein geringerer Nachverdichtungsbedarf und Tiefbauaufwand sowie höhere Chancen für einen echten Open Access. Das ist unser Alleinstellungsmerkmal.

*Interview: Thomas Fuchs*

# Bayern baut Barrieren ab

K. Nuber/O. Kellermann

Der neue digitale Bauantrag des Freistaats Bayern digitalisiert nicht nur die Einreichung von Bauanträgen, sondern auch weitere Antrags- und Anzeigeverfahren. Das soll Barrieren abbauen, die Antragstellung vereinfachen und die Bearbeitung beschleunigen.

**S**eit 2018 hat der Freistaat Bayern in einem Pilotprojekt den digitalen Bauantrag entwickelt. Anfang März 2021 ist er bei zunächst fünf Bauaufsichtsbehörden gestartet, seither ist die Zahl der teilnehmenden Behörden stetig gewachsen. Zuletzt kam der digitale Bauantrag bei elf Kommunen zum Einsatz, für das Frühjahr 2022 haben weitere bereits ihre Teilnahme angekündigt. Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer freut sich, dass das neue Verfahren auf so große Resonanz stößt, da es viele Vorteile mit sich bringt: „Mit dem digitalen Bauantrag gehen wir einen großen Schritt hin zu mehr Bürgerfreundlichkeit beim Bauen. Auch für die Behörden bietet die Digitalisierung die Möglichkeit, schneller und effizienter zu arbeiten. Das kommt letztendlich auch den Antragstellern zugute.“ Und Bayerns Digitalministerin Judith Gerlach ergänzt: „Durch den digitalen Bauantrag können Bürgerinnen und Bürger oder die beauftragten Planer die notwendigen Unterlagen bequem zu jeder Zeit online einreichen. So bauen wir Barrieren ab, vereinfachen die Antragstellung und beschleunigen die Bearbeitung.“

Der digitale Bauantrag ermöglicht aber nicht nur die elektronische Einreichung von Bauanträgen, son-



Bayern: Digitaler Bauantrag soll Verfahren beschleunigen.

dern deckt umfassend alle gängigen bau- und abgrabungsaufsichtlichen Antrags- und Anzeigeverfahren ab. So können beispielsweise auch Abgrabungsanträge, Anzeigen der Beseitigung, Baubeginnsanzeigen und Vorbescheidsanträge digital eingereicht werden.

Genutzt wird die vorhandene digitale Infrastruktur des Freistaats Bayern: Insgesamt neun intelligente Formulare, so genannte Online-Assistenten, werden für die teilnehmenden Bauaufsichtsbehörden auf dem zentralen Formular-Server des Freistaats gehostet. Das Ausfüllen der Online-Assistenten ersetzt die im herkömmlichen Verfahren zu verwendenden (Papier-)Vordrucke. Bauvorlagen, wie zum Beispiel die

großformatigen Bauzeichnungen, werden zum Schluss des Ausfüllprozesses im PDF-Format hochgeladen.

Die digital gestellten Anträge nebst Anlagen gelangen nach dem Absenden über eine Schnittstelle an die teilnehmenden Bauaufsichtsbehörden und dort medienbruchfrei in die jeweilige Bauverwaltungssoftware. Die übermittelte, maschinensprachliche XML-Datei mit den Antragsdaten entspricht dem bundesweit rechtsverbindlich vorgegebenen XÖV-Standard XBau. Die Verwendung und Einhaltung dieses einheitlichen Standards ist für den digitalen Bauantrag in Bayern von größter Bedeutung, denn bei den insgesamt 138 unteren Bauauf-

sichtsbehörden sind zahlreiche unterschiedliche Bauverwaltungssoftware-Lösungen im Einsatz. Nur der Standard XBau ermöglicht dennoch eine medienbruchfreie Kommunikation.

Hinsichtlich der Authentifizierung der einreichenden Person und des Ersatzes der sonst üblichen Unterschriften wurden pragmatische Wege beschritten, um die Hürden für die Nutzung des digitalen Bauantrags möglichst niedrig zu halten. Bei Bauanträgen muss sich nur der Entwurfsverfasser, also der Architekt, Bauingenieur oder Handwerksmeister, mit seinem elektronischen Nutzerkonto (derzeit BayernID mit eID-Funktion des neuen Personalausweises oder Software-Zertifikat authega) authentifizieren. Im Online-Assistenten bestätigt der Entwurfsverfasser in einer entsprechenden Abfrage, vom Bauherrn beauftragt und bevollmächtigt zu sein, den Antrag in seinem Namen einzureichen. Diese Bestätigung ersetzt die sonst übliche Unterschrift des Bauherrn. Unterschriften auf den im PDF-Format hochzuladenden Bauzeichnungen sind ebenfalls nicht erforderlich. Sie werden durch eine Bestätigung des Entwurfsverfassers im Online-Assistenten ersetzt, die Unterlagen gefertigt zu haben. Dadurch können im CAD-System des Entwurfsverfassers erzeugte Bauzeichnungen unmittelbar eingereicht werden. Eine elektronische Signatur der Dokumente ist nicht erforderlich. Lediglich bei sicherheitsrelevanten Bauvorlagen, wie etwa einem einzureichenden Standsicherheitsnachweis, kann nicht vollständig auf eine Unterschrift verzichtet werden. Alternativ zur elektronischen Signatur ist es dann

aber ausreichend, das unterschriebene Original einzuscannen und lediglich den Scan hochzuladen.

Im Zuständigkeitsbereich der Landratsämter als unteren Bauaufsichtsbehörden erfolgt mit der Teilnahme am digitalen Bauantrag eine Verfahrensänderung: Bislang wurden Bauanträge bei der jeweiligen Gemeinde eingereicht, die sie nach der Entscheidung über das bauplanungsrechtliche Einvernehmen an das Landratsamt als Bauaufsichtsbehörde weitergeleitet hat. Künftig gehen die Anträge direkt beim Landratsamt ein, das die jeweilige Gemeinde unverzüglich beteiligt. Der Gemeinde kommt aufgrund ihrer verfassungsrechtlich garantierten Planungshoheit eine besondere Stellung im bauaufsichtlichen Verfahren zu. Daran ändert sich durch die Verfahrensumstellung selbstverständlich nichts. Bauherren und Entwurfsverfasser werden auch weiterhin vor Stellung eines Bauantrags bei der Gemeinde vorsprechen, soweit offene Fragen zu klären sind.

Der bundesgesetzlich vorgesehene Zeitraum von zwei Monaten, der der Gemeinde für die Erteilung ihres Einvernehmens zur Verfügung steht, kann aber durch die Verfahrensumstellung klug genutzt werden: Die Bauaufsichtsbehörde kann parallel schon die Fachstellen digital beteiligen und damit das Verfahren entscheidend beschleunigen. Eben dieser Punkt war Bayerns Bauministerin Kerstin Schreyer ein besonderes Anliegen: „Der Wohnraumknappheit in weiten Teilen des Landes können wir nur begegnen, wenn wir bauen, bauen, bauen. Dafür müssen wir bürokratische Hindernisse so weit wie möglich abbau-

en. Je schneller wir Bauanträge bearbeiten können, desto schneller entsteht dringend benötigter neuer Wohnraum. Die Digitalisierung bietet da riesige Chancen.“

Der digitale Bauantrag wird in der Praxis sehr positiv aufgenommen, und zwar sowohl von den unteren Bauaufsichtsbehörden und den Gemeinden als auch von den Bauherren und Planern. Gerade die Online-Assistenten kommen aufgrund ihrer intuitiven Bedienbarkeit gut an. Über eine Feedback-Funktion werden Anregungen gesammelt, wie der digitale Bauantrag des Freistaats noch verbessert werden kann. Seit März 2021 wurden bereits über 800 Anträge und Anzeigen eingereicht.

Zu den künftigen Verbesserungen und Weiterentwicklungen des digitalen Bauantrags zählt etwa der Anschluss des neuen, bundesweiten ELSTER-Unternehmenskontos. Ein weiterer wichtiger Schritt wird sein, neben der Antragseinreichung auch die digitale Bescheiderteilung und -zustellung zu ermöglichen. Erst dadurch wird ein vollständig digitales bauaufsichtliches Verfahren möglich. Entsprechende rechtliche und technische Lösungen werden bereits erarbeitet.

*Regierungsrat Dr. Korbinian Nuber, Regierungsdirektor Oliver Kellermann, Bayerisches Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr.*

#### Link-Tipp

Mehr zu den Digitalisierungsprojekten des Bayerischen Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr unter:

- <https://www.stmb.bayern.de/min/digitalisierung>

# Anwender der ersten Stunde

Der Kreis Traunstein nutzt seit März 2021 den digitalen Bauantrag des Freistaats Bayern. Landrat Siegfried Walch berichtet, von welchen Vorteilen das Bauamt profitiert.

*Herr Landrat Walch, was hat den Kreis Traunstein bewogen, das Projekt digitaler Bauantrag der bayerischen Landesregierung als Pilotkommune zu begleiten?*

Bereits 2014 wurde begonnen, im gesamten Landratsamt Traunstein eine elektronische Akte einzuführen, was auch im Bauamt dazu führte, sich über eine möglichst digitale Bearbeitung von Bauanträgen Gedanken zu machen. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen zwingen ohnehin dazu, Behördenleistungen künftig auch digital anzubieten. Wir wurden deshalb von dem Gedanken geleitet: Wer früher umsteigt, kann

lung in das behördeninterne Fachverfahren getestet. Anlaufprobleme konnten somit bereits im Vorfeld abgestellt werden. Der digitale Bauantrag startete deshalb am 1. März 2021 entspannt und problemlos. Aktuell wurden im Bauamt Traunstein bereits 275 digitale Anträge eingereicht, was 20 Prozent der gesamten Bauanträge entspricht.

*Welche Anregungen zur Verbesserung des Verfahrens konnte der Kreis geben?*

Die digitale Antragstellung erfolgt über intelligente elektronische Formulare, die den Nutzer beim Ausfüllen unterstützen. Dadurch



Siegfried Walch

einem Video die Arbeitsabläufe der digitalen Antragsbearbeitung innerhalb des Bauamts Traunstein konkret dargestellt.

## „Unser Gedanke war: Wer früher umsteigt, kann aktiv mitgestalten.“

aktiv mitgestalten. Bereits seit Januar 2019 werden eingehende Bauanträge im Landratsamt Traunstein nach dem Eingang gescannt und innerhalb der Behörde vollständig digital bearbeitet. Das Angebot des digitalen Bauantrags war somit der nächste logische Schritt.

*Wie ist der Testbetrieb verlaufen?*

Seit Anfang Dezember 2020 wurde mit ausgewählten Planern die Praxistauglichkeit der Online-Assistenten sowie die Datenübermitt-

werden Bauanträge vollständiger und die Bearbeitungszeiten reduziert. Das Landratsamt Traunstein war während der Entwicklungsphase dieser Online-Assistenten eingebunden, wir haben die Assistenten intern getestet und regelmäßig Anregungen für Anpassungen abgegeben. Aktuell finden regelmäßige Videokonferenzen statt, in denen sich die derzeit elf teilnehmenden unteren Bauaufsichtsbehörden mit dem bayerischen Bauministerium abstimmen und auftretende Probleme besprechen. Auch haben wir in

*Welche Vorteile bringt der digitale Bauantrag?*

E-Akten ermöglichen innerhalb des Landratsamts ein schnelleres Arbeiten, da alle Dokumente gleichzeitig für alle Betroffenen verfügbar sind. Lauf- und Liegezeiten papiergebundener Unterlagen können so deutlich reduziert werden und durch die digitale Verfügbarkeit lassen sich Anträge auch problemlos im Homeoffice bearbeiten.

*Interview: Bettina Weidemann*

# Energieberichtspflicht – Was Kommunen in Zukunft beachten müssen

Mit der Novelle des Bundes-Klimaschutzgesetzes hat der Deutsche Bundestag die Klimaziele deutlich angehoben. Bereits bis 2030 sollen die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um 65 % sinken, bis 2040 um 88 % und bis zum Jahr 2045 soll Deutschland Treibhausgasneutralität erreichen. Mit diesen ambitionierten Zielen hat Deutschland ein Alleinstellungsmerkmal innerhalb der Europäischen Union.

## Niedersachsen macht den Anfang

Bereits Ende 2020 hat der Niedersächsische Landtag ein Klimagesetz verabschiedet, wonach Kommunen erstmals für das Jahr 2022 verpflichtet sind, einen jährlichen Energiebericht zu veröffentlichen. Der Energiebericht muss mindestens folgende Angaben enthalten: jährliche Kosten, Energieverbräuche und CO<sub>2</sub>-Emissionen der kommunalen Liegenschaften sowie gebäudeflächenspezifische Energiekennwerte und witterungsbereinigte Heizenergieverbräuche.

Im Hinblick auf den vor Kurzem verabschiedeten Koalitionsvertrag, mit einem klaren inhaltlichen Fokus auf den Klimaschutz in einer sozial ökologischen Marktwirtschaft, ist davon auszugehen, dass zukünftig auch in anderen Bundesländern höhere Anforderungen an das kommunale Energiemanagement gestellt werden. Gleichzeitig ergeben sich mit fortschreitender Digitalisierung ständig neue Möglichkeiten.

## Kommunaler Digitalisierungsschub

Die digitale Transformation hat in den Städten und Gemeinden längst begonnen und die gesteckten Ziele im Hinblick auf eine Modernisierung der Verwaltung, bürgerfreundlichere Mobilität sowie Energieeffizienz und Klimaschutz sind hoch.

In der Vergangenheit konnte das Energiemanagement kommunaler Liegenschaften vielleicht noch manuell, das heißt mit Hilfe von Excel Tabellen, bewältigt werden. Durch die aktuellen und zukünftigen Gesetzesanforderungen wird es für die Verantwortlichen jedoch immer komplexer und damit zeitintensiver, alle Energieverbrauchsdaten kommunaler Liegenschaften zu sammeln, zu bewerten und Rückschlüsse auf mögliche Energieeffizienzmaßnahmen abzuleiten.

Unterstützen können hierbei Energiemanagementlösungen, welche die Verbrauchsdaten (Strom, Gas, Wärme, Wasser) sämtlicher Liegenschaften zentral und digital in einem System erfassen und basierend darauf Kostenentwicklungen und CO<sub>2</sub>-Emissionen aufführen können. Das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) hat eine Liste förderfähiger Energiemanagementsoftware veröffentlicht, wobei viele der dort gelisteten Produkte im Bereich automatisierter Energieberichte für kommunale Liegenschaften kaum zufriedenstellenden Lösungen anbieten.

Mit LiMBO erstellen Sie qualitative Energieberichte per Knopfdruck:

[www.limbo.energy/hallokommune](http://www.limbo.energy/hallokommune)



LiMBO steht für Liegenschaften monitoren, bewerten und optimieren

# Vorgänge vereinfachen

Monika Thomas

**Die komplexen Verfahren bei der Aufstellung von Bebauungsplänen beschleunigen – das ist das Ziel der im Sommer 2021 vereinbarten Kooperation der Städte Hamburg und Berlin. Andere Kommunen können davon bald ebenso profitieren wie Bürgerinnen und Bürger.**

**B**auwirtschaft und Verwaltungen wissen es, die Bauherren spüren es: Beim Planen und Bauen gibt es viele komplexe Vorgänge, die mit passgenau entwickelter Software effizienter durchgeführt werden können. Allein mit der gezielten Digitalisierung in der Bauleitplanung lässt sich auf dem Weg vom Flächennutzungsplan hin zum genehmigten Bauantrag deutlich Zeit sparen. Dank Erfahrungsaustausch muss das (digitale) Rad auch nicht immer wieder neu erfunden werden. Hamburg beispielsweise setzt bei der Digitalisierung seit Jahren auf die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, um insbesondere den dringend benötigten Wohnungsneubau zu beschleunigen.

Auch die neue Bundesregierung rückt das Thema in ihrem Koalitionsvertrag in den Fokus. So soll „die Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsprozessen [...] priorisiert“ umgesetzt und es sollen „die rechtlichen Grundlagen für eine vollständige Digitalisierung der Bauleitplanverfahren“ geschaffen werden. Hamburgs Ehrgeiz reicht sogar über diese Ziele hinaus: Die Freie und Hansestadt will die gesamte Prozesskette im Planen und Bauen digitalisieren. Ein Verwaltungsabkommen über die Zu-

sammenarbeit bei der Digitalisierung im Bereich Planen und Bauen (VDiBP) hat sie mit dem Land Berlin vereinbart. In einem ersten Schritt wird unter Federführung der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen die Fachverfahrenssoftware BPlan-Cockpit weiterentwickelt. Die Lösung führt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung in einem digitalen Workflow durch das Verfahren. Dabei geht es um die Digitalisierung im Bereich Planen und Bauen, die Datenverarbeitung, die Software-Entwicklung sowie die Weiterentwicklung und Pflege von Konzeptionen und Software.

Das in Hamburg entwickelte Verfahren DiPlanung ist in der Lage, den Gesamtprozess der Bauleitplanung, vom Flächennutzungsplan bis zum Bebauungsplan, zu steuern. Dank standardisierter Schnittstellen können auch andere Verfahren der Gesamtprozesskette, etwa das digitale Baugenehmigungsverfahren, angebunden werden. Bereits jetzt unterstützt das DiPlanungs-Cockpit die Standards XPlanung, XBau und den neuen Standard XBauleitplanung, der momentan von Hamburg entwickelt wird. XPlan-konforme Planwerke können per Knopfdruck bereitgestellt und veröffentlicht wer-

den. Des Weiteren lassen sich Bürgerbeteiligungen aus DiPlanung heraus anlegen und steuern. Beide Funktionen machen das Verfahren bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) zur zentralen Komponente für die Bereitstellung von Planwerken und die Öffentlichkeitsbeteiligung – mittelfristig sogar deutschlandweit.

Im Rahmen des VDiPB soll das DiPlanungs-Cockpit als erstes gemeinsames Projekt für den Einsatz weiterer Mandanten ausgebaut und in einer gemeinsamen Infrastruktur durch die Partner betrieben werden. Die Verwaltungskooperation sieht deshalb ausdrücklich vor, den Kreis der Partner zu erweitern. Berlin soll dann als erste Nutzerin das neue, mandantenfähige DiPlanungs-Cockpit als Software-as-a-Service (SaaS)-Lösung bereitgestellt bekommen.

Die Partner orientieren sich dabei am Einer-für-Alle-Prinzip (Efa) der OZG-Umsetzung: Ein Partner entwickelt ein Verfahren und stellt es den anderen als Dienstleistung zur Verfügung. Für den Betrieb der Fachverfahren steht jedem Partner ein eigener Bereich auf einer zentralen Infrastruktur zur Verfügung. Das erleichtert die langfristige Pflege ebenso wie die kooperative Wei-

terentwicklung der Software und ist wirtschaftlicher als Individuallösungen.

Ein weiteres Kooperationsprojekt aus dem VDiPB widmet sich der Entwicklung und dem Betrieb einer gemeinsamen Wissensdatenbank. Auch hier stammen die Vorlagen aus dem DiPlanungs-Projekt. Die DiPlanungs-Wissensdatenbank umfasst Hinweise und Erläuterungen zu Planungsinhalten sowie standardisierte oder beispielhafte Musterfestsetzungen und Begründungsbausteine für Bauleitpläne und weitere Verfahren räumlicher Planung. Zudem sind in ihr die Inhalte sämtlicher Bebauungspläne Hamburgs hinterlegt. Eine Suchfunktion liefert somit konkrete Ergebnisse aus der Planungspraxis.

Die dahinterstehende Engine wird kontinuierlich angepasst, die Datenbasis laufend ausgebaut. Hinzu kommen nun die Berliner Pläne und die Inhalte des Berliner Handbuchs. Perspektivisch entsteht so eine umfangreiche Datenbank, der sich nicht nur Hinweise für die Aufstellung von Plänen unter Berücksichtigung der regionalen Planungsnormen entnehmen lassen. Sie wird auch als umfangreiche Recherche- und Auskunftsplattform für Planwerke inklusive Begründung und zusammenfassender Erklärung dienen können. Dabei soll die Wissensdatenbank kein bloßes Verwaltungstool bleiben, sondern ebenso der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Das sorgt für Transparenz und erleichtert es, die Zivilgesellschaft in die Planungsprozesse einzubinden.

Hamburg und Berlin haben sich bereits weitere Projekte auf die gemeinsame Agenda geschrieben. So soll zum Beispiel ein interaktives Dashboard für den Einstieg in die DiPlanungs-Infrastrukturen entwickelt werden. Auch soll ein digitales Vertragsmanagement Verwaltungen beim Erstellen städtebaulicher Verträge unterstützen. Vorgesehen ist, dass Berlin bei den neuen Projekten die Federführung übernimmt. Langfristig sollen alle Bundesländer und der Bund als Partner gewonnen werden, um bundesweit einheitliche Standards zu befördern und die Aufgaben auf alle Partner zu verteilen.

*Monika Thomas ist Staatsrätin in der Hamburger Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen.*

Anzeige



Zuwachs in der VOIS-Familie:

# VOIS- Darlehens- verwaltung

Sie ist da: Die VOIS|DALE von ab-data, der neue Baustein für Ihre VOIS-Plattform.

Ab sofort verfügbar - einfach per Plug&Play\*.

[www.ab-data.de](http://www.ab-data.de) 02051-944-0



\* ... wenn Sie bereits VOIS-Produkte und damit die VOIS|BASE haben.

# Im Budget bleiben

Heike Blödorn

Unliebsame Überraschungen hinsichtlich der Kosten möchten kommunale Bauherren gerne verhindern. Die Software California hilft, die Prozesse rund um Bau- und Unterhaltsmaßnahmen zu optimieren und Budgets im Blick zu behalten.

**D**as AVA- und Baukosten-Management-System California des Münchner Unternehmens G&W Software bietet von der klassischen VOB/VOL-Ausschreibung bis hin zur Einbindung der Submissions- und Vergabestellen eine optimale Lösung für die unterschiedlichen Prozesse in der kommunalen Bauverwaltung – und stellt für Kommunen und kommunale Eigenbetriebe somit eine maßgeschneiderte IT-Lösung für wirtschaftliches kommunales Bauen und Unterhalten dar.

Ob eine Kommune Kosten für Bau- und Unterhaltsmaßnahmen plant und steuert, Leistungsverzeichnisse erstellt, ausschreibt, Angebote prüft, Aufträge vergibt, Rechnungen prüft und Maßnahmen abrechnet oder sich bei diesen Tätigkeiten von Planungsbüros zuarbeiten lässt: Durch den Einsatz von California vermeiden kommunale Auftraggeber in jeder Phase des Bauablaufs unliebsame Kostenüberraschungen. Außerdem bietet das Programm alle Möglichkeiten, die Abwicklung von Zeitvertragsarbeiten zu optimieren, was sofort in der effizienteren Nutzung der Unterhaltsbudgets zu spüren ist. Auch bringt die Software bei der Abwicklung von Rahmenvertragsmaßnahmen gegenüber dem Einsatz von Excel oder klassischen



Stadtwerke Leer: California sorgt für wirtschaftliches Bauen.

AVA-Programmen erhebliche Einsparungen mit sich.

Dabei unterstützt das System durchgängig und revisionssicher den gesamten Prozess der Kostenplanung, angefangen bei der Kostenschätzung über Ausschreibung, Vergabe und Abrechnung bis hin zur Kostenfeststellung der abgeschlossenen Maßnahme. Wilfried Schreiber, Stadtbaudirektor der Stadt Karlsruhe, erläutert: „Das Programm ist breit aufgestellt, wird vom Hersteller ständig weiterentwickelt und die Dienstleistungen decken alle Anforderungen unserer Stadtverwaltung ab. Darüber hinaus ist das System leicht zu bedienen und unterstützt uns beim Zusammenbringen der einzelnen Ämterinteressen.“

California sichert bereits in zahlreichen Kommunen und deren Eigenbetrieben die Wirtschaftlichkeit von Bau- und Unterhaltsmaßnahmen: von der kleinen Gemeinde bis zur Landeshauptstadt, vom Gemeindewerk bis zum Energieversorgungsunternehmen. Und das unabhängig davon, ob es sich um Hochbau, Tiefbau, Grünflächen, Straßenbau, Gebäude-Management, Stadtentwässerung, Umweltbetriebe, Bäderbetriebe, Vergabe- und Submissionsstelle, Einkauf und Beschaffungsstelle oder das Rechnungsprüfungsamt handelt. So haben beispielsweise die Stadtwerke

## Link-Tipp

Weitere Informationen unter:

- [www.gw-software.de](http://www.gw-software.de)

Leer für jeden Unterhaltungsbereich ein eigenes Budget angelegt. Dieses ist entsprechend aufgliedert, etwa in die Unterhaltung der Straßenflächen, Parks und Wege.

California bietet Anwendern einen aktuellen Überblick und eine lückenlose, reversionssichere Dokumentation aller Bau- und Unterhaltsmaßnahmen. So profitieren Kommunen und kommunale Eigenbetriebe bei der Kostenschätzung und Budgetierung von Haushaltsstellen und Projekten. Auch können Leistungsverzeichnisse (LV) und Kostenberechnungen externer Planer in die Software übernommen werden. Eigene Leistungsverzeichnisse, Kostenberechnungen oder Ausschreibungen von Einzelmaßnahmen und Rahmenverträgen sind ebenfalls möglich. Darüber hinaus unterstützt California bei der Angebotsprüfung und Bieterbewertung, bei Vergabevorschlägen und der Vergabe selbst. Die Planung und Abrechnung von Unterhaltsmaßnahmen, auch auf Basis von Zeitverträgen, sind mit dem Programm ebenso machbar wie die Kostenkon-

trolle und das Bau-Controlling in Eigenregie oder als Projektsteuerer beim Einsatz externer Planungsbüros.

Nicht nur Planer, auch Vergabe- und Submissionsstellen, der Einkauf und Beschaffungsstellen nutzen das System zur Vorbereitung und Durchführung des Vergabeprozesses. Dabei vereinfacht das Modul E-Vergabe-Connect (EVC) die E-Vergabe. Dazu koppelt die Software das Modul bidirektional mit dem AI Vergabemanager von Anbieter Administration Intelligence. Anbindungen an weitere E-Vergabepattformen sind bei Bedarf möglich.

Zu den wichtigsten Funktionen des Moduls gehören das Bereitstellen von Leistungsverzeichnissen aus California auf einer E-Vergabepattform, die Unterstützung eines automatisierten Korrekturprozesses vor der Veröffentlichung sowie die vollständig automatisierte Rückübertragung von Bieterangeboten nach erfolgter Submission an die Software. Dabei minimiert die Automatisierung der Datenübertra-

gung zwischen California und der E-Vergabelösung das Risiko von Übertragsfehlern bei der Kommunikation mit E-Vergabepattformen und führt zu erheblichen Zeiteinsparungen bei der Abwicklung im Beschaffungsprozess.

Auch Rechnungsprüfungsämter profitieren von der Lösung, etwa bei der medienbruchfreien Prüfung von Vergabeunterlagen oder der Auskömmlichkeit von Angeboten und Vergabevorschlägen sowie bei der Prüfung von Bauabrechnung und Zuschussverwendung. California sorgt für eine optimale Zusammenarbeit der einzelnen Fachbereiche, der Eigenbetriebe sowie der Vergabe- und Submissionsstellen. Das macht California nach Ansicht von Peter Müller, Leiter Netzbetriebe Gas/Wasser bei EnergieSüdwest Netz, zu einem modernen Werkzeug, um Kostenermittlung, Ausschreibung, Erstellung des Preispiegels, Vergabe und Abrechnung effizient zu gestalten.

*Heike Blödorn ist freie Autorin in Karlsruhe.*

Anzeige




**OPTIMAL SYSTEMS**  
A KYOCERA GROUP COMPANY

## E-Akte im Jugendamt? Wir machen das schon.

Wenn es um die Zukunft unserer Kinder geht, arbeiten Jugendämter noch effizienter. Die Enterprise Content Management-Software enaio® von OPTIMAL SYSTEMS garantiert die direkte Anbindung an die wichtigsten Fachverfahren wie z. B. PROSOZ 14plus, SoPart und KDO-Jugendwesen. So können Informationen problemlos miteinander verknüpft und reversionssicher archiviert werden. [Digitalisierung. Wir machen das schon.](#)

[optimal-systems.de/public](https://optimal-systems.de/public)

Software für Macher.

# Innovative Terminvergabe

Carsten Schlepphorst

Während der Corona-Pandemie hat die Stadt Gütersloh ihr Besucherzentrum mit einer Software ausgestattet, die Terminbuchung, Raumreservierung und Besucheranmeldung verbindet. Die bewährte Lösung wird nun weiterentwickelt und verwaltungsweit ausgerollt.

**G**estresste Mitarbeiter, die nie wissen, ob im Tagesverlauf fünf Klienten an ihre Bürotür klopfen werden oder fünfzehn? Genervte Bürger, die für eine an sich kurze Erledigung im Bürgerbüro lange warten und womöglich wegen fehlender Dokumente sogar noch einmal wiederkommen müssen? Das gehört im Rathaus der Stadt Gütersloh der Vergangenheit an. Was kurz nach Beginn der Corona-Pandemie 2020 aus der Not heraus geboren wurde, hat sich bewährt: das softwaregesteuerte Besucherzentrum. Ein innovatives Tool für die Beschäftigten der Stadt verbindet Terminbuchung, Raumreservierung und Besucheranmeldung. Und dabei wird es nicht bleiben: Was bislang intern genutzt wird, wird in Kürze als Lösung ausgerollt, die alle Bereiche der Stadtverwaltung auch extern und rund um die Uhr buchbar macht – mittels einer Software, die alle Erfordernisse automatisiert berücksichtigt und dem Bürger den optimalen Terminvorschlag ausgibt. Ein Pioniervorhaben.

März 2020, Corona-Pandemie – Kontaktbeschränkungen und Infektionsschutz bestimmen von jetzt auf gleich die Arbeit im Verwaltungssitz der 100.000-Einwohner-Stadt Gütersloh. Vom bis dato ge-



Macht sich buchbar: Besucherzentrum des Gütersloher Rathauses.

lebten Alltag des offenen, für jedermann auch spontan zugänglichen Rathauses müssen sich Bürger und Mitarbeiter verabschieden. Termine werden nur noch nach vorheriger Vereinbarung per Telefon, Mail oder Kontaktformular vergeben. Im Erdgeschoss des Rathauses werden die Kunden jetzt zentral im Besucherzentrum empfangen: Der zugangskontrollierte Bereich mit mehreren Büroräumen bietet auch unter dem Aspekt Gesundheitsschutz Vorteile für Besucher und Mitarbeitende. An den technisch voll ausgestatteten und den Hygienevorschriften genügenden Arbeitsplätzen in ansprechender Atmosphäre kann sich jeder Mitarbeiter mit seiner persönlichen PC-Kennung anmelden und

auf alle seine digitalisierten Dokumente zugreifen. Unter Hochdruck entwickelt der Bereich Geoinformation eine hausinterne Software-Lösung, die der neuen Situation Rechnung trägt: Das Tool ermöglicht die Buchung eines Raums und eines Zeitfensters im Besucherzentrum sowie die Anmeldung des Kunden beim Sicherheitsdienst am Rathausingang. Rückblickend war die Implementierung dieser Software-Lösung unter Zeitdruck eine Herausforderung.

Diese Herausforderung wurde gemeistert – und die dafür ausschlaggebende Lösung wird nun aufgrund ihres Erfolgs ausgebaut. Unter dem Arbeitstitel „Wir machen

uns buchbar“ beginnt jetzt im Gütersloher Rathaus der Testlauf für ein neues Termin-Tool, das in deutschen Rathäusern noch einzigartig sein dürfte. Während die aktuelle Anwendung nur intern durch die Mitarbeitenden zu nutzen ist, zielt die neue vor allem auf ein deutliches Service-Plus für die Bürgerinnen und Bürger ab. Diese müssen sich zur Terminvereinbarung künftig nicht mehr an die Öffnungszeiten der Verwaltung halten. Rund um die Uhr kann auf der Startseite der städtischen Website das Anliegen ausgewählt und ein Termin für den Rathausbesuch vereinbart werden. Das Besondere daran: Die Software gleicht verschiedene hinterlegte Parameter ab und gibt einen auf das Anliegen abgestimmten Terminvorschlag aus.

Dafür wurde sie mit zahlreichen Daten gefüttert. Zum Beispiel: Welcher Zeitrahmen wird für eine Rentenberatung benötigt (60 Minuten), welcher für die Ausgabe eines Reisepasses (zehn Minuten)? Welche Dokumente muss der Antragsteller mitbringen? Welche Raumgröße ist erforderlich – kommt nur ein Kunde oder muss eine ganze Familie vorstellig werden? Und nicht zuletzt: Aus welchem Fachbereich muss die Verwaltungskraft kommen und wann hat sie freie Beratungszeiten? Für diesen Abgleich geben die Mitarbeitenden ihre verfügbaren Zeitkontingente in das Tool ein.

Zusammenfassend gesagt matcht die Software Anliegen, Mitarbeiter- und Raumverfügbarkeit und gibt dem Bürger dann einen Terminvorschlag aus, der alle notwendigen Informationen mitteilt. Gleichzeitig wird automatisiert der erforderliche Raum geblockt und der Besucher

angemeldet. Das ist eine Win-win-Situation für die Verwaltung und für die Bürger. Beide Seiten können optimal vorbereitet in den gemeinsamen Termin gehen.

Umgesetzt wird die innovative Software in Zusammenarbeit mit dem niederländischen Unternehmen JCC. Der Marktführer in den Niederlanden und in Belgien hat viel Erfahrung im Bereich digitaler Anwendungen für Kommunen und setzt das Projekt mit der Stadt Gütersloh als deutscher Pilotkommune um. Begonnen werden soll zunächst mit den Dienstleistungen, die klassischerweise das Bürgerbüro abdeckt, bevor die gesamte Verwaltung einbezogen wird.

Knifflig ist die Programmierung zum Beispiel hinsichtlich der Frage, nach welcher Systematik die Mitarbeitenden und die Zuständigkeiten den Dienstleistungen entsprechend implementiert werden sollen. Im Bürgerbüro etwa macht jeder alles, den großen restlichen Teil der Verwaltung kann man nach definierten Zuständigkeiten einpflegen: In der Ausländerbehörde oder im Fachbereich Soziales zum Beispiel nach alphabetischen Kriterien, oder aber nach geografischen Aspekten wie beispielsweise bei Baubezirken.

Das ambitionierte Projekt setzt eine weitere Marke auf dem Weg zur digitalen Stadtverwaltung der Kommune Gütersloh, die vom Bund als Smart City gefördert wird. Das Bürgerportal mit mehr als 50 Online-Dienstleistungen wird fortlaufend ausgebaut, ein Relaunch steht vor dem Abschluss. Ein neuer Dokumentenausgabe-Automat wird den Güterslohern die Abholung von Pässen, Parkausweisen und anderen

Dokumenten zu jeder Tages- und Nachtzeit ermöglichen. In der Stadtverwaltung wird die elektronische Akte in immer mehr Fachbereichen zum Standard, ebenso wie das mobile, vom Büro-Arbeitsplatz unabhängige Arbeiten von zahlreichen Mitarbeitern genutzt wird. Zum Rathaus der Zukunft gehört deshalb auch das regelmäßige Angebot, Bürgeranliegen in den Stadtteilen, zum Beispiel im Gemeindehaus, zu bearbeiten – gemäß dem Service-Gedanken „Die Verwaltung kommt zum Bürger“.

Das mobile Arbeiten – ob im Homeoffice oder andernorts – wird seit 2019 angeboten und ist für die Stadt Gütersloh als Arbeitgeber durchaus ein Faktor in der Personalgewinnung, da Beschäftigte Beruf und Privatleben so unkomplizierter in Einklang bringen können. Rund zwei Drittel der Beschäftigten mit PC-Arbeitsplatz arbeiten mittlerweile nicht mehr fest fünf Tage pro Woche im Büro, sondern wechseln zwischen Rathaus und Homeoffice. Aufgrund dieser Entwicklung müssen sich alle darauf einstellen, dass mittelfristig nicht mehr jeder seinen festen Schreibtisch und sein Büro hat. Angesichts kontinuierlicher Raumnot im Rathaus sollen aus teilweise verwaisten Schreibtischen Arbeitsplätze werden, die nach Bedarf von allen gebucht werden können. Das ist aber ein sensibles Thema, bei dem man die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter überzeugen muss. Gefragt sind also gute interne Kommunikation und umsichtiges Change Management.

*Carsten Schlepphorst ist bei der Stadt Gütersloh Beigeordneter für Digitalisierung, IT, Personal, Organisation und Feuerwehr.*

# Per App ins Jobcenter

Christoph Jacobi

Im Jobcenter des Kreises Minden-Lübbecke können über die UnterlagenApp Ula Anträge und Dokumente via Smartphone datenschutzkonform eingereicht werden. Der Service wird gut angenommen und nach seiner Einführung laufend weitergedacht und -entwickelt.

**A**ls sie im Sommer 2020 für die Leistungsberechtigten im Jobcenter des nordrhein-westfälischen Kreises Minden-Lübbecke an den Start ging, konnte noch niemand abschätzen, ob sie auch gut angenommen wird. Doch nach nunmehr eineinhalb Jahren Praxiserfahrung zeigt sich, dass Ula, die UnterlagenApp des Kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/Lippe (krz), gerne und oft genutzt wird, um Unterlagen schnell und unkompliziert an die Mitarbeitenden des Jobcenters zu übermitteln.

Im Auftrag des Kreises Minden-Lübbecke übernahm das krz im Jahr 2019 die Entwicklung der Smartphone-App. Erklärte Zielsetzung war es, das Papieraufkommen in der Behörde zu minimieren, den damit verbundenen Scan-Aufwand zu reduzieren und eine sichere, schnelle und unkomplizierte Möglichkeit zu bieten, Anträge zu stellen und Unterlagen einzureichen. Das krz in Lemgo wurde 1972 gegründet und ist IT-Dienstleister der Kreise Minden-Lübbecke, Herford und Lippe, aller 36 Städte und Gemeinden dieser Kreise sowie der Stadt Nieheim. Für das Jobcenter des Kreises Minden-Lübbecke stellt das krz, welches seit 2007 durchgehend BSI-zertifiziert ist, das IT-



Kreis Minden-Lübbecke: Das Gebäude des Jobcenters am Standort Minden.

Fachverfahren für die Leistungsgewährung und die digitale Aktenlösung bereit. Eine bestmögliche Implementation sowie das Vermeiden von Reibungsverlusten im Workflow konnten so gewährleistet werden.

Die Entwicklung der App erfolgte dabei als agiles Projekt in enger Zusammenarbeit zwischen der IT des Kreises, dem krz und dem Jobcenter, um möglichst früh alle Aspekte des Einsatzbereichs, der Nutzung sowie der technischen Umsetzung zu berücksichtigen. Rückmeldungen und Feedback konnten so noch während der Entwicklung aufgenommen werden. Nach einer internen Testphase wurde die App schließlich am 1. Juli 2020 eingeführt.

Ula ist in den gängigen App-Stores verfügbar und kann von den Leistungsberechtigten über einen speziellen QR-Code, der durch das Jobcenter ausgestellt wird, genutzt werden. Der QR-Code beinhaltet alle technischen Informationen, die benötigt werden, um eine direkte Verknüpfung zwischen der App und der digitalen Akte im Jobcenter herzustellen. Nach dem Scan des QR-Codes via Smartphone können Unterlagen direkt abfotografiert oder aus der Galerie des Geräts ausgewählt und hochgeladen werden. Diese erscheinen dann unmittelbar bei der oder dem zuständigen Sachbearbeitenden in der digitalen Leistungsberechtigten-Akte zur Bearbeitung. Wurden die QR-Codes zunächst nur auf Anfrage ausgestellt, werden sie nun allen Leis-

tungsberechtigten bei Anhörungen oder Anforderungsschreiben standardmäßig mitübersandt.

Seit dem Start im Juli 2020 wird die App regelmäßig weiterentwickelt, auch um weiteren Bedürfnissen der Leistungsberechtigten gerecht zu werden. So wurden sämtliche Texte der Ula durch den Kreis Minden-Lübbecke in mehrere Sprachen – Englisch, Französisch, Türkisch, Russisch, Arabisch – übersetzt. Auch eine Notizfunktion wurde geschaffen, sodass die Leistungsberechtigten zu den eingereichten Dokumenten Anmerkungen übermitteln können. Des Weiteren wurde der FAQ-Bereich ausgestaltet, um die gängigsten Fragen der Leistungsberechtigten direkt in der App zu beantworten.

Das Interesse an der Nutzung der Lösung steigt: Im Jahr 2021 konnten über 17.000 Einreichungen über die Ula verzeichnet werden. Und seit ihrer Produktivsetzung wurde die App über 4.000 Mal heruntergeladen. Hierbei wird sie im Apple Store mit 4,6 von 5 Sternen als sehr gut bewertet. Gerade in der gegenwärtigen, von Kontaktbeschränkungen geprägten Zeit ist die App für viele eine willkommene Arbeitserleichterung und sichere Alternative zur herkömmlichen Einreichung von Papierunterlagen. Die erfolgreich übermittelten Unterlagen werden datenschutzkonform innerhalb der App gespeichert, sodass die Leistungsberechtigten automatisch über einen Nachweis der Einreichung verfügen. Nicht zuletzt sparen sie neben dem Kopieraufwand auch Portokosten oder Fahrten zum Jobcenter. Auch unter Umweltaspekten kann die App daher punkten.

Für die Mitarbeitenden des Jobcenters ergeben sich durch die Nutzung der App gleichfalls erhebliche Vorteile. Die technische Verarbeitung und Übermittlung direkt in die entsprechende E-Akte spart Arbeitsschritte, die sonst vor Ort zu erledigen wären: So ist es etwa nicht mehr notwendig, die Unterlagen zu sortieren, aufzubereiten und einzuscannen. Bei zuvor über 10.000 Scan-Vorgängen pro Monat bedeutet dies einen deutlichen Zeitgewinn und schafft neue Möglichkeiten und Kapazitäten, die anderweitig genutzt werden können.

„Die UnterlagenApp im Jobcenter des Kreises Minden-Lübbecke ist ein wichtiger Schritt im Zeitalter der Digitalisierung“, sagt Landrätin Anna Katharina Bölling. „In der aktuellen Zeit, in der persönliche Kontakte leider vermieden werden müssen, können wir den leistungsberechtigten Menschen im Kreis Minden-Lübbecke damit eine lebensnahe und praktische Alternative an die Hand geben. Mit Blick auf die ursprünglichen Ziele, nämlich die Einsparung von Zeit und Kosten und damit die Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsvorgängen, haben wir einen Meilenstein erreicht“, so Bölling weiter.

Natürlich bringt die Einführung eines neuen Verfahrens auch Herausforderungen mit sich. Wie bei allen technischen Anwendungen ist es auch im Fall einer App unumgänglich, sich um technische Pflege, Weiterentwicklung und laufende Anpassung an die rechtlichen Rahmenbedingungen zu kümmern. Die Vorgaben des Datenschutzes sind ebenso zu berücksichtigen wie Wünsche der Leistungsberechtigten bezüglich der Nutzung.

Um den größtmöglichen Nutzen aus der neuen Anwendung zu ziehen, muss sie natürlich auch bekannt gemacht werden und müssen alle Beteiligten erkennen, welche Vorteile im Gebrauch der App liegen. Hier sind Öffentlichkeitsarbeit, Schulungen und auch Überzeugungsarbeit notwendig. In Anbetracht der Vorteile, die die Nutzung der Ula mit sich bringt, sind solche Hürden allerdings eine gern in Angriff genommene Herausforderung.

Nach den positiven Erfahrungen mit der Nutzung der App im Jobcenter ist nun geplant, die Technik auch für andere Bereiche der Verwaltung zu übernehmen. Zudem entwickelt das krz derzeit eine Verwaltungsplattform, welche die Administration der Zugänge noch einfacher machen soll. Weitere Funktionen in der App, wie etwa das Vereinbaren von Terminen oder eine Kommunikation in beide Richtungen, sind ebenfalls denkbar.

Mittelfristig betrachtet wird sich die UnterlagenApp als wichtiges Standbein für die Kommunikation zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Mitarbeitenden im Kreis Minden-Lübbecke etablieren. Bereits jetzt zeichnet sich ein großes Interesse ab. In einer Zeit, die von Digitalisierung, aber auch von Sicherheitsbedenken und einer globalen Pandemie gekennzeichnet ist, stellt die Entwicklung eines Hilfsmittels wie der App Ula einen wichtigen und richtungweisenden Schritt dar. Nicht zuletzt öffnet es Türen für weitere Anwendungsmöglichkeiten in der gesamten Verwaltung.

*Christoph Jacobi ist im Bereich Zentrale Dienste des Amts proArbeit Jobcenter im Kreis Minden-Lübbecke tätig.*

# Die passende Lösung finden

Birgit Pfister

**Digitalisierung, Fachkräftemangel, Investitionsstaus und gesetzliche Vorgaben – kommunale Finanzverwaltungen müssen viele Herausforderungen meistern. Dafür brauchen sie eine zukunftsfähige Finanz-Software. Neun Punkte sind bei deren Auswahl zu beachten.**

**D**ie Corona-Pandemie hat verdeutlicht, welche Potenziale in der Verwaltungsdigitalisierung stecken, aber auch, wo Nachholbedarf besteht. Schon länger belasten außerdem der demografische Wandel, der Fachkräftemangel, Haushaltsdefizite und Investitionsstaus die öffentlichen Arbeitgeber. Veränderte gesetzliche Vorgaben, wie die Neuregelung in § 2 b Umsatzsteuergesetz (UStG) oder der verpflichtende Empfang von E-Rechnungen, sind weitere Herausforderungen, die die Kommunen bewältigen müssen.

Damit die kommunale Finanzverwaltung diesen Anforderungen gerecht werden kann, sind schnelle, faktenbasierte Entscheidungen zu treffen, Kosten zu senken und Personallücken zu schließen. Organisationsstrukturen und Hierarchien müssen zum Teil angepasst werden, während die Entscheider leicht zu erfassende und gut strukturierte Informationen über die Finanz- und Haushaltslage benötigen. Auch müssen das Personal und Quereinsteiger schnell und unkompliziert für die Tätigkeit im Finanzsektor befähigt werden. Mit der passenden Finanz-Software ist das zu schaffen. Neun Punkte sollten Entscheider bei deren Auswahl beachten.

Erstens muss die Verwaltung an einem Strang ziehen. Es gilt also, Silos abuschaffen und das Finanzverfahren in die gesamte Verwaltung zu integrieren. Schnittstellen zu anderen Verfahren sind somit äußerst wichtig. Das setzt voraus, dass der gesamte Arbeits- und Prozessablauf mit allen relevanten Daten vollständig digitalisiert ist. Dazu tragen unter anderem E-Rechnungen, elektronische Rechnungseingangsbücher und Fernsignaturen bei. Im Ergebnis werden anfallende Rechnungen effizienter bearbeitet, die Fehleranfälligkeit minimiert und die Arbeitgeberattraktivität erhöht.

Die eingesetzte Software sollte zudem plattformunabhängig und webbasiert sein. Damit lassen sich Ressourcen im IT-Bereich einsparen, die für andere Aufgaben frei werden. Gearbeitet werden kann direkt über den Browser, ohne lokale Installation. Durch die Unabhängigkeit vom Betriebssystem und die Responsivität sind Web-Anwendungen auch auf Mobile Devices einsetzbar. Nötig ist lediglich ein funktionierendes Internet. Durch eine optimierte Transaktionsverarbeitung verschaffen sich Verwaltungsmitarbeiter mit Echtzeitdaten einen aktuellen Überblick über Finanzen und Zahlungsströme.

Entscheidungsträgern und Sachbearbeitenden muss es möglich sein, jederzeit schnell und einfach auf Finanzdaten zuzugreifen. Deshalb ist auf die Usability der Lösung zu achten. Zu bedenken gilt es, dass nicht nur Kämmerer oder Finanzexperten zu den Nutzern zählen, sondern auch Mitarbeiter aus Bauhof, Schulbetrieb und anderen Bereichen. Neben einer intuitiven Bedienbarkeit der Finanz-Software empfiehlt sich ein leicht verständliches Dashboard, das wichtige Kennzahlen sofort anzeigt – am besten individualisiert, je nach Nutzer. Für die Leitung der Finanzabteilung ist beispielsweise ein Gesamtüberblick über den Haushalt wichtig, für den Sachbearbeiter eine Übersicht zur Haushaltsstelle. Weitergehende Informationen sind über Drill-Down-Funktionen abzurufen.

Darüber hinaus sollte die Lösung Berichtswesen und BI-Funktionen beinhalten. Business Intelligence (BI) umfasst Methoden und Prozesse zur Erhebung, Speicherung und systematischen Auswertung elektronischer Finanzdaten. Eine reine Auflistung der Einnahmen und Ausgaben einer Gemeinde ist noch keine BI. Neben einer Standardauswahl an Variablen, etwa Ausschöpfungsgrad der Haushaltsansätze, Deckung oder Vergleich der Vorjah-



Bei der Wahl einer Finanz-Software gilt es einiges zu beachten.

re, sollte die Finanz-Software eigene Kennzahlen definieren können. Data Mining und Data Warehouse ermöglichen es, Querverbindungen zu erkennen und Prognosen sowie Trends zu erstellen.

Zu achten ist außerdem auf individualisierbare Suchmasken und Oberflächen. Denn entsprechend den verschiedenen Aufgaben und Befugnissen unterscheidet sich der Informationsbedarf der Mitarbeitenden einer Kommunalverwaltung. Da nicht alle alles wissen müssen – und dürfen –, sollte das Finanzverfahren über Filtermöglichkeiten und ein umfassendes Rechtesystem verfügen. Den heterogenen Aufgaben in einer Kommunalverwaltung wird mit individuell und einfach anpassbaren Suchmasken Rechnung getragen. Darüber hinaus sollte eine erweiterbare Finanz-Software gewählt werden. Denn obwohl die kommunalen Aufgaben grundsätzlich die gleichen sind, unterscheiden sie sich doch gravierend in der Häufigkeit und Intensität. Die Aufgaben der Daseinsvorsorge werden bei einer großen Kommunalverwaltung ganz anders aussehen als bei einer kleinen Gemeinde. Werden nur gelegentlich Rechnungen erstellt, erfor-

dert dies keine speziellen Module; eine häufige Rechnungsstellung dagegen schon. Die heterogene Verwaltungsszene benötigt daher eine Software, die mit den zu erfüllenden Aufgaben wächst.

Selbstverständlich sollte die Finanz-Software höchste Sicherheit garantieren – also die Vertraulichkeit, Integrität, Verfügbarkeit und Authentizität der Daten – sowie den Datenschutz gewährleisten. Um die Daten- und Ausfallsicherheit zu erhöhen, speichern und/oder bearbeiten viele Kommunen die Daten in einer Public Cloud. Hoch qualifizierte, aber oft mit Aufgaben überfrachtete IT-Fachkräfte müssen dann nicht zur Betreuung der Cloud Server eingesetzt werden. Bei Private und Public Cloud gilt gleichermaßen: Die öffentlichen Stellen sind für den Datenschutz verantwortlich. Daher sollte der Cloud-Anbieter sorgfältig ausgewählt werden.

Unbedingt zulassen muss das Finanzverfahren die Migration der Daten aus dem Altsystem. Dabei ist das Augenmerk sowohl auf die Datenübernahme selbst als auch auf den Migrationsprozess zu richten. Nicht alle aufbewahrungspflichtigen Finanzdaten müssen in das ak-

tuelle Finanzverfahren integriert werden. Wie lange die zu migrierenden Daten zurückreichen sollen, entscheidet die jeweilige Kommune. Die Software sollte an den Bedarf angepasste Migrationsschnittstellen bieten. Zuletzt bleibt noch der beste Zeitpunkt für einen Anbieterwechsel zu klären. Aus organisatorischen Gründen findet er meist zum Jahreswechsel statt. Bei der Datenmigration stellt sich die Frage, ob diese als Big Bang erfolgt oder eine inkrementelle Migration vorzuziehen ist. Egal wie die Entscheidung ausfällt, sollte die Kommune vorher eine Datenbereinigung durchführen. Die Daten aus dem Quellsystem werden dabei so transformiert, dass die Prozesse im neuen System reibungslos laufen. Testläufe im Vorfeld dienen der Sicherstellung eines komplikationsarmen oder -freien Übergangs zur neuen Finanz-Software.

Auch wenn die haushaltsrechtlichen Vorschriften keine grundlegenden Änderungen erfahren, schreiten die technologische Entwicklung und Digitalisierung in rasantem Tempo voran. Das Internet der Dinge vernetzt physische und virtuelle Gegenstände. Das flexible Arbeiten im Homeoffice ist bereits jetzt in weiten Teilen der öffentlichen Verwaltung Realität. Data as a Service und Cloud Computing sind auch im öffentlichen Bereich die Zukunft. Damit die kommunale Finanz-Software den veränderten Gegebenheiten gewachsen ist, muss sie bereits heute die Voraussetzungen für morgen erfüllen.

*Birgit Pfister ist Mitarbeiterin im Bereich Produkt- und Portfolio-Management bei der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB).*

# Es geht ums große Ganze

**Der Software-Anbieter ab-data programmiert eine neue Finanzlösung für die VOIS-Plattform. Kommune21 sprach mit Geschäftsführer Markus Bremkamp über den Stand der Entwicklung und die Vorteile für die Kunden.**

*Herr Dr. Bremkamp, Ihr Unternehmen ab-data ist auf Finanz-Software für Kommunen spezialisiert. Wie hat sich der Markt in den vergangenen Jahren verändert?*

Wir sind ja schon ein paar Jahrzehnte im Kommunalmarkt unterwegs. Aber eine solche Dynamik haben wir noch nicht erlebt. Es ist enorm viel Geld im Markt, auch durch Investoren. Immer mehr Software-Unternehmen werden verkauft oder richten sich neu aus.

*Woran liegt das?*

Die deutschen Behörden haben sehr großen Nachholbedarf bei der Digitalisierung. Die Coronakrise hat gezeigt, dass wir schnell aufholen müssen. Der Aufwand, digitale Lösungen für die Kommunen zu entwickeln, ist aber sehr groß. Hinzu kommt, dass wir anfangen müssen, ganzheitlich zu denken und entsprechende Lösungen zu entwickeln. Das erfordert ein komplettes Umdenken. Wir müssen weg vom kleingliedrigen, fachamtsbezogenen Denken, Ausbilden und Handeln. Stattdessen brauchen wir ein verwaltungsweites und zunehmend auch verwaltungsübergreifendes Plattformdenken etwa auf Kreisebene. Das Vorhaben ist gigantisch. Deshalb auch die Dynamik im

Markt. Viele Anbieter können das nicht mehr leisten und suchen sich Unterstützung oder verkaufen an Investoren.

*Dynamik bringt auch das Onlinezugangsgesetz (OZG). Wie beurteilen Sie aktuell die Umsetzung?*

Ich gehe davon aus, dass die Frist bis Ende dieses Jahres nicht zu halten ist. Kernproblem beim OZG sind die Beratungsgesellschaften, die auf der grünen Wiese planen und neue dezentrale Lösungen entwickeln, die vielfach schon existieren. Ich bin natürlich dafür, dass die Umsetzung gelingt. Das OZG ist wie das Registermodernisierungsgesetz (RegModG) ein ganz wichtiger Baustein für die Digitalisierung der Verwaltung. Die Hoffnung ruht nun auf der neuen Bundesregierung.

*ab-data hat früh auf webbasierte Doppik-Software gesetzt. Was waren die Gründe dafür?*

Wir waren uns bereits vor 20 Jahren sicher: Ohne Web-Technologie kein technischer Fortschritt. Deshalb haben wir auch früh in die Entwicklung einer webbasierten Finanz-Software-Generation investiert. Wie wichtig das war, haben wir dann bei der Doppik gemerkt, die eine dezentrale Ressourcenverant-



Dr. Markus Bremkamp

wortung vorsah. Also mussten wir plötzlich Ortsbürgermeister und politische Gremien in die Haushaltsplanung einbinden. Web-Technologie war da sehr praktisch.

*ab-data bietet auch noch eine kameralistische Software-Lösung an. Ist die Kameralistik noch nicht tot?*

Nein, das ist sie nicht. Die föderalen Strukturen machen es möglich. Insofern gehen wir davon aus, dass es in Thüringen und Bayern auch noch längerfristig Kameralistik geben wird. Unsere Software-Philosophie sowohl im klassischen ab-data Web Finanzwesen als auch in unserer Neuentwicklung VOIS-Finanzwesen unterstützt sowohl doppelte als auch kameralistische sowie parallele Buchungsstrukturen.

*Sie passen das ab-data-Finanzverfahren nun für die VOIS-Plattform an. Wie weit ist das Vorhaben gediehen?*

Das Wort neu programmieren trifft es wohl besser als anpassen, denn das VOIS-Finanzwesen ist eine komplette Neuentwicklung. Es basiert auf der IT-Plattform VOIS des Herstellers HSH, der mit seinen MESO-Produkten mit etwa 70 Pro-

Jedes unserer neuen VOIS-Finanzwesenmodule ist sofort nutzbar. Am einfachsten ist die Nutzung dann, wenn der Kunde bereits ein VOIS-Fachverfahren wie VOIS|MESO, VOIS|GESO, VOIS|TEVIS oder VOIS|KFZ im Einsatz hat. Denn dann verfügt er automatisch über die VOIS|BASE als IT-Plattform, die ja mit dem ersten VOIS-Fachverfahren installiert wird. Und mit ihr kann

neuen VOIS-Finanzmodule warten – sie können bereits jetzt mit jedem neuen VOIS-Modul starten. Wir entwickeln das Finanzwesen exklusiv für die VOIS-Plattform. Dafür opfern wir Freiheiten, bekommen aber sehr viel mehr zurück. Dazu zählt die Standardisierung etwa via OZG-Adapter, XÖV oder CMIS zur Umsetzung von OZG und Digitalisierung.

## „Die digitale Transformation wird für eine Monopolisierung der Märkte sorgen.“

zent Marktanteil bundesweit führender Anbieter von Software für das Meldewesen ist. Und weil es nicht mehr nur um ein einzelnes Fachverfahren, sondern um das große Ganze geht, stellt eine solche Entwicklung völlig neue Anforderungen an Philosophie, Architektur, Technologien und Prozesse.

*Wie ist der Stand der Entwicklung?*

Seit Anfang 2021 entwickeln wir hochproduktiv unsere VOIS-Finanzwesenmodule. Bereits im Sommer konnten wir unser erstes Modul VOIS|DALE Darlehensverwaltung präsentieren. Im dritten Quartal bekam es dann im VOIS-Portal noch eine eigene Backoffice-Kachel. Seitdem steht es auf dem offiziellen VOIS-Downloadserver zur Verfügung. Ein ähnliches Prozedere durchläuft dieses Jahr unser zweites VOIS-Modul Anlagenbuchhaltung, das dann Ende des Jahres in den Markt eingeführt wird. Danach folgen die Module aus den Bereichen Finanzbuchhaltung und Steuern.

*Welche Vorteile bringt das für die Kunden?*

der Kunde dann eben auch schon den VOIS-Datenbank-, Web- und Formular-Server nutzen. Zugleich hat er noch mehr: Denn alle VOIS-Verfahren verfügen über das gleiche Look and Feel, eine identische Prozesslogik sowie die zentrale VOIS-Suchfunktion über alle integrierten Fachverfahren hinweg. Kennt der Anwender ein VOIS-Fachverfahren, kennt er quasi alle. Das minimiert nicht nur den Schulungs-, sondern auch den Installations- und Administrationsaufwand. Denn alle VOIS-Verfahren kennen nur noch eine zentrale Installation, Administration und Nutzerverwaltung. Zugleich profitieren alle VOIS-Lösungen von nur noch einem zentralen Adress- und Schlüsselverzeichnis. Das ist Plattformphilosophie.

*Was zeichnet die neue ab-data-Lösung aus?*

Unsere VOIS-Finanzwesenmodule reihen sich eins zu eins in die VOIS-Welt ein. Die Kunden können dabei via Web-Services einfach mit unseren Klassikmodulen oder sonstigen Finanzwesen-Lösungen kombiniert werden. Daher müssen sie nicht bis zur Fertigstellung aller

*Welche Entwicklungen erwarten Sie für die kommunale IT in den nächsten Jahren?*

Die digitale Transformation mit ihren Gesetzen wie OZG und Reg-ModG werden für eine Monopolisierung der Märkte sorgen. Im Zuge dessen werden sich voraussichtlich drei größere Epizentren mit mehr oder weniger abgekapselten und unterschiedlich tief integrierten Plattformen etablieren. Hierzu zählen wir neben der bundesweiten VOIS-Plattform auch die Marktplätze der Rechenzentren sowie die Microsoft-Welt. Auch wenn alle drei Plattformen gemeinsame Schnittmengen haben können, unterscheiden sie sich doch im Wesen und Charakter ihrer Ausrichtung. VOIS bietet dabei mit seinem Open-Source-Ansatz für den deutschen Kommunalmarkt eine echte Chance zur Stärkung der nationalen IT-Souveränität. Angesichts zunehmender weltpolitischer Spannungen könnte VOIS eine wichtige Rolle zum Schutz der kritischen Infrastrukturen im kommunalen Sektor spielen.

*Interview: Alexander Schaeff*

# Finanzprozesse optimiert

Benedikt Leder

Die Städte Langenselbold und Mühlheim setzen auf elektronische Prozesse im Finanzwesen und haben dafür jeweils das Software-Paket DATEVkommunal eingeführt. Nach rund einem Jahr im Einsatz hat sich das neue System bereits mehr als bewährt.

**V**erwaltungen, kommunale Unternehmen und Institutionen der öffentlichen Hand stehen aktuell vor ähnlichen Herausforderungen wie Unternehmen der freien Wirtschaft. Angesichts der digitalen Transformation müssen sie bestehende Prozesse hinterfragen und sich an veränderte Anforderungen anpassen. Um die Verwaltung in diversen Bereichen zu digitalisieren, stehen ihnen moderne Software-Lösungen zur Verfügung. Vernetzung, Teilautomatisierung und durchgängige Abläufe steigern dabei die Effizienz.



Langenselbold: Modernes Gesamtsystem fürs Finanzwesen.

um das Finanzwesen optimiert wurden. Dabei kommen im neuen System auch Module für die Mittelbewirtschaftung sowie die Abrechnung kommunaler Steuern und Abgaben zum Einsatz.

der insbesondere die Implementierung der Haushaltsplanung koordinierte.

Im Zuge der Umstellung waren umfangreiche Datenübernahmen aus dem Vorsystem zu bewältigen, inklusive der offenen Posten im Rechnungswesen. Außerdem mussten Schnittstellen realisiert werden, die einen durchgängigen Datenfluss ohne Medienbruch gewährleisten. Daneben galt es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassend zu schulen. Aufgrund der Corona-Situation fanden die Schulungen wie auch Teile der gesamten Pro-

jektorganisation in Videokonferenz-Formaten statt. Trotz der ungünstigen Umstände mit Kontaktbeschränkungen und verschärften Hygienevorschriften konnten dank der hybriden Ausgestaltung des Projekt-Managements alle Projektschritte im geplanten Zeitraum abgeschlossen werden.

„Die pandemiebedingte Umstellung auf das Hybridformat stellte uns im Zuge der Einführung von DATEVkommunal zum 1. Januar 2021 vor zusätzliche Herausforde-

Diese Herausforderungen sahen auch die hessischen Städte Langenselbold und Mühlheim im Kreis Offenbach auf sich zukommen. Trotz der Beschränkungen, die das Corona-Jahr 2020 mit sich brachte, gingen die rund 14.000 beziehungsweise 28.500 Einwohner zählenden Kommunen die nötigen Veränderungen für die Modernisierung ihrer Verwaltung an. Basis der Umstellungsprojekte war jeweils die Einführung des Software-Pakets DATEVkommunal von Anbieter DATEV, mit dem die Prozesse rund

Die Umstellungsprojekte starteten in den beiden lediglich 20 Kilometer voneinander entfernten Kommunen gleichzeitig im zweiten Quartal 2020 mit der Ist-Aufnahme der bestehenden Prozesse und der Konzeption der Zielvorstellung. Für die Städte Langenselbold und Mühlheim war das Projekt auch ein weiterer Schritt hin zur Digitalisierung ihrer Verwaltung. Das Projekt-Management übernahmen jeweils die Consultants von DATEV im Schulterschluss mit dem Software-Partner Synergie kommunal,

rungen, doch auch in diesen turbulenten Zeiten der Umstrukturierung erwiesen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der DATEV als kompetente Ansprechpartner“, fasst Annett Hecktor, stellvertretende Amtsleiterin Finanzen und EDV in Langenselbold, die Situation zusammen. Nach der Übertragung des Haushalts ins neue DATEV-System war das Rechnungswesen bereit für den Echtbetrieb, den beide Städte nach ersten Tests mit Echtdateien bereits kurz vor dem Jahreswechsel aufnahmen.

Zum Jahresbeginn 2021 konnte sich das neue System dann im ersten Bescheidlauf mit kostengünstigem Druck und Versand der Bescheide an die einzelnen Haushalte aus dem Digital & Print Solution Center von DATEV bewähren. Abgerundet wurde das Projekt mit der elektronischen Bankbuchung und dem neuen Rechnungsschreibungs-Tool des Herstellers. Auswertungen und Statistiken erstellen die Städte Langenselbold und Mühlheim seitdem ebenfalls mühelos mit DATEVkommunal. Im ersten Quar-

tal 2021 wurde schließlich noch die Vollstreckung eingerichtet und es wurden erste Mahnläufe erstellt – im März startete dann auch hier der erste Durchlauf des neuen Prozesses. Den Abschluss bildeten die Übernahme der Anlagenbuchführung und die erste Kassenstatistik aus dem neuen System.

Nun profitieren sowohl Langenselbold als auch Mühlheim von einem durchgängigen Gesamtsystem für ihr Finanzwesen, das beide Städte in der Cloud managen: Im Verlauf der Projektumsetzung haben sie ihre Server ins hochsichere DATEV-Rechenzentrum in Nürnberg ausgelagert und nutzen ihre Software nun im so genannten Application Service Providing (ASP). Um den Betrieb der Anwendungen kümmert sich der System- und Lösungspartner Teledata IT-Lösungen – von der Bereitstellung, Wartung und Administration der Server und des Betriebssystems über das Management der IT-Infrastruktur und das Einspielen der Software-Updates bis hin zur Datensicherung.

Obleich die Projekte in beiden Kommunen parallel abliefen, ging Mühlheim an einer Stelle doch einen Sonderweg: Die Stadt nutzt zusätzlich DATEV SmartTransfer für Prozesse im Zusammenhang mit der elektronischen Rechnung. Damit hat sie sich unabhängig von Formatfragen gemacht, denn das Portal unterstützt eine Vielzahl an Übertragungskanälen und diverse elektronische Formate. Informationen können sowohl in bildhafter Darstellung (etwa als PDF, PDF/A oder TIFF) als auch in Form einer Transaktionsdatei in den vom Empfänger gewünschten Formaten (etwa EDIFACT, XML oder IDoc) unkompliziert gesendet und empfangen werden. So hilft SmartTransfer der Kommune dabei, Rechnungseingangs-, Freigabe- und Anordnungsprozess einheitlich und effizient zu gestalten. Im Ergebnis ist somit jede Buchung der Kommune mit einem digitalen Beleg verbunden und in Auswertungen stets ersichtlich.

*Benedikt Leder ist verantwortlich für die Pressearbeit der DATEV eG.*

Mehr Sicherheit für  
das Digitale-Ich.

GOVERNIKUS  
● ● ●

[governikus.de](https://governikus.de)

# Projekt Finance 21

Eva Sprockamp

Trotz Corona-Pandemie konnte der Kreis Leer im vergangenen Jahr erfolgreich die Neuausrichtung seines Finanzwesens angehen. Für ihr Vorgehen im Projekt Finance 21 hat die Kommune sogar den Gewinnerpokal des Axians Infoma Innovationspreises 2021 erhalten.

**S**ollen große Projekte erfolgreich in einer Behörde umgesetzt werden, sind die Unterstützung und Mitarbeit der gesamten Verwaltung gefragt. Das wiederum macht eine frühzeitige Planung und klare Zielsetzungen erforderlich. Nach diesen Kriterien startete der Landkreis Leer im Sommer 2019 die Neuausrichtung seines Finanzwesens. Heute blickt die Kommune nicht nur äußerst zufrieden auf das Ergebnis. Die Niedersachsen haben für das Projekt Finance 21 auch den Gewinnerpokal des Axians Infoma Innovationspreises 2021 erhalten (siehe auch Round-Table-Gespräch Seite 12).

Die Auszeichnung honoriert unter anderem die innovative Vorgehensweise in Leer. Binnen kürzester Zeit konnte dort das Finanzwesen hinsichtlich Digitalisierung und Informationsbeschaffung umstrukturiert werden. Der Kreis setzte dazu auf die Software Infoma new-system. Daneben standen eine ganze Reihe zukunftsorientierter Vorhaben auf der Agenda. Es sollten Verwaltungsprozesse optimiert und Finanzprozesse digitalisiert werden. Mit digitalen Belegen wollte man für transparentere Buchungen sorgen und die Buchungsqualität verbessern. Die neu geschaffene Transparenz wiederum sollte das



Kreis Leer erhält Axians Infoma Innovationspreis.

Verantwortungs- und Budgetbewusstsein fördern. Zudem sollten der Adressbestand optimiert und das Forderungsmanagement umstrukturiert werden.

Für das Vorhaben wurde eine Projektgruppe aus unterschiedlichen Abteilungen gebildet. Sie entwickelte anhand des Maßnahmenplans mehrere Einzelschritte mit dem Ziel, das Projekt Finance 21 bis Januar 2021 in der gesamten Verwaltung zu starten. Dann allerdings flammte die Corona-Pandemie auf und forderte ein hohes Maß an Flexibilität. „Die Lockdowns haben unseren Zeitplan wiederholt auf die Probe gestellt“, berichtet Andre Willems, Kämmerer des Kreises Leer und Projektleiter von Finance

21. „Beispielsweise konnten die Schulungen erst später als vorgesehen und teilweise nur digital stattfinden. Auch die Abstimmungstermine der Projekt- und Arbeitsgruppen sowie die Kommunikation mit den Anwendern der Kreisverwaltung waren nur noch eingeschränkt möglich. Mithilfe von Schulungsvideos und digitalen Besprechungen konnten wir die coronabedingten Erschwernisse jedoch gut kompensieren, sodass zum Jahreswechsel die für den Betrieb notwendigen Einrichtungen und Schulungen abgeschlossen waren.“ Der kürzere aktiv nutzbare Projektzeitraum änderte jedoch einige Prioritäten. So wurden etwa die Workflows gemäß der 80/20-Regel des Pareto-Prinzips – 20 Prozent des Aufwands sind für

80 Prozent der Ergebnisse verantwortlich – kurzerhand als allgemeine Vorlage für alle Ämter der Kreisverwaltung eingeführt. „Auf diese Weise konnten wir den Umstieg auf das neue Verfahren, den größten Meilenstein des Projekts, gut vorbereitet vollziehen“, erklärt Hilke Groninga, Projekt-Management Finance 21.

Zwischenzeitlich nutzen 480 der rund 1.150 Mitarbeitenden des Landkreises die neugeschaffenen Lösungen. Damit ist auch für die Zukunft sichergestellt, dass alle Bereiche mit Berührungspunkten zum Finanzwesen Teil der Workflows sind und die für ihre Tätigkeiten notwendigen Auswertungen erstellen können. „Wir haben festgestellt, dass die zahlreichen Auswertungsmöglichkeiten in Infoma newsystem nicht nur Einfluss auf das Verantwortungs- und Budgetbewusstsein haben, sondern diese Art der Informationsbeschaffung auch für sinkende Nachfragen in der Finanzabteilung sorgt“, sagt Hilke Groninga. Das liegt ihrer Ansicht nach an der neu geschaffenen Transparenz des Konten-/Kostenstellen-/Kostenträgerplans. Ebenso trage die zentrale Adressverwaltung dazu bei. Denn mit dieser Funktion konnte der Bestand von einer Million Adressen samt zahlreicher Dubletten aus der vorherigen Finanz-Software optimiert und auf einen eindeutigen Stand gebracht werden. Dank fortlaufender Überwachung sind auch die Forderungsauskünfte gegenüber den Bürgern transparenter geworden.

Nach einem Jahr Digitalisierung und Umstrukturierung sieht sich der Landkreis auf einem guten Weg. Die Resonanz auf die optimierten Prozesse ist positiv. „Mit der erfolg-

reichen Implementierung des digitalen Rechnungs- und Bestell-Workflows sind wir bei der Eingangs- und Ausgangsrechnungsbearbeitung sowie bei der frühzeitigen Bindung benötigter Haushaltsmittel einen großen Schritt in Richtung moderne Kommune gegangen“, freut sich Sven Markus, Projekt-Management Finance 21. „Dennoch müssen wir das Ziel für mehr Verantwortungsbewusstsein mit Blick auf die Mittelverwendung weiterverfolgen. Da hilft uns natürlich der Rechnungsworkflow, der sekunden-schnell Auskunft über die Budgets erteilt.“ Verwaltungsweit erfolgt die Belegbearbeitung, vom Eingang bis zur Buchung, mittlerweile über diesen Workflow.

Überhaupt sehen die Verantwortlichen in den optimierten Abläufen der Rechnungsverarbeitung ein wesentliches Erfolgskriterium. Die Durchlaufzeit der Rechnungen beträgt fünf Tage, was schon als sehr guter Wert gilt. Da immer mehr E-Rechnungen eingereicht werden, wird er sich sogar noch verbessern. Weitere Potenziale wird der Einsatz des eRechnungs-Managers heben. Mit ihm können Dokumente und Geschäftsvorfälle aus dem Finanzwesen – darunter Schnittstellenprotokolle und Stornierungen – medienbruchfrei, digital und zeitoptimiert freigegeben werden. Die Workflows sind außerdem eine effiziente Hilfe für die Rechnungsbearbeitung im Homeoffice. Auch hat der Landkreis die Ablage von buchungsbelegenden Dokumenten in der Finanzabteilung oder Kämmererei durch die elektronische Akte ermöglicht. Im Workflow hinterlegte sowie von der Finanzabteilung erstellte Belege sind damit auf einen Blick einsehbar und ersparen die

zusätzliche Suche sowie Ablage in einem Dokumenten-Management-System (DMS).

Der weitere Projektplan sieht unter anderem die Einrichtung des Online-Bezahlverfahrens ePayment-Manager, die Anbindung des Moduls Liegenschafts- und Gebäudemanagement, die Vorbereitungen auf das neue Umsatzsteuerrecht für Kommunen (§ 2b UStG) sowie die Implementierung eines umfangreichen Controlling-Systems mit Berichtswesen vor. Schon jetzt aber kann Kämmerer und Projektleiter Andre Willems ein positives Fazit ziehen: „Die Umwandlung der veralteten Finanzprozesse in moderne digitale Lösungen bewirkt gerade in Krisenzeiten eine handlungsfähige Verwaltung. Die durch Finance 21 geschaffene Grundlage ermöglicht es uns, das Finanzwesen als Modern Workplace einzustufen, das sich bewährt und für die weitere digitale Entwicklung einen bedeutenden Meilenstein gesetzt hat. Unsere nun effizienter organisierte Verwaltung ist die zukunftsfähige Basis für eine optimale bürgerorientierte Kommunikation.“

*Eva Sprockamp ist freie Journalistin in Bad Wörlshofen.*

### Profil

#### ● Landkreis Leer

**Bundesland:**  
Niedersachsen  
**Einwohnerzahl:**  
171.000  
**Bevölkerungsdichte:**  
158 Einwohner je km<sup>2</sup>  
**Landrat:**  
Matthias Groote (SPD)  
**Web-Präsenz:**  
[www.landkreis-leer.de](http://www.landkreis-leer.de)



**Das Projekt:** Im Finanzwesen setzt die Kommune Infoma newsystem ein, inklusive der Module Rechnungs- und Bestellworkflow, eRechnungs-Manager, ePayment-Manager, Liegenschafts- und Gebäudemanagement und elektronische Akte.

Zahlreiche Unternehmen bieten Lösungen und Dienstleistungen für den Public Sector an. Behalten Sie den Überblick und orientieren Sie sich bei Ihren Investitionsentscheidungen am IT-Guide von Kommune21. Die Marktübersicht finden Sie auch im Internet unter [www.kommune21.de](http://www.kommune21.de).

- E-Government / E-Partizipation ..... 58
- CMS | Portale / Spezial-Software ..... 59
- Finanzwesen / Schul-IT / E-Procurement ..... 60
- Geodaten-Management / Dokumenten-Management ..... 61
- E-Formulare / Personalwesen / Inventarisierung /  
RIS | Sitzungsmanagement / IT-Infrastruktur ..... 62
- IT-Security / Breitband / Consulting ..... 63
- Komplettlösungen ..... 63-65

Anzeige

D-0	 <p><b>Govii</b> Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe</p>	<p><b>Govii UG (haftungsbeschränkt)</b> Ansprechpartner: Michael Schmidt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: <a href="mailto:info@govii.de">info@govii.de</a> Internet: <a href="http://www.govii.de">www.govii.de</a></p>	<p>Der Behördenbot Govii steht für moderne Kommunikation zwischen Verwaltung und Kunden. Er bedient sich bestehender Datenbestände und beantwortet Fragen zu behördlichen Themen, wie z.B. Personalausweis beantragen, Auto ummelden etc. Govii ergänzt Portale, Bürgerservice und Servicecenter. Govii ist modular aufgebaut und nutzt verfügbare (XÖV) Standards.</p>
D-0	 <p><b>TSA</b> Ein Unternehmen der TELEPORT Gruppe</p>	<p><b>TSA Public Service GmbH</b> Ansprechpartner: Thomas Patzelt Herrenstraße 20 D-06108 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 773874-0 E-Mail: <a href="mailto:info@tsa.de">info@tsa.de</a> Internet: <a href="http://www.tsa.de">www.tsa.de</a></p>	<p>TSA ist Ihr Partner für Wissensmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Bund, Länder, Kommunen und Dienstleister setzen auf unsere Lösungen und Know-how rund um Zuständigkeitsfinder, Bürgerservice, Servicecenter/II5, Ideen- und Beschwerdemanagement, Integration von Verwaltungsdaten, II5-Datenbereitstellung und OZG-Umsetzung.</p>
D-0	 <p><b>brain-SCC</b> PORTALLÖSUNGEN</p>	<p><b>brain-SCC GmbH</b> Ansprechpartner: Sirko Scheffler Fritz-Haber-Str. 9 D-06217 Merseburg Telefon: +49 (0) 3461 / 25 99 510 Fax: +49 (0) 3461 / 25 99 511 E-Mail: <a href="mailto:info@brain-scc.de">info@brain-scc.de</a> Internet: <a href="http://www.brain-scc.de">www.brain-scc.de</a></p>	<p>Die brain-SCC GmbH verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Entwicklung und Betreuung von Portallösungen der öffentlichen Hand. Gestalten Sie Ihr Verwaltungs- und Geoportal mit dem leicht bedienbaren Content-Management-System brain-GeoCMS®, individuellem Design und zahlreichen Servicemodulen zur OZG-Umsetzung – nutzerorientiert und bürgernah.</p>
D-2	 <p><b>Governikus KG</b></p>	<p><b>Governikus GmbH &amp; Co. KG</b> Hochschulring 4 D-28359 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 204 95-0 Telefax: +49 (0) 421 / 204 95-11 E-Mail: <a href="mailto:kontakt@governikus.de">kontakt@governikus.de</a> Internet: <a href="http://www.governikus.de">www.governikus.de</a></p>	<p>Digitale Souveränität in einer komplex vernetzten Welt! Mit sicheren und innovativen IT-Lösungen sorgen ca. 200 engagierte Mitarbeiter:innen für den Schutz personenbezogener Daten. Sichere Identitäten, vertrauliche und rechtssichere Kommunikation sowie der Umgang mit schützenswerten Daten stehen hierbei im Vordergrund.</p>
D-4	 <p><b>ITEBO</b> Unternehmensgruppe</p>	<p><b>ITEBO GmbH</b> Dielingerstraße 39/40 D-49074 Osnabrück Telefon: +49 (0) 541 / 9631-0 Fax: +49 (0) 541 / 9631-196 E-Mail: <a href="mailto:info@itebo.de">info@itebo.de</a> Internet: <a href="http://www.itebo.de">www.itebo.de</a></p>	<p>Die ITEBO-Unternehmensgruppe ist Ihr Dienstleister für Kommunen und Kirchen. Wir bieten kompetente Prozess- und Organisationsberatung sowie die Vernetzung von Fachverfahren und Onlinediensten im Bürgerportal. Fundierte Basisdienste im Bereich der IT-Sicherheit, des Datenschutzes und unser ITIL konformes Rechenzentrum runden unser Portfolio ab.</p>
D-7	 <p><b>cit</b></p>	<p><b>cit GmbH</b> Ansprechpartner: Andreas Mühl Kirchheimer Straße 205 D-73265 Dettingen/Teck Telefon: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-0 Fax: +49 (0) 70 21 / 95 08 58-9 E-Mail: <a href="mailto:vertrieb@cit.de">vertrieb@cit.de</a> Internet: <a href="http://www.cit.de">www.cit.de</a></p>	<p>Die cit GmbH ist mit cit intelliForm® führender Anbieter von E-Government-Lösungen speziell in den Bereichen Virtuelles Bauamt mit dem XBau-Standard, Efa-Dienste und OZG. Die modellbasierte Entwicklungsumgebung für formularbasierte Workflows ist in vielen Bundesländern auf landes- und kommunaler Ebene im Einsatz.</p>
D-7	 <p><b>Form Solutions</b></p>	<p><b>Form-Solutions GmbH</b> Ansprechpartner: Matthias Eisenblätter Bahnhofstraße 10 D-76137 Karlsruhe Telefon: +49 (0) 721 / 754055-0 Fax: +49 (0) 721 / 754055-17 E-Mail: <a href="mailto:info@form-solutions.de">info@form-solutions.de</a> Internet: <a href="http://www.form-solutions.de">www.form-solutions.de</a></p>	<p>Neben einem umfassenden Sortiment rechtssicherer Antragsassistenten können im Handumdrehen eigene Webapplikationen mit intelligenter Verfahrenslogik selbst erstellt und medienbruchfrei in die behördliche Umgebung integriert werden. Bundesweit nutzen über 2.200 behördliche Kunden das Antragsmanagement 4.0.</p>
D-8	 <p><b>Public Services</b></p>	<p><b>S-Public Services GmbH</b> Hauptstraße 27 a D-88699 Frickingen Telefon: +49 (0) 7554 / 97090-00 Fax: +49 (0) 7554 / 97090-09 E-Mail: <a href="mailto:info@s-publicservices.de">info@s-publicservices.de</a> Internet: <a href="http://www.s-publicservices.de">www.s-publicservices.de</a></p>	<p>S-Public Services ist als Kompetenzzentrum E-Government der Sparkassen-Finanzgruppe erster Ansprechpartner für die öffentliche Hand sowie kommunalnahen Organisationen und Unternehmen. Mit Plug'n'Play-Lösungen rund um Payment-Services helfen wir gemeinsam mit den Sparkassen vor Ort bei der digitalen Transformation unterschiedlichster Bürgerservices.</p>
D-6	 <p><b>WER DENKT WAS</b></p>	<p><b>wer denkt was GmbH</b> Ansprechpartner: Dr. Tobias Klug Robert-Bosch-Straße 7 D-64293 Darmstadt Telefon: +49 (0) 6151 / 6291550 Fax: +49 (0) 6151 / 6291551 E-Mail: <a href="mailto:kontakt@werdenktwas.de">kontakt@werdenktwas.de</a> Internet: <a href="http://www.werdenktwas.de">www.werdenktwas.de</a></p>	<p>Die wer denkt was GmbH bietet umfassendes Know-How aus Forschung und Praxis für Ihre erfolgreiche digitale Bürgerbeteiligung. Wir begleiten kleine und große Kommunen u.a. mit dem Mängelmelder, Bürgerbefragungen, Ideenkarten, Leitlinien, Vorhabenlisten und individuellen Lösungen. Referenzen: Bremen, Heidelberg, Wuppertal, Friedrichshafen, Bad Homburg.</p>

E-Government

E-Partizipation

D-2	 <p>DAS KOMMUNALE CMS <b>iKISS</b></p>	<p><b>ADVANTIC GMBH</b> Ansprechpartnerin: Katrin Wiese-Dohse Vierhorn 2 a-b D-23556 Lübeck Telefon: +49 (0) 451 / 6 09 72-0 Fax: +49 (0) 451 / 6 09 72-20 E-Mail: info@advantic.de Internet: www.advantic.de</p>	<p>Ob BITV oder OZG: Mit dem kommunalen CMS iKISS von Advantic ist Ihre Verwaltung bestens gerüstet. Advantic betreut über 350 kommunale Kunden – darunter jeden 5. Landkreis – in mehr als 700 Projekten. Profitieren auch Sie von der langjährigen Erfahrung, flexiblen Lösungen für Internet und Intranet und dem erstklassigen Kundenservice.</p>
D-2	 <p><b>ProCampaign®</b></p>	<p>c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@procampaign.de Internet: www.procampaign.de/kommune</p>	<p>Bürger-Online-Formular-Management und Tourismus-/Bürger-Kommunikation sind die typischen Anwendungsfelder für die EuroPriSe-zertifizierte SaaS Private Cloud-Lösung ProCampaign®. Die DSGVO-konforme Automatisierung von digitalen Prozessen birgt Potentiale echte Effizienzsteigerung und hilft, Prozesse zu standardisieren und dabei die Kosten im Griff zu halten.</p>
D-3	 <p><b>NOLIS</b></p>	<p><b>NOLIS GmbH</b> Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de</p>	<p>Bundesweit vertrauen Kommunen auf E-Government-Lösungen von NOLIS. Kompetente Ansprechpartner helfen bei allen Aufgaben rund um Stadt- und Serviceportal, CMS und Online-Services. Fachverfahren wie Bewerbermanagement, Kita-Platzvergabe, Web-GIS, Bürgertipps und viele weitere sind für den Einsatz in Kommunalverwaltungen optimiert.</p>
D-4	 <p><b>sitepark</b></p>	<p><b>Sitepark Gesellschaft für Informationsmanagement mbH</b> Ansprechpartner: Thorsten Liebold Neubrückerstraße 8-11, D-48143 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 48 26 55-0 Fax: +49 (0) 251 / 4 82 65-55 Internet: www.sitepark.com</p>	<p>Wissens- und Contentmanagement für Internet, Intranet, Bürgerbüro und D115. Fachanwendungen für die Virtuelle Verwaltung, Geschäftsverteilungsplan, Helpdesk Ticket System, internes Telefonbuch, Presseservice. Partnerprogramm für KRZs. Top-Referenzen: Landesverwaltung Saarland, Saarbrücken, Wiesbaden, Hannover, Dresden, Wuppertal, Duisburg, Bottrop.</p>
D-7	 <p><b>SEITENBAU</b></p>	<p><b>SEITENBAU GmbH</b> Ansprechpartner: Dominik Kraus Seilerstraße 7 D-78467 Konstanz Telefon: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-00 Fax: +49 (0) 75 31 / 3 65 98-11 E-Mail: kraus@seitenbau.com Internet: www.seitenbau.com</p>	<p>SEITENBAU unterstützt die digitale Transformation des öffentlichen Sektors seit 20 Jahren mit hochwertigen kundenspezifischen Softwarelösungen. Wir bieten unseren Kunden Konzeption, technische Realisierung und sicheren Betrieb von E-Government-Fachanwendungen, Verwaltungsportalen, Social Intranets und Mobilanwendungen für die moderne Verwaltung.</p>
D-3	 <p><b>KDN.SOZIAL</b> Kommunale IT</p>	<p><b>KDN.sozial</b> Eigenbetriebsähnliche Einrichtung des KDN Technologiepark 14 D-33100 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 132-2241 Fax: +49 (0) 5251 / 132-272241 E-Mail: info@kdn-sozial.de Internet: www.akdn-sozial.de</p>	<p>Seit über 40 Jahren sind wir einer der führenden Anbieter von Software für Sozial- und Jugendämter sowie Jobcenter. Wir unterstützen die ganzheitliche Sachbearbeitung bei der Berechnung und Zahlung von Sozialleistungen und beim Fallmanagement. Zudem bieten wir eine Office-Integration sowie die Anbindung für Finanz-, Einwohnermelde- oder Dokumentenmanagementsysteme.</p>
D-3	 <p><b>BARTHAUER</b> SOFTWARE</p>	<p><b>Barthauer Software GmbH</b> Pillastraße 1a D-38126 Braunschweig Telefon: +49 (0) 531 / 23533-0 Fax: +49 (0) 531 / 23533-99 E-Mail: info@barthauer.de Internet: www.barthauer.de</p>	<p>Ressourcen bündeln, Effizienz steigern und damit Kosten minimieren: Wir bieten innovative Lösungen für das Infrastrukturmanagement von Ver- und Entsorgungsnetzen. Grundlage ist eine ganzheitliche Datenbankstruktur für die Planung, Verwaltung, Betriebsführung und Instandhaltung von Wasser, Abwasser, Gas, Kabel, Straße und weitere Infrastrukturanlagen.</p>
D-7	 <p><b>AIDA ORGA</b> Geschäftsführungssysteme</p>	<p><b>AIDA ORGA GmbH</b> Ansprechpartnerin: Sonia Welter Gültlinger Straße 3/1 D-75391 Gechingen Telefon: +49 (0) 7056 / 9295-0 Fax: +49 (0) 7056 / 9295-29 E-Mail: info@aida-orga.de Internet: www.aida-orga.de</p>	<p>AIDA ORGA bietet für kommunale Einrichtungen modulare, paßgenau abgestimmte Lösungen zur Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Zutrittsberechtigung etc., sowie Bauhoflösungen mit bedarfsgerechten Anwendungen zur Produktzeiterfassung gemäß NKF/NKHR oder Arbeits- und Leistungserfassung im Bauhof mit Maschinen und Fahrzeugen.</p>
D-8	 <p><b>G&amp;W</b></p>	<p><b>G&amp;W Software AG</b> Ansprechpartner: André Steffin Rosenheimer Straße 141 h D-81671 München Telefon: +49 (0) 89 / 5 15 06-4 Fax: +49 (0) 89 / 5 15 06-999 E-Mail: info@gw-software.de Internet: www.gw-software.de</p>	<p>CALIFORNIA von G&amp;W – Ihre Software zur Optimierung der Prozesse und Kosten von Bau und Unterhalt in Kommunen und kommunalen Eigenbetrieben im NKF mit den Schwerpunkten Kostenplanung, AVA, Baucontrolling, Zeitvertragsarbeiten. Kosten senken durch integriertes Baumanagement. Kostenoptimierung bei und mit Rahmenverträgen.</p>
D-9	 <p><b>LogoData</b> ERFURT GmbH Spezialist für Jugendamt-Weblösungen</p>	<p><b>LogoData ERFURT GmbH</b> Ansprechpartner: Steve Purrotat Maximilian-Welsch-Straße 4 D-99084 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 5661222 Fax: +49 (0) 361 / 5661223 E-Mail: info@logodata.de Internet: www.logodata.de</p>	<p>Seit über 30 Jahren entwickelt LogoData® Softwarelösungen für verschiedene Abteilungen der Jugendämter und freien Träger. Unsere Arbeit umfasst u.a. Installationen, Implementierungen, Schulungen, Weiterentwicklungen und den Support unserer Produkte. Wir sind Ihr zuverlässiger Dienstleister im Bereich Software und Beratung.</p>

D-0		<b>Saxess AG</b> Ansprechpartner: Matthias Lehmann Grassistraße 12 D-04107 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 355 238-0 E-Mail: fidas@saxess-ag.de Internet: www.saxess-ag.de	Webbasiertes Beteiligungsmanagement mit Fokus auf zentrale Verwaltung von Stamm- und Finanzdaten, Beteiligungscontrolling und Mandatsträgerbetreuung. Die Fachanwendung fidas wird deutschlandweit in Kommunen aller Größen eingesetzt und entlastet u.a. durch den Beteiligungsbericht auf Knopfdruck und den automatischen Import von Finanzdaten.	Finanzwesen
D-2		<b>xSuite Group GmbH</b> Ansprechpartner: Torge Link Hamburger Straße 12 D-22926 Ahrensburg Telefon: +49 (0) 4102 / 8838-25 E-Mail: info@xsuite.com Internet: www.xsuite.com	Als Softwarehersteller der SAP-zertifizierten xSuite® bieten wir für Kommunen und Kernverwaltungen eine standardisierte, SAP-integrierte Lösung zur Rechnungseingangsverarbeitung. Angesprochen werden die SAP-Module FI, MM, PSM sowie PSCD und der DZ-Kommunalmaster. Es erfolgt die Verarbeitung von eingehenden XRechnungen.	
D-2		<b>CloudIX</b> c/o Consultix GmbH Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@cloudix.de Internet: www.cloudix.de/kommune	CloudIX bietet als zertifizierter Dienstleister führende SaaS-Lösungen. Eigene Videokonferenzen auf JITSi Meet Basis, verschlüsselte Matrix + Element Messaging-Dienste und Nextcloud stehen zur Miete in ISO 27001-zertifizierten und KRITIS-konformen Rechenzentren in Bremen zur Verfügung. Compliance-konform sind alle Managed Server mit notwendigen AV-Verträge ausgestattet.	Schul-IT
D-3		<b>H+H Software GmbH</b> Ansprechpartner: Dipl.-Inf. Michael Etscheid Maschmühlenweg 8-10, D-37073 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 52208-0 Fax: +49 (0) 551 / 52208-25 E-Mail: info@hh-software.com Internet: www.hh-software.com www.netmanforschools.de	Als IT-Dienstleister und Softwarehersteller begleiten wir Bildungseinrichtungen seit über 30 Jahren auf ihrem Weg in die Digitalisierung. Unsere Schul-IT Lösung NetMan for Schools gewährleistet den sicheren IT-Betrieb im Schulnetz sowie einen verlässlichen Unterricht mit digitalen Medien. Wir betreuen Schulen von der Projektplanung über die Installation bis zum täglichen Betrieb.	
D-4		<b>KRAFT Network-Engineering GmbH</b> Ansprechpartner: Dipl.-Ing. Karsten Kraft Eintrachtstraße 95 D-45478 Mülheim-Ruhr Telefon: +49 (0) 208 / 46959-60 Fax: +49 (0) 208 / 46959-70 E-Mail: info@KNE.de Internet: www.KNE.de	Die KNE GmbH setzt Maßstäbe für eine erfolgreiche Schul-IT. Mit der innovativen Softwarelösung School@min und dem leistungsstarken Betriebskonzept kann jedes Schulnetz auch stadtweit kosteneffizient gemanagt werden. Die volle Abdeckung jedes administrativen und pädagogischen Anforderungsprofils und die hohe Skalierbarkeit begeistern Anwender und Kostenträger.	E-Procurement
D-5		<b>AixConcept GmbH</b> Ansprechpartner: Dipl.-Kfm. Volker Jürgens Wallonischer Ring 37 D-52222 Stolberg Telefon: +49 (0) 2402 / 38941-0 Fax: +49 (0) 2402 / 38941-30 E-Mail: info@aixconcept.de Internet: www.aixconcept.de	AixConcept liefert als Experte für digitale Bildung schlüsselfertige IT-Lösungen für Schulen. Mehr als 1.900 Institutionen erhalten Beratung, Konzeption und Umsetzung aus einer Hand. Aus der Zentrale in Stolberg bei Aachen und mit Partnern sorgt AixConcept deutschlandweit für den reibungslosen Betrieb der Schul-Netzwerke.	
D-7		<b>SBE network solutions GmbH</b> Ansprechpartner: Sales Team Edisonstraße 21-23 D-74076 Heilbronn Telefon: +49 (0) 7131 / 89840-60 E-Mail: vertrieb@sbe.de Internet: www.sbe.de	Mit LogoDIDACT bekommen Sie Ihre Schul-IT im Handumdrehen in den Griff. Der modulare Schulserver vereint kinderleichte Bedienung mit umfassenden Funktionen, die auf die Bedürfnisse moderner Schulen zugeschnitten sind. Über 3.000 Schulen vertrauen bereits auf die führende IT-Lösung für Schulnetzwerke. Von SBE network solutions.	
D-1		<b>DTVP Deutsches Vergabeportal GmbH</b> Ansprechpartner: Lucas Spänhoff Sickingenstraße 70 D-10553 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 374343-810 Fax: +49 (0) 30 / 374343-822 E-Mail: vergabestellen@dtvp.de Internet: www.dtvp.de	DTVP bietet eine umfassende E-Vergabe-Lösung für Vergabestellen und unterstützt diese bei der elektronischen Durchführung von Vergabeverfahren. Neben einem breiten Funktionsumfang und offenen Schnittstellen liegen die Besonderheiten des Portals u.a. in der intuitiven Benutzerführung, die ohne Einführungsprojekte verständlich ist.	
D-5		<b>subreport Verlag Schawe GmbH</b> Ansprechpartnerin: Daniela Hammami Buchforststraße 1-15 D-51101 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 985 78-28 Fax: +49 (0) 221 / 985 78-66 E-Mail: daniela.hammami@subreport.de Internet: www.subreportCAMPUS.de	subreport-Kunden greifen auf 98% aller öffentlichen Aufträge zu. subreport ELViS ist seit 2001 die eVergabe-Plattform mit über 75.000 Bietern, die ohne Schulungsaufwand sofort einsetzbar ist, anwenderfreundlich und selbsterklärend. Auf subreport CAMPUS tauschen Auftraggeber u.a. Erfahrungen aus, der Lieferantenpool vernetzt Auftraggeber und Unternehmen.	
D-7		<b>TEK-Service AG</b> Ansprechpartnerin: Monika Schmidt Eisenbahnstraße 10 D-79541 Lörrach Telefon: +49 (0) 7621 / 914040 Fax: +49 (0) 7621 / 9140429 E-Mail: schmidt@tek-service.de Internet: www.tek-service.de	TEK-Service AG ist das inhabergeführte Dienstleistungsunternehmen für E-Einkauf. Seit 2000 arbeiten wir bundesweit für Verwaltungen und Organisationen. Als lieferantenneutraler Dienstleister bieten wir webbasierte Technologie, umfassende Services, Helpdesk sowie branchenspezifische Beratung und Begleitung im operativen Tagesgeschäft des Einkaufs.	

D-4	 <p><b>GIS Consult GmbH</b> Schuldenbusch 3 D-45721 Haltern am See Telefon: +49 (0) 2364 / 9218-11 Fax: +49 (0) 2364 / 9218-72 E-Mail: info@gis-consult.de Internet: www.gis-consult.de</p>	GIS Consult ist Ihr Partner für anspruchsvolle GIS- und Datenbankprojekte, mit Standorten in Haltern am See und Erfurt. Mit Produkten im Infrastrukturmanagement, wie Straßen-, Baum-, Grün-, Spielplatzkataster auf Basis des WebGIS OSIRIS, bieten wir bis zu Portallösungen ein ganzheitliches Portfolio.	Geodaten-Management
D-4	 <p><b>con terra GmbH</b> Martin-Luther-King-Weg 20 D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 251 / 59689 300 Fax: +49 (0) 251 / 590 697 05 E-Mail: info@conterra.de Internet: www.conterra.de</p>	con terra unterstützt Kommunen und Behörden mit geobasierten Lösungen auf dem Weg in die digitale Zukunft. Mit Informationsportalen, Partizipationsangeboten und aufgabenzentrierten Apps sowie einer zukunftssicheren Infrastruktur sorgen wir für Erkenntnisgewinn, Transparenz und zufriedene Nutzer.	
D-0	 <p><b>LCS Computer Service GmbH</b> Gartenstraße 45 D-04936 Schlieben Telefon: +49 (0) 35361 / 350-300 Fax: +49 (0) 35361 / 350-100 E-Mail: egov@lcs-schlieben.de Internet: www.winyard.de</p>	Die zertifizierte WINYARD Suite vereint Dokumenten-, Workflow- u. Identifikationsmanagement. Sie optimiert innerbetriebliche Prozesse u. reduziert Fehlerquoten. Zur Erfass-, Klassifizier- u. Bearbeitung von Dokumenten stehen zahlreiche Möglichkeiten zur Verfügung. Sie gewährt alle Funktionen der revisionssicheren Aufbewahrung.	Dokumenten-Management
D-3	 <p><b>OPTIMAL SYSTEMS Vertriebsgesellschaft mbH Hannover</b> Ansprechpartner: Jörg Huesmann Wöhlerstraße 42, D-30163 Hannover Telefon: +49 (0) 511 / 123315-0 Fax: +49 (0) 511 / 123315-222 E-Mail: hannover@optimal-systems.de Internet: www.optimal-systems.de/hannover</p>	Die Verwaltungseffizienz zu steigern ist das Ziel und das Versprechen von OPTIMAL SYSTEMS. Mit der ECM-Suite enaio® erfüllt das Unternehmen nahezu alle Anforderungen moderner Verwaltungen und bietet u. a. Landkreisen, kreisfreien Städten, kreisangehörigen Gemeinden, Kirchen und Stiftungen eine solide Basis für ein ganzheitliches Informationsmanagement.	
D-3	 <p><b>Ceyoniq Technology GmbH</b> Ansprechpartner: Alexander Dörner Boulevard 9 D-33613 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 9318-1000 Fax: +49 (0) 521 / 9318-1111 E-Mail: eGov@ceyoniq.com Internet: www.ceyoniq.com</p>	Seit über 30 Jahren ermöglicht die Ceyoniq Technology GmbH als Spezialist für ECM Unternehmen und Verwaltungen einen einfachen und sicheren Umgang mit Informationen – durch digitale Lösungen, die Prozesse beschleunigen und optimieren. nscale eGov deckt von einem E-Akte-Basisdienst bis zur Schriftgutverwaltung alle Anforderungen der öffentlichen Verwaltung ab.	
D-4	 <p><b>Materna Information &amp; Communications SE</b> Ansprechpartnerin: Andrea Siwek-Schmidt Voßkuhle 37 D-44141 Dortmund Telefon: +49 (0) 231 / 55 99-82 92 Fax: +49 (0) 231 / 55 99-9 82 92 E-Mail: Andrea.Siwec-Schmidt@materna.de Internet: www.materna.de</p>	IT-Dienstleister für den Public Sector seit fast 40 Jahren. Unser Portfolio für die digitale Transformation der Verwaltung umfasst umfangreiche Beratung und zahlreiche Lösungsbausteine für die medienbruchfreie Prozessgestaltung in der Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen sowie für die zeitgemäße E-Verwaltungsarbeit.	
D-4	 <p><b>d.velop public sector GmbH</b> Edisonstraße 2 D-49716 Meppen Telefon: +49 (0) 59 31/93 98-0 Fax: +49 (0) 59 31/93 98-25 E-Mail: info@pubs.d-velop.de Internet: www.d-velop.de/public-sector</p>	Die d.velop public sector GmbH (ehemals codia) ist seit über 20 Jahren innovativer Lösungsanbieter für das gesamte ECM-Umfeld mit Spezialisierung auf öffentliche Verwaltungen und Hochschulen sowie Universitäten. Die eingesetzten Lösungen lassen sich an die jeweiligen Anforderungen anpassen oder in Fachanwendungen integrieren.	
D-7	 <p><b>comundus regisafe GmbH</b> Ansprechpartnerin: Katja Benkenstein Heerstraße 111 D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 96528-233 Fax: +49 (0) 7151 / 96528-999 E-Mail: k.benkenstein@regisafe.de Internet: www.regisafe.de</p>	E-Government leicht gemacht – mit regisafe. Von Verwaltungsexperten entwickelt, bietet das DMS regisafe maßgeschneiderte Lösungen. Einführung der E-Akte, Anbindung von Fachverfahren, smarte Workflows, Ratsinformation, Onlineportale uvm. Wir begleiten öffentliche Verwaltungen ins digitale Zeitalter.	
D-7	 <p><b>GELAS Gesellschaft für elektronische Archivierungssysteme mbH</b> Anton-Schmidt-Straße 3, D-71332 Waiblingen Telefon: +49 (0) 7151 / 9534-0 Fax: +49 (0) 7151 / 9534-1 E-Mail: info@gelas.de Internet: www.gelas.de</p>	Seit 30 Jahren ist Questys ein zuverlässiger Partner der öffentlichen Verwaltung. In weit über 100 Städten und Kommunen ist Questys ein etablierter Standard für vollelektronische Archivierung im DMS. Questys sorgt für einen optimalen Verwaltungsablauf in allen Ämtern, für alle Finanzwesen mit Zugriff auch aus der Cloud.	
D-9	 <p><b>PDV GmbH</b> Haarbergstraße 73 D-99097 Erfurt Telefon: +49 (0) 361 / 4407-100 Fax: +49 (0) 361 / 4407-299 Internet: www.pdv.de/kontakt</p>	Die PDV GmbH zählt zu den leistungsstärksten ECM-Herstellern & Service-Anbietern in Deutschland. Zu den Kunden zählen Verwaltungen auf Bundes- und Landesebene, Steuer- und Finanzbehörden, Kirchen und Wohlfahrtsunternehmen, Städte und Kommunen, Gerichte, Staatsanwaltschaften, Polizei, aber auch privatwirtschaftliche Unternehmen.	

D-7		<b>S-Management Services GmbH</b> Ansprechpartner: Peter Höcherl Am Wallgraben 115 70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 782 129-00 E-Mail: peter.hoecherl@s-management-services.de Internet: www.s-management-services.de	Die S-Management Services GmbH ist Full-Service-Dienstleister für Formularanwendungen und bietet Kommunalverwaltungen und Landesbehörden einen breiten Katalog an Online-Formularen für die OZG-Umsetzung und andere E-Government-Vorhaben. Als Tochter des Deutschen Sparkassenverlags unterstützt sie mehr als 370 Sparkassen und Landesbanken.	E-Formulare
D-7		<b>W. Kohlhammer</b> <b>Deutscher Gemeindeverlag GmbH</b> Heßbrühlstraße 69, D-70565 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 78 63-73 55 Fax: +49 (0) 711 / 78 63-84 00 E-Mail: dgv@kohlhammer.de Internet: www.kohlhammer.de	Der Kohlhammer Formularserver KoFoS ist eine zukunftsorientierte Lösung für das eGovernment. KoFoS erfüllt die hohen Anforderungen des Media@Komm-Projektes und stellt Ihnen damit, in Verbindung mit unseren aktuellen und rechtssicheren Formularen, eine zuverlässige technologische Lösung zur Verfügung.	E-Formulare
D-2		<b>rexx systems GmbH</b> Ansprechpartner: Florian Walzer Süderstraße 75-79 D-20097 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 890080-0 Fax: +49 (0) 40 / 890080-120 E-Mail: info@rexx-systems.com Internet: www.rexx-systems.com	rexx systems bietet Software-Lösungen in den Bereichen Recruiting, Talent Management sowie Human Resources und überzeugt als ganzheitlicher Lösungsanbieter durch herausragende Effizienzsteigerung und zuverlässige Technik. Die einfach zu bedienende, hochskalierbare Software ist für Kunden jeder Größe und Branche geeignet.	Personalwesen
D-3		<b>NOLIS GmbH</b> Ansprechpartner: Uwe Warnecke Celler Straße 53 D-31582 Nienburg/Weser Telefon: +49 (0) 5021 / 88 77 555 Fax: +49 (0) 5021 / 88 77 599 E-Mail: info@nolis.de Internet: www.nolis.de	NOLIS   Recruiting ist eine komfortable Bewerbungsmanagement-Lösung mit zahlreichen speziell auf die öffentliche Verwaltung abgestimmten Features. Mit Schnittstellen zu relevanten Stellenbörsen, CV-Parsing und einem individuellen Karriereportal wirken Sie dem Fachkräftemangel clever entgegen.	Personalwesen
D-7		<b>MHM HR // MHM-Systemhaus GmbH</b> Ansprechpartner: Steffen Michel Presselstraße 25 a D-70191 Stuttgart Telefon: +49 (0) 711 / 120 909-31 Fax: +49 (0) 711 / 120 909-11 E-Mail: welcome@mhm-hr.com Internet: www.mhm-hr.com	MHM HR entwickelt Bewerbermanagement-Software für Profis. Mit MHM eRECRUITING können öffentliche Auftraggeber ihre Bewerbungen intelligent managen. Integrierte Zusatzfunktionen wie MHM MULTIPOSTING mit HR-ANALYTICS, CV-Parsing, FIRSTBIRD (Mitarbeiter-Empfehlungsprogramm) und diagnostische Testverfahren ergänzen das Angebot von MHM HR.	Personalwesen
D-5		<b>hallobtf! gmbh</b> Ansprechpartnerin: Yvonne Paris Breite Straße 28-30 D-50667 Köln Telefon: +49 (0) 221 / 977 608-0 Fax: +49 (0) 221 / 977 608-20 E-Mail: info@hallobtf.de Internet: www.hallobtf.de	Kai: Marktstandard für die kommunale Inventarisierung. In mehr als 500 öffentlichen Verwaltungen im Einsatz. Erstfassung und laufende Bestandsführung im perfekten Zusammenspiel mit dem Anlagenbuch (u.a. SAP, INFOMA). Revisions sichere Inventur-Planung und Durchführung. Frei konfigurierbare Datenfelder. Barcode. Mobile Erfassung.	Inventarisierung
D-2		<b>CC e-gov GmbH</b> Tempowerkring 7 D-21079 Hamburg Telefon: +49 (0) 40 / 2271 99-0 Fax: +49 (0) 40 / 2271 99-71 E-Mail: info@cc-egov.de Internet: www.cc-egov.de	ALLRIS – Sitzungsmanagement der Premiumklasse. Sitzungsdienst, Gremieninformation und -kooperation, Bürgerbeteiligung. Komplettlösung inkl. Webhosting aus einer Hand. CC ECM – E-Akte, Workflow und Archiv für die ganze Verwaltung. Integration von Fachverfahren und Bürossoftware. Ihr Partner vom Konzept bis zur Umsetzung.	Sitzungsmanagement
D-3		<b>STERNBERG Software GmbH &amp; Co. KG</b> Ansprechpartner: Jan-Christopher Reuscher Kerkmannstraße 1 D-33729 Bielefeld Telefon: +49 (0) 521 / 97700 0 Fax: +49 (0) 521 / 97700 99 E-Mail: info@sternberg24.de Internet: www.sitzungsdienst.net	STERNBERG bietet mit seinem Sitzungsmanagement SD.NET, dem Gremieninfosystem SD.NET RIM und den RICH SitzungsApps für iOS, Android und Windows eine Lösung für die digitale Verwaltungs- und Gremienarbeit. In Politik, Wirtschaft und Bildung arbeiten Sie so plattformübergreifend, nutzen Informationen gemeinsam und optimieren zahlreiche Prozesse.	RIS   Sitzungsmanagement
D-5		<b>more! software GmbH &amp; Co. KG</b> Ansprechpartner: Dipl. Inf. Thomas Franz Aubachstraße 30 D-56410 Montabaur Telefon: +49 (0) 2602 / 838870 E-Mail: vertrieb@more-rubin.de Internet: www.more-rubin.de	more! rubin - Sitzungsmanagement und Gremieninfo - mobil, digital, sicher. Die professionelle Lösung für Sitzungsmanagement aus einer Hand. Langjährige Erfahrung im Bereich der digitalen Gremienentscheidungen und der schnellen, papierlosen Gremienkommunikation.	Sitzungsmanagement
D-2		<b>ColocationIX GmbH</b> Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@colocationix.de Internet: www.colocationix.de/kommune	Nach EN50600 Klasse 4 designt, mit Grünstrom betrieben und mit Geothermie gekühlt ist ColocationIX Deutschlands innovativstes Rechenzentrum für den Public Sector und KRITIS. Außerdem: ISO 27001 ISMS, Sauerstoff-Reduktion, 3-fach-Zutrittskontrolle, Anbindungen mit mehr als 2.000 Peers und Direktverbindungen zu DECIX, AMSIX und LINX.	IT-Infrastruktur

D-3		<b>Net at Work GmbH</b> Ansprechpartnerin: Aysel Nixdorf Am Hoppenhof 32A D-33104 Paderborn Telefon: +49 (0) 5251 / 304 600 E-Mail: aysel.nixdorf@netatwork.de Internet: www.nospamproxy.de	NoSpamProxy von Net at Work ist eine umfassende Lösung für sichere E-Mail-Kommunikation ‚Made in Germany‘. Sie schützt besonders zuverlässig vor Spam, Malware und anderen Cyber-Bedrohungen, bietet eine praxistaugliche und rechtskonforme E-Mail-Verschlüsselung und wurde wiederholt zum benutzerfreundlichsten Produkt ausgezeichnet.	IT-Security
D-9		<b>NCP engineering GmbH</b> Ansprechpartner: Bernd Nüßlein Dombühler Straße 2 D-90449 Nürnberg Telefon: +49 (0) 911 / 9968-0 Fax: +49 (0) 911 / 9968-299 E-Mail: info@ncp-e.com Internet: www.ncp-e.com	NCP entwickelt seit über 30 Jahren universelle Software für die einfache und sichere Vernetzung von Endgeräten und Systemen über öffentliche Netze. Um Digitalisierungsinitiativen voranzutreiben, nutzen viele Ministerien und Verwaltungseinrichtungen NCP-Produkte mit BSI-Zulassung u.a. für flexible Homeoffice-Anbindung.	Breitband
D-1		<b>DNS:NET Internet Service GmbH</b> Zimmerstraße 23 D-10969 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 66765-0 Fax: +49 (0) 30 / 66765-499 E-Mail: info@dns-net.de Internet: www.dns-net.de	DNS:NET als Experte für Breitbandausbau und Betreiber von Glasferringen investiert gezielt in unterversorgte Regionen und baut eigene Netzinfrastrukturen für HighSpeedInternet auf. Dabei wird auf regionale Kooperation gesetzt, Kommunen und Städte werden zukunftssicher mit Glasfaser erschlossen. Kontakt für Anfragen von Kommunen: glasfaserausbau@dns-net.de	Breitband
D-3		<b>goetel GmbH</b> Tuchmacherweg 8 D-37079 Göttingen Telefon: +49 (0) 551 / 384 88 0 Fax: +49 (0) 551 / 385 88 88 Hotline: +49 (0) 551 / 384 55555 E-Mail: info@goetel.de Website: www.goetel.de	Als regionaler Carrier versorgt die goetel GmbH seit 1998 private und Geschäftskunden aus Göttingen/Umgebung mit Tel. – und Internetprodukten versch. Bandbreiten. Durch den Ausbau des eigenen Netzes erweitert goetel kontinuierlich das Angebot und hat sich auf die Erschließung des ländlichen Raumes mit Glasfaserinfrastruktur spezialisiert.	Breitband
D-2		<b>Consultix GmbH</b> Wachtstraße 17-24 D-28195 Bremen Telefon: +49 (0) 421 / 333880 E-Mail: kommune@consultix.net Internet: www.consultix.de/kommune	Digitale Transformation, Beratung und Betriebskonzepte für IT, webbasierte Kommunikation und zentrales Online-Formular-Management. ISO 27001/27018 und EuroPriSe-zertifizierte Plattformlösungen für das Management personenbezogener Daten. Rechtssicherheit und Compliance-Konformität aller bürgerzentrierten Lösungen dank eigener Rechenzentren in Deutschland.	Consulting
D-4		<b>best practice consulting AG</b> Ansprechpartner: Herr Pascal Gasch Am Mittelhafen 16, D-48155 Münster Telefon: +49 (0) 163 / 6360760 Fax: +49 (0) 251 / 287798-1 E-Mail: Pascal.Gasch@bpc.ag Internet: www.bpc.ag	Über 20 Jahre Erfahrung in der IT-Beratung von Kommunen und unsere SAP S/4HANA Expertise sind die Basis unseres bpc S/4-Masters für Kommunen: Mit digitaler Haushaltsplanung, Drucklösung, mobilem Reporting und Fiori-basierter Prozessdigitalisierung begleiten wir Kommunen auf ihrem Weg zur intelligenten Verwaltung.	Consulting
D-0		<b>Lecos GmbH</b> Ansprechpartner: Peter Kühne Prager Straße 8 D-04103 Leipzig Telefon: +49 (0) 341 / 2538-0 Fax: +49 (0) 341 / 2538-100 E-Mail: info@lecos.de Internet: www.lecos.de	Die Lecos GmbH ist ein BSI-zertifiziertes Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für den Einsatz von Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Wir unterstützen unsere Kunden seit 2001 bei der Gestaltung moderner Verwaltungsprozesse – von der strategischen IT- und Organisationsberatung bis hin zu operativen Rechenzentrums- und IT-Leistungen.	Komplettlösungen
D-0		<b>procilon GmbH</b> Ansprechpartner: Andreas Liefeth Leipziger Straße 110 D-04425 Taucha bei Leipzig Telefon: +49 (0) 34298 / 4878-10 Fax: +49 (0) 34298 / 4878-11 E-Mail: info@procilon.de Internet: www.procilon.de	proGOV VPS – Die intelligente Middleware für den Öffentlichen Dienst – Sichere Kommunikation als virtuelle Poststelle (VPS) z.B. über OSCL, EGVP, De-Mail, autom. Archivanbindung, Langzeitarchivierung gem. TR ESOR, Signatur, PKI, Fachverfahrensintegration, lückenlose Integration von Funktionalitäten des neuen Personalausweises – (nPA) in Online-Portale u.v.m.	Komplettlösungen
D-0		<b>GISA GmbH</b> Leipziger Chaussee 191 a D-06112 Halle (Saale) Telefon: +49 (0) 345 / 585-0 Fax: +49 (0) 345 / 585-2177 E-Mail: kontakt@gisa.de Internet: www.gisa.de	Als IT-Spezialist und Cloud Service Provider bietet GISA umfassende IT-Lösungen für öffentliche Auftraggeber: von der Strategie und Beratung über die Entwicklung und Implementierung bis hin zum Outsourcing kompletter Geschäftsprozesse und IT-Infrastrukturen. Wir unterstützen Sie dabei, Ihre Digitalisierung zu meistern!	Komplettlösungen
D-1		<b>Telecomputer Gesellschaft für Datenverarbeitung mbH</b> Ansprechpartnerin: Elke Wegener Wilhelm-Kabus-Straße 9, D-10829 Berlin Telefon: +49 (0) 30 / 1210012-0 E-Mail: info@telecomputer.de Internet: www.telecomputer.de	Seit über 40 Jahren Partner für Kommunen: Als einer der Marktführer im Bereich Verkehrswesen bieten wir flexible, zuverlässige IT- und eGovernment-Lösungen mit einem hohen Maß an Integration und Interoperabilität. Unser Service umfasst die Beratung, Entwicklung, Integration, Schulung, Pflege und den Support in verschiedenen Ausbaustufen.	Komplettlösungen

D-2	 Verwaltung macht Zukunft.	<b>MACH AG</b> Ansprechpartner: Oliver Wunder Wielandstraße 14 D-23558 Lübeck Telefon: +49 (0)451 / 70647-217 E-Mail: oliver.wunder@mach.de Internet: www.mach.de	Digitale Akten, Transparenz im Finanzhaushalt, effiziente Personalprozesse – die MACH AG unterstützt seit 1985 kommunale Verwaltungen bei Digitalisierungsvorhaben. Wir leben den Anspruch, digital zu denken und menschlich zu handeln. Mit Expertise und eigener Software stärken wir nachhaltig unsere Kunden – und damit Deutschland.
D-2	 IT für Kommunen	<b>Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO)</b> Ansprechpartnerin: Tina Thüer Elsässer Straße 66, D-26121 Oldenburg Telefon: +49 (0)441 / 9714-0 Fax: +49 (0)441 / 9714-148 E-Mail: info@kdo.de Internet: www.kdo.de	Als größter kommunaler IT-Dienstleister in Niedersachsen deckt die KDO das gesamte Anforderungsprofil öffentlicher IT ab: Individual- und Standard-Fachanwendungen, Hosting und zentraler Betrieb, Cloud- und E-Government-Lösungen, Datenschutz und vieles mehr. Wir sind Kompetenzzentrum für Kommunen – seit über 45 Jahren!
D-3	 die IT-Spezialisten für Verwaltungen	<b>GovConnect GmbH</b> Jathostraße 11b, D-30163 Hannover Geschäftsstelle Oldenburg Ansprechpartner: Jörn Bargfrede Nadorster Straße 228, D-26123 Oldenburg Telefon: +49 (0)441 / 97353-0 E-Mail: info@govconnect.de Internet: www.govconnect.de	Die GovConnect GmbH unterstützt den öffentlichen Sektor kompetent und zuverlässig bei der Verwaltungsdigitalisierung. Das Produktportfolio umfasst u. a. Lösungen aus den Bereichen Ordnungswidrigkeiten, Online-Bezahlverfahren, Datenschutz, Hund & Halter sowie einen umfassenden Modulbaukasten zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.
D-3	 Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe	<b>krz Kommunales Rechenzentrum Minden-Ravensberg / Lippe</b> Ansprechpartner: Lars Hoppmann Am Lindenhaus 19, D-32657 Lemgo Telefon: +49 (0) 5261 / 252-0 Fax: +49 (0) 5261 / 252-200 E-Mail: info@krz.de Internet: www.krz.de	Das krz ist der bundesweit erste BSI-zertifizierte Informatik-Dienstleister für Kommunen. Als erfolgreicher Projektpartner und Integrator bietet die kommunale Einrichtung modernste Fachverfahren im kostengünstigen ASP-Betrieb für alle Kunden an und leistet seit mehr als 50 Jahren einen wesentlichen Beitrag zu einer dienstleistungsorientierten Verwaltung.
D-3	 ekom21	<b>ekom21 – KGRZ Hessen</b> Ansprechpartnerin: Gabi Göpfert Carlo-Mierendorff-Straße 11 D-35398 Gießen Telefon: +49 (0) 641 / 98 30-1220 Fax: +49 (0) 641 / 98 30-20 20 E-Mail: ekom21@ekom21.de Internet: www.ekom21.de	ekom21 steht für das größte BSI-zertifizierte kommunale IT-Dienstleistungsunternehmen in Hessen und für den drittgrößten kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland. Mit einem umfassenden Produkt- und Dienstleistungsportfolio betreut die ekom21 über 700 Kunden mit 30.000 Anwendern und hat sich auf Komplettlösungen für den öffentlichen Dienst spezialisiert.
D-3	 KID. Magdeburg	<b>KID Magdeburg GmbH</b> Ansprechpartnerin: Andrea Pape Alter Markt 15 D-39104 Magdeburg Telefon: +49 (0) 391 / 2 44 64-0 Fax: +49 (0) 391 / 2 44 64-400 E-Mail: info@kid-magdeburg.de Internet: www.kid-magdeburg.de	Die KID Magdeburg GmbH ist ein Systemhaus mit kommunalen Gesellschaftern. Zu ihnen gehören die Landeshauptstadt Magdeburg und weitere Kommunen über die Kommunale IT-UNION eG (KITU). Die Produkte und Dienstleistungen steuern die zentralen IT-Prozesse innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie in Unternehmen speziell des Public Sector.
D-4	 ab-data KOMMUNALE SYSTEMLÖSUNGEN	<b>ab-data GmbH &amp; Co. KG Kommunale Systemlösungen</b> Friedrichstraße 55 D-42551 Velbert Telefon: +49 (0) 2051 / 944-0 Fax: +49 (0) 2051 / 944-288 E-Mail: info@ab-data.de Internet: www.ab-data.de	ab-data bietet als Marktführer webbasierter Finanzsoftware für Kommunen zukunfts- und investitionssichere Qualitätsprodukte an. Hierzu zählen auch webbasierte Systemlösungen und Services. Das ab-data Finanzwesen wird in allen Flächenbundesländern erfolgreich von Kleinstverwaltungen bis zu Landeshauptstädten eingesetzt.
D-4	 Prosoz	<b>PROSOZ Hertzen GmbH</b> Ewaldstr. 261 D-45699 Hertzen Telefon: +49 (0) 23 66 / 188-0 Fax: +49 (0) 23 66 / 188-111 E-Mail: info@prosoz.de Internet: www.prosoz.de	PROSOZ Hertzen hat sich in über 30 Jahren vom Softwarehersteller für Kommunen zum Komplettlösungsanbieter in den Bereichen Soziales, Jugend sowie Bauen und Umwelt entwickelt. Mit Software- und Beratungsdienstleistungen sowie BI-Lösungen begleitet Prosoz Kommunen auf dem Weg der digitalen Transformation.
D-4	 jccsoftware für den öffentlichen Dienst!	<b>JCC Software</b> Mendelstrasse 11 D-48149 Münster Telefon: +49 (0) 256 / 294 539-99 E-Mail: info@jccsoftware.de Internet: www.jccsoftware.de	Besucherströme im Rathaus optimieren? Mit dem JCC-Besucherleit- und Terminvereinbarungssystem machen Sie den ersten wichtigen Schritt. Sie reduzieren die Wartezeit, steigern die Zufriedenheit von Mitarbeiter*innen und Besucher*innen und minimieren unerwünschten Begegnungskontakt in der Corona-Zeit. Jetzt kostenlose Demo anfordern.
D-5	 ALLGEIER ES is now nagarro ES	<b>Nagarro ES</b> Ansprechpartner: Dr. Norbert Rheindorf An der Schusterinsel 3 D-51379 Leverkusen Telefon: +49 (0) 611 / 71189202 E-Mail: info@nagarro-es.com Internet: www.nagarro-es.com	Nagarro ES ist ein führender deutscher IT-Full-Service-Provider für kritische Unternehmensapplikationen und komplexe ERP-Landschaften. Suite4Public: SAP-basierte Lösung für Städte, Landkreise und AöRs. Fit für die Zukunft mit Suite4Doppik – Abbildung des doppelten, kommunalen Finanzwesens und Suite4KA – Veranlagung von Steuern.

## Komplettlösungen (Fortsetzung)

D-5		<b>Südwestfalen-IT (Kommunaler Zweckverband)</b> Sonnenblumenallee 3, D-58675 Hemer St. Johann-Straße 23, D-57074 Siegen Telefon: +49 (0) 271 / 30321-0 Fax: +49 (0) 271 / 30321-1010 (Hemer) Fax: +49 (0) 271 / 30321-1020 (Siegen) Internet: www.sit-nrw	Verwaltungen müssen sparen und gleichzeitig immer bürgerfreundlicher werden. Die Südwestfalen-IT (SIT) hat sich dieser Herausforderung angenommen. Sie ist Anfang 2018 aus dem Zusammenschluss der Citkomm und KDZ Westfalen-Süd entstanden. Im Fokus ihres Strebens steht die kundenspezifische Optimierung von Verwaltungsprozessen.
D-5		<b>Kommunix GmbH</b> Ansprechpartner: Joseph Bunten Friedrich-Ebert-Straße 74 D-59425 Unna Telefon: +49 (0) 2303 / 25 47 00 Fax: +49 (0) 2303 / 400 49 E-Mail: info@kommunix.de Internet: www.kommunix.de	Organisationswerkzeuge für Behörden: Das Besucherleit- und Terminmanagementsystem TEVIS. Effiziente und komfortable Bearbeitung von Ausländerfachverfahren mit ADVIS. Vom Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft bis zur Aushändigung der Urkunde mit EINBÜRGERUNG. Abwicklung von Verpflichtungserklärungen mit VISITVIS.
D-6		<b>LORENZ Orga-Systeme GmbH</b> Ansprechpartner: Christian Koch Eschborner Landstraße 75 D-60489 Frankfurt am Main Telefon: +49 (0) 69 / 7 89 91- 900 Fax: +49 (0) 69 / 7 89 91- 110 E-Mail: info@lorenz-orga.de Internet: www.lorenz-orga.de	Der Spezialist für kommunale Anwendungen in den Bereichen Archivierung, Dokumenten-Management und Workflow. Speziallösungen für KFZ-Wesen, Kasse, Steueramt, Bauaufsicht, Sozialwesen, Pass, Standesamt, Einwohner, Aktenplan-, Registratur- und Schriftgutverwaltung uvm. Verfügbar als Standalone- und Cloud-Nutzung.
D-6		<b>OrgaSoft Kommunal GmbH</b> Am Felsbrunnen 9 D-66119 Saarbrücken Telefon: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-0 Fax: +49 (0) 6 81 / 8 70 04-90 E-Mail: vertrieb@o-s-k.de Internet: www.o-s-k.de	OrgaSoft Kommunal bietet mit KIS♦KRW den allumfassenden Lösungsansatz für das Rechnungswesen von Kommunen, Eigenbetrieben und Werken. Zahlreiche integrierte KIS♦Fachverfahren ergänzen das Angebot. KIS ist das Kommunale Integrierte System aus einer Hand – eine Eigenentwicklung mit der Erfahrung aus 40 Jahren kommunaler Datenverarbeitung.
D-7		<b>ISGUS GmbH</b> Ansprechpartner: Klaus Wössner Oberdorfstraße 18-22 D-78054 Villingen-Schwenningen Telefon: +49 (0) 7720 / 3 93-0 E-Mail: info@isgus.de Internet: www.isgus.de	ZEUS® Workforce Management von ISGUS beinhaltet die Module der Zeitwirtschaft, Personaleinsatzplanung, Betriebsdatenerfassung und Unternehmenssicherheit. Ganz individuell auf Ihre Anforderungen und Ihre Branche zugeschnitten. Unsere Kunden nutzen die Lösungen vollkommen wahlfrei On-Premise oder als Software as a Service.
D-8		<b>AKDB - Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern</b> Hansastraße 12-16 D-80686 München Telefon: +49 (0) 89 / 59 03-0 Fax: +49 (0) 89 / 59 03-18 45 E-Mail: mailbox@akdb.de Internet: www.akdb.de	Der Marktführer für kommunale Software: Die AKDB und ihre Partner bieten Entwicklung, Pflege und Vertrieb von IT-Lösungen für alle Bereiche der Kommunalverwaltung – inklusive Beratung und Schulung. Das Bürgerservice-Portal ist die bundesweit reichweitenstärkste E-Government-Plattform für Online-Verwaltungsdienste.
D-8		<b>Kolibri software &amp; systems GmbH</b> Ansprechpartner: Thomas Dietrich Nicolaus-Otto-Str. 11 D-82205 Gilching Telefon: +49 (0) 81 05 / 37 60-0 Fax: +49 (0) 81 05 / 37 60-20 E-Mail: vertrieb@kolibri-software.de Internet: www.kolibri-software.de	Branchenspezialist für Grundstücksinformationssysteme, Liegenschaftsverwaltung und Gebäudemanagementsysteme (CAFM) und Bauverwaltungs-lösungen. Die modular aufgebaute Softwarelösung hat Schnittstellen zu allen gängigen GIS- / Finanz- und DMS-Anwendungen, hat Web Module und kann gehostet werden. Wir beraten und implementieren.
D-8		<b>Axians Infoma GmbH</b> Ansprechpartnerin: Stephanie Eifert Hörvelsinger Weg 17-21 D-89081 Ulm Telefon: +49 (0) 731 / 1551-213 Fax: +49 (0) 731 / 1551-555 E-Mail: stephanie.eifert@axians-infoma.de Internet: www.axians-infoma.de	Axians Infoma ist führender Anbieter von Software-Lösungen und Dienstleistungen im kommunalen Markt. Mit der modularen Software Infoma newssystem steht eine einzigartige integrierte Komplettlösung für das Finanzwesen zur Verfügung, ergänzt um Fachverfahren und Lösungen rund um das Thema E-Government.
D-9		<b>DATEV eG</b> Ansprechpartner: Public Sector Paumgartnerstraße 6-14 D-90429 Nürnberg Telefon: 0800 / 0 11 43 48 E-Mail: public-sector@datev.de Internet: www.datev.de/public-sector	Die DATEV eG unterstützt Kommunen und öffentliche Einrichtungen mit Software und Dienstleistungen rund um Finanzwesen und Personalwirtschaft, mit Cloud-Lösungen sowie mit einem auf Prozesse abgestimmten Dokumenten-Managementsystem. Experten beraten bei Einführung effizienter Prozesse sowie Organisationsstrukturen und bieten Schulungen an.

**Buchen Sie Ihren IT-Guide-Eintrag unter Tel. +49 (0) 7071.855-6770.**

# Vorschau

Die nächste Ausgabe (3/2022) erscheint am 28.02.2022



## Kultur im Wandel

Um die digitale Transformation in der öffentlichen Verwaltung erfolgreich zu gestalten, müssen auch Strukturen und Prozesse angepasst werden. Erforderlich ist ein regelrechter Kulturwandel. Gelingen kann dieser nur unter Einbeziehung der Mitarbeitenden.



## Präsenzkultur hat ausgedient

Im Zuge der Corona-Pandemie haben die Beschäftigten in Behörden das Arbeiten von zu Hause aus zu schätzen gelernt. Auch das Homeoffice muss aber professionell und unter Berücksichtigung von Datenschutzbestimmungen gestaltet werden.



## IT-Schwerpunkte im März

Über Lehren aus dem Log4j-Vorfall sprechen wir mit Thomas Stasch, Leiter komCERT und Sicherheitsbeauftragter von regio iT. Darüber hinaus geht es in der Informationstechnik um IT-Lösungen für Schulen und den Umsetzungsstand des Projekts iKfz.



## Smart von Stadt bis Land

Immer mehr Kommunen stellen sich mit smarten Strategien für die Zukunft auf – die Beispiele im Heft reichen von der bayerischen Landeshauptstadt München über das Projekt „5 für Südwestfalen“ bis hin zu den Digitalen Dörfern im Kreis Höxter.

### Inserentenverzeichnis dieser Ausgabe

ab-data .....43	Form-Solutions.....23	Nolis.....U3
AKDB .....U4	G&W Software.....29	Optimal Systems .....45
Astra Deutschland.....U2	Governikus.....55	regio iT .....27
Axians Infoma.....7	Haufe-Lexware ..... Beilage	Branchenindex IT-Guide .....58–65
CC e-gov.....3	inTime berlin.....5	
EWE .....41	Kommunix.....31, 33	

### Impressum

Verlag und Herausgeber: K21 media GmbH  
Olgastraße 7  
72074 Tübingen  
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770  
Fax: +49 (0) 70 71 / 855 - 6773  
E-Mail: info@k21media.de  
Internet: www.k21media.de

Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts und Chefredakteur: Alexander Schaeff  
Olgastraße 7  
72074 Tübingen  
E-Mail: redaktion@kommune21.de

Redaktion: Bettina Weidemann (stellv. Chefredakteurin)  
Verena Barth  
Alexandra Braun (in Elternzeit)  
Thomas Nolte (Volontär)  
Andreas Öffner (Praktikant)  
Dr. Helmut Merschmann (Freier Mitarbeiter)

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Heike Wolf  
Olgastraße 7  
72074 Tübingen  
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6239  
E-Mail: h.wolf@k21media.de

Seit dem 1. I. 2022 gilt die Preisliste Nr. 22 der Media Information 2022.

Erscheinungsweise: monatlich  
ISSN: 1618-2901  
Einzelpreis Inland: 9,00 € (zzgl. Porto und Versand)  
Jahresabonnement Inland: 104,00 € (Abonnement frei Haus)  
Telefon: +49 (0) 70 71 / 855 - 6770

Bankverbindung: Kreissparkasse Tübingen,  
BLZ 641 500 20  
Kontonr. 155 010

Layout: tebitron gmbh, Gerlingen

Druck: Druckerei Raisch GmbH & Co. KG  
Achtertstraße 14  
72770 Reutlingen

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Grafiken und Bilder wird keine Haftung übernommen. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Die Zustimmung zum Abdruck und zur Veröffentlichung wird vorausgesetzt. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung Online oder Offline sowie das Recht zur öffentlichen Zugänglichmachung im Internet ohne zusätzliche Vergütung. Honorare nach Vereinbarung.

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Die ausschließlichen urheberrechtlichen Nutzungsrechte für angenommene und veröffentlichte Beiträge liegen bei dem Verlag. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Fotokopie, Mikrofilm oder andere Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen verwendbare Sprache übertragen werden oder in eine andere Sprache übersetzt werden.

Artikel, die mit Namen oder Signet des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

© Copyright 2022 K21 media GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

### Bildnachweis:

ab-data GmbH (52); Aldeca Productions/stock.adobe.com (32); Alexander Limbach/stock.adobe.com (66); andranik123/stock.adobe.com (51); ijeab/stock.adobe.com (4, 16); Jürgen Altmann (3); Kreis Minden-Lübbecke (48); Landeshauptstadt München (24); Landkreis Leer/J. Bambrowicz. (56); Landratsamt Traunstein (40); LEONET AG (36, 37); maciek905/stock.adobe.com (Titel); maglara/stock.adobe.com (66); Marcus Retkowitz/stock.adobe.com (26); mdworschak/stock.adobe.com (15); natanaelginting/stock.adobe.com (34); Next:Public GmbH (10); phonlamaiphoto/stock.adobe.com (20); Roman/stock.adobe.com (54); Stadt Gütersloh (Titel, 46); Stadt Heidenheim (8); Stadtwerke Leer AöR (44); Stockfotos-MG/stock.adobe.com (38); Tierney/stock.adobe.com (66); TwilightArtPictures/stock.adobe.com (66)

# Ihr Rathaus ist jetzt rund um die Uhr geöffnet



**NOLIS | Rathausdirekt**

Wir begleiten Sie bei der Umsetzung des OZG.

[www.nolis-rathausdirekt.de](http://www.nolis-rathausdirekt.de) | [info@nolis.de](mailto:info@nolis.de) | 0 50 21 - 88 77 555



# »Also, ich sehe kommunale Software mit KI.«

Und was sehen Sie? Wir arbeiten schon heute an den KI-Lösungen für die digitale Kommune von morgen. Damit Sie eine Welt voller intelligenter Möglichkeiten sehen.

## **z.B. Automatisierungspotenziale nutzen**

Kommunen brauchen intelligente Automatisierungslösungen für repetitive Vorgänge. Software-Roboter leisten einen sinnvollen Beitrag zur Verwaltungsdigitalisierung. Wir unterstützen Sie dabei, Effizienz und Bürgernähe zu steigern!

*Möglichkeiten  
überall*

**AKDB**